Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

06.02.1968 - 6. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

6. Sitzung

am Dienstag, dem 6. Februar 1968

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Engel, Hellwig, John, Meurer.

INHALT

Eingabe (§ 70 GO) 201

Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 7. November 1967 und 19. Dezember 1967:
Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1968 (Drucksachenabteilung I Nr. 4 und Nr. 8)
1. Lesung

02 Senat — Einzelberatung
020 Senat und Senatskanzlei

Änderungsantrag Nr. 12 201
Abg. Fichtner (NPD) 201
Abg. Fischer (CDU) 201
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 201
Abg. Fischer (CDU) 202
Abg. Götze (SPD) 202
Abg. Dr. Sieling (CDU) 202
Abg. Fichtner (NPD) 203
Abg. Götze (SPD) 203
Abstimmung 203
Änderungsantrag Nr. 13 203
Abg. Fichtner (NPD) 203
Abg. Hardegen (CDU) 204
Abg. Kiene (SPD) 204
Abg. Friedrich Meier (SPD) 205
Abg. Koschek (CDU) 205
Abg. Ströh (SPD) 205
Abg. Fichtner (NPD) 206
Abg. Boljahn (SPD) 206
Abg. Schubert (FDP) 207
Abg. Dr. Schäfer (CDU) 207
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 208
Abg. Filzen (CDU) 210
Abg. Jantzen (SPD) 210
Abg. Brouwer (NPD) 210
Abstimmung 210
Änderungsantrag Nr. 14 211
Abg. Stäcker (SPD) 211
Abg. Brouwer (NPD) 211
Abg. Jantzen (SPD) 211
Abstimmung 212
Änderungsantrag Nr. 15 212
Abg. Stäcker (SPD) 212
Abg. Ehlers (CDU) 212
Abg. Stäcker (SPD) 212
Abg. Schubert (FDP) 213
Abg. Sagner (CDU) 213
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 214
Abg. Schepers (CDU) 215

Abg. Vorsatz (NPD) 216
Abg. Brinkmann (SPD) 216
Abstimmung 216
Änderungsantrag Nr. 16 216
Abg. Krämer (NPD) 216
Abg. Hardegen (CDU) 216
Abstimmung 217

03 Inneres — Allgemeine Aussprache
Abg. Uhde (SPD) 217
Abg. Dr. Cassens (CDU) 218
Senator für Inneres Löbert 220
Abg. Friedrich Meier (SPD) 222
Abg. Hartjen (SPD) 222

03 Inneres — Einzelberatung
030 Verwaltung für Inneres
Änderungsanträge Nr. 17 und Nr. 18 . . . 223
Änderungsanträge Nr. 19 und Nr. 20 . . . 223
Änderungsantrag Nr. 21 223
Abg. Uhde (SPD) 224
Abstimmung 224

036 Statistisches Landesamt
Änderungsantrag Nr. 22 224

04 Justiz 224

05 Bildungswesen — Allgemeine Aussprache.
Abg. Hannelore Spies (CDU) 224
Abg. Franke (SPD) 225
Abg. Schepers (CDU) 226
Abg. Ströh (SPD) 227
Abg. Dr. Czichon (SPD) 227
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 228
Abg. Vorsatz (NPD) 229
Abg. Fischer (CDU) 231
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 231
Abg. Schepers (CDU) 234
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 236
Abg. Dr. Sieling (CDU) 236
Abg. Dr. Czichon (SPD) 237
Abg. Klein (CDU) 238
Abg. Gisela Müller-Wolff (SPD) 239
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 239

05 Bildungswesen — Einzelberatung
0521 Studienseminar
Änderungsantrag Nr. 23 241
Abg. Hannelore Spies (CDU) 241
Abg. Eva Schütte (FDP) 241
Abstimmung 242
Änderungsantrag Nr. 24 242

0551 Landeskonservator
Änderungsantrag Nr. 25 242
Abg. Schepers (CDU) 242
Abg. Dr. Czichon (SPD) 243
Abg. Schubert (FDP) 244
Abstimmung 244

056 Landeszentrale für politische Bildung
Änderungsantrag Nr. 26 244

058 Universität
Änderungsanträge Nr. 27 und Nr. 28 . . . 244
Änderungsantrag Nr. 29 244
Abg. Brouwer (NPD) 244
Abg. Friedrich Meier (SPD) 245
Abg. Filzen (CDU) 245
Abstimmung 245

059 Sonstiges Bildungswesen
Änderungsantrag Nr. 30 245
Abg. Schepers (CDU) 245
Abg. Schelter (SPD) 246
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) 247
Abg. Marianne Hänecke (CDU) 248
Abstimmung 249

06 Arbeit 249

07 Wohlfahrt und Jugend — Allgemeine Aussprache
Abg. Ehlers (CDU) 249
Abg. Marta Kruse (NPD) 251
Abg. Bugla (SPD) 253
Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend 254
Abg. Ostendorff (FDP) 256
Abg. Ehlers (CDU) 258

Präsidium

Vizepräsident **Dr. Zander** Vizepräsident **Dr. Klink**

Schriftführer **Ella Müller**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Weßling** (SPD)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für die Finanzen **Speckmann** (FDP)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

Oberfinanzpräsident **Dr. Breyhan** (Senator für die Finanzen)

Senatsdirektor **Dr. Reif** (Senator für die Finanzen)

Senatsdirektor **Niedergesäß** (Senatskommission für das Personalwesen)

Oberregierungsrat **Hagdorn** (Senator für die Finanzen)

Regierungsrat **Raedeker** (Senator für die Finanzen)

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr.

Vizepräsident Dr. Zander: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Es liegt folgende Eingabe vor: Die Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Bremen, bittet in einem Schreiben um baldige Verabschiedung eines Bremischen Besoldungsänderungsgesetzes auf der Grundlage des Ersten Besoldungsneuregelungsgesetzes des Bundes und fordert die Einplanung entsprechender Haushaltsmittel.

Die Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

An der heutigen Vormittagssitzung nehmen als Zuhörer unter anderen teil drei Lehrgänge der Verwaltungsschule der Freien Hansestadt Bremen, zwei Lehrgänge der Landespolizeischule und eine Klasse der Bildungsanstalt für Frauenberufe in Bremen-Nord. Ich heiße diese Gäste sehr herzlich willkommen.

Vom Senat begrüße ich Herrn Bürgermeister Koschnick, Herrn Senator Speckmann, Herrn Senator Eggers, Herrn Senator Dr. Borttscheller, Herrn Senator Weßling, Herrn Senator Thape und Herr Senator Löbert. Ich begrüße ferner den Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Hartmann, Herrn Oberfinanzpräsident Dr. Breyhan, Herrn Senatsdirektor Dr. Reif, Herrn Senatsdirektor Niedergesäß, Herrn Oberregierungsrat Hagdorn und Herrn Regierungsrat Raedeker.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Mitteilungen des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 7. November 1967 und 19. Dezember 1967:

Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1968 (Drucksachenabteilung I Nr. 4 und Nr. 8)

1. Lesung

Wir befinden uns in der Einzelberatung des ordentlichen Haushalts, und zwar beim Einzelplan 02 Senat.

Es lagen noch einige Wortmeldungen vor, und zwar von den Abgeordneten Dr. Sieling, Stäcker und Dr. Franke. Die Herren Dr. Sieling und Stäcker haben zurückgezogen. Der Abgeordnete Dr. Franke zieht ebenfalls zurück.

Wir kommen zu

02 Senat

Einzelberatung.

020 Senat und Senatskanzlei

Hier liegt der Änderungsantrag Nr. 12 vor, eingebracht von der NPD-Fraktion:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

020/308 Senat und Senatskanzlei / Repräsentativerhebungen

Der veranschlagte Betrag von 224 000 DM wird gestrichen.

Soll der Änderungsantrag begründet werden? — Das Wort zur Begründung des Änderungsantrags hat der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere Rückfragen bei den Stellen, die für Klarheit über diese Position hätten sorgen können, waren nicht ergiebig. Wir haben deshalb diesen Änderungsantrag gestellt, um klarzustellen, ob es sich um eine wirtschaftliche Erhebung handeln soll, die ja im Interesse Bremens wäre. Dann müßten wir allerdings sagen, daß sie in eine andere Position, nämlich bei der Wirtschaft, eingeschoben werden müßte. Unsere Vermutung geht allerdings dahin, daß hier eine Meinungsumfrage vorgesehen ist, die unter Umständen nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgerichtet sein könnte. Wir meinen, für diesen Fall wäre nicht der Senat, sondern die dafür zuständige Partei oder Parteigruppe, eventuell die Koalition zuständig. Auf jeden Fall scheint es uns notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß nicht so was ähnliches wie ein Reptilienfonds hier geschaffen wird,

(Abg. Boljahn [SPD]: Was für ein Fonds?)

der der parlamentarischen Uberwachung entzogen wird.

Wir wollen deshalb mit diesem Antrag bezwekken, daß mit Ihrer gütigen Unterstützung eine parlamentarische Überwachung sichergestellt wird, damit nicht der Einsatz dieser Mittel zum Nachteil einer Partei dieses Hohen Hauses erfolgt. Ich darf in diesem Zusammenhang am Rande erwähnen, daß ja die SPD nun seit vier Monaten damit beschäftigt ist, die Wahlniederlage zu ergründen, und wir wollen vermeiden, daß diese Mittel vielleicht für ähnliche Prüfungen eingesetzt werden.

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch die Fraktion der CDU ist nicht imstande gewesen, festzustellen, aus welchen Gründen die hier erwähnten 224 000 DM im Interesse Bremens dringend erforderlich sind. Sie wird deshalb den Antrag auf Streichung dieses Betrags unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sowohl die Bundesregierung als sämtliche

Landesregierungen als auch die meisten Großstädte lassen solche Repräsentativerhebungen vornehmen. Das wissen ja die Herren, die im Bund in der Verantwortung sind oder waren, ganz genau. In diesen Repräsentativerhebungen wird festgestellt, ob bestimmte politische Maßnahmen, wirtschaftliche Maßnahmen, soziale Maßnahmen des Landes sinnvoll oder weniger sinnvoll ankommen.

Ich kann sehr wohl verstehen, Herr Abgeordneter Fichtner, daß Sie diesen Antrag stellen. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, hätte ich ihn auch gestellt. Ich kann Ihnen aber auf der anderen Seite sagen, daß ich auch verstehen kann, daß der Abgeordnete Fischer aus der Oppositionshaltung heraus sagt, das sei nicht erforderlich. Die grundsätzliche Frage aber, ob Repräsentativerhebungen erfolgen sollen oder nicht erfolgen sollen, könnte vom Abgeordneten Fischer nicht in Frage gestellt werden, weil das eben ein sehr wesentliches Mittel der Bundesregierung war, ist und bleiben wird und auch der anderen Landesregierungen, bestimmte Erkenntnisse zu sammeln.

(Abg. Filzen [CDU]: Deshalb kann man doch fragen!)

Natürlich, das verstehe ich! Aber, Herr Filzen, wer in der Opposition ist, muß ja nicht unbedingt noch Rosen für die Regierung streuen. Da sind wir uns völlig einig.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Es müssen auch ein paar Stacheln dran sein!)

Genau! — Ich würde nur mit einem ganz konkreten Satz auf eine Frage antworten, die Herr Abgeordneter Fichtner ganz zum Schluß gestellt hat: Diese Repräsentativerhebungen sind kein Ersatz für Untersuchungen gleich welcher Partei über Maßnahmen, die sich aus dem 1. Oktober, vor dem 1. Oktober oder nach dem 1. Oktober ergeben. Diese Untersuchungen müssen die politischen Parteien selbst bezahlen, selbst anstellen, und sie werden auch gar nicht daran interessiert sein, eine Erhebung durchzuführen, von der eine andere Partei natürlich Kenntnis bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die der Herr Bürgermeister eben gemacht hat, haben mich nicht zu überzeugen vermocht.

(Zuruf von der SPD: Was ein Wunder!)

Die Tatsache, daß auf Bundesebene derartige Erhebungen durchgeführt worden sind, ist nach meinem Dafürhalten noch kein Beweis dafür, daß diese Erhebungen notwendig sind. Ich glaube, in der gegenwärtigen Situation, wo wir tatsächlich jede, aber auch wirklich jede Summe, die gespart werden kann, einsparen sollten, haben wir allen Anlaß, hier einen strengen Maßstab anzulegen. Und wenn darüber hinaus berücksichtigt wird, daß die Ergebnisse sogenannter Repräsentativerhebungen nicht nur in Deutschland, sondern allgemein in den letzten Jahren zu geradezu frappierenden Fehlschlüssen geführt haben, dann sehe ich nicht ein, warum wir diese 224 000 DM hier für solche Zwecke ausgeben sollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Götze.

Abg. **Götze** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wundere mich nicht über die Haltung der NPD-Fraktion. Sie ist hier neu, und vielleicht ist es auch berechtigt, daß sie einen solchen Antrag gestellt hat. Aber ich wundere mich sehr über die Haltung der CDU, wie sie hier vom Abgeordneten Fischer unter Beifall seiner Fraktionskolleginnen und -kollegen zum Ausdruck gekommen ist.

Wir haben damals den Antrag des Senats in der Finanzdeputation behandelt und sehr lange besprochen und diskutiert wegen der zuerst notwendigen Nachbewilligung, damit also diese Meinungsumfrage, die dauernde Umfrage sein sollte, in Gang kam. Die Summe war für einen Teil des Jahres. Es ist also eine Gesamtsumme von 224 000 DM für das ganze Jahr nötig. Auch im Haushaltsausschuß ist wieder sehr eingehend darüber gesprochen worden, und mit der Zustimmung der CDU ist diese Position entstanden, und die CDU profitiert gleichermaßen wie die anderen davon. Ich weiß nicht, was Sie heute dazu bringt, mit einer gewissen Nonchalance hier aufzutreten und jetzt diese Dinge abzulehnen. Dann hätten Sie also zumindest sagen müssen, daß Sie dieser Angelegenheit zugestimmt haben und sie jetzt aus ganz bestimmten Gründen, die Sie hier zu beweisen hätten, ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Seinerzeit haben unsere Deputierten sich in der Deputation so verhalten, wie es Herr Götze soeben gesagt hat. Wir haben jedoch schon x-mal festgestellt, daß ein Unterschied besteht zwischen dem, was die Deputierten in der Deputation sagen und dem, was die Fraktion als Ganzes hier vor diesem Hohen Hause vertritt.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Das ist ganz klar, denn die Deputierten haben aus der Sicht ihrer Deputation heraus gesprochen im Hinblick auf die damaligen finanziellen Verhältnisse. Die SPD-Fraktion hat gestern ja immer wieder

hervorgehoben, daß sich die schwierige finanzielle Entwicklung in Bremen vor Monaten noch nicht hätte übersehen lassen. Meine Damen und Herren, jetzt haben wir aber den Etat vor uns liegen, und wir wissen, wie knapp die Finanzen sind. Und da hat meine Fraktion nein gesagt zu diesen 224 000 DM.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Grunde geht es uns gar nicht mal so sehr um eine Ablehnung.

(Heiterkeit — Abg. Schubert [FPD]. Das war ehrlich!)

Wir haben vor, die Verlagerung zu den Verstärkungsmitteln vorzusehen und dadurch eine Sicherstellung der Kontrolle dieses Hohen Hauses zu erreichen, um dadurch wiederum zu erreichen, daß die Mittel für den Zweck ausgegeben werden, für den sie vorgesehen sind. Wir haben ja noch weitere Positionen, wo ein Hoher Senat versucht, sich Fonds zu schaffen, deren Kontrolle eindeutig in dieses Hohe Haus gehört. Und dazu gehört nach unserer Auffassung auch dieser.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Götze.

Abg. **Götze** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lediglich die letzten Worte des Herrn Abgeordneten Fichtner zwingen mich hier nach oben. Ich muß eine solche Unterstellung zurückweisen. Es gibt keine Fonds, die nicht der Kontrolle unterliegen. Wir haben immerhin noch den unabhängigen Rechnungshof, und jede Etatposition muß dort vorgelegt werden und wird dort kontrolliert, Herr Abgeordneter Fichtner!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Die Aussprache ist geschlossen. Ich stelle nunmehr den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag der NPD ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU und NPD)

Wir kommen jetzt zum Änderungsantrag Nr. 13, der gleichfalls vom Abgeordneten Brouwer und der NPD-Fraktion eingebracht wurde:

> Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
> **Ordentlicher Haushalt** der Freien Hansestadt Bremen 1968
> **020**/309 **Senat und Senatskanzlei** / Bremen-Werbung
> Der veranschlagte Betrag von 500 000 DM wird gestrichen.

Soll der Änderungsantrag begründet werden? — Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner zur Begründung.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Änderungsantrag möchten wir ähnliches erreichen wie mit dem vorhergehenden. Ich möchte zunächst einmal vorausschicken, daß diese „Bremen-Werbung" aus einer Aktion geboren worden ist, die im Jahr 1965 gelaufen ist, und zwar im Rahmen der Planung für die Veranstaltung „Tausend Jahre Bremen". Ich weiß, daß sich über die geistige Vaterschaft dieser Werbung Streitigkeiten ergeben haben. Teils möchte der Herr Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr, teils Herr Richard Boljahn die Vaterschaft reklamieren.

(Abg. Ströh [SPD]: Das muß das Vormundschaftsgericht entscheiden! — Heiterkeit)

Alimente, ja! — Ich kann nicht umhin festzustellen, daß Herr Boljahn einen sehr maßgebenden Anteil an der Sicherstellung der Mittel und an der sorgfältigen Überwachung dieser Mittel, was ja nicht immer identisch sein muß, gehabt hat. Das hier festzustellen, scheint mir doch einmal angebracht!

(Abg. Eilers [SPD]: Geben Sie sich keine Mühe, Boljahn bleibt bei der SPD!)

Ja, ja! Er wollte uns ja schon Formulare überreichen; aber ich glaube, wir können uns jetzt revanchieren.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich darf wohl feststellen und zugeben, daß anläßlich der Bemühungen zur 1000-Jahr-Feier hohe Beträge ausgegeben worden sind, die sich nicht unbedingt ausgezahlt haben. Auf der anderen Seite sind aber auch Aufwendungen erfolgt, die bis heute noch ihre Wellen schlagen oder mindestens plätschern, und ich könnte mir denken, daß die Herren Senatoren für Häfen, Schiffahrt und Verkehr wie auch für Wirtschaft und Außenhandel von dem Einsatz dieser Mittel noch profitieren.

Womit wir allerdings eben nicht einverstanden sind, das ist die Tatsache, daß der Hohe Senat diese 500 000 DM, die ihm ja erst sozusagen zugespielt worden sind durch die 1000-Jahr-Feier, nun bei sich einlagert im Haushalt „02 Senat" und darüber disponiert, ja, eine Kommission gebildet hat, die Senatskommission für die „Bremen-Werbung", und diese Mittel wiederum dem Hohen Hause entzogen werden. Herr Götze mag wieder auf die Palme steigen und sagen: Wir haben einen Rechnungshof! Ich bin der Meinung, der Einsatz dieser Mittel soll hier Zug um Zug festgelegt werden.

Es muß weiterhin dafür gesorgt werden, nach meiner Auffassung, daß die Zersplitterung der „Bremen-Werbung" einmal ein Ende hat. Denken Sie bitte daran, daß wir zum Beispiel bei Häfen, Schiff-

fahrt und Verkehr wiederum einen Posten haben — ich weiß gerade nicht, unter welcher Nummer; ich glaube, das ist 709/3764 —, da sind wieder Zuschüsse bei dem Verkehrsverein: verstärkte „Bremen-Werbung". Wir finden bei der Lagerhaus-Gesellschaft ähnliche Mittel. Diese Dinge gehören nach meiner Auffassung in einen Topf, und ich finde mich nicht damit ab, daß diese Dinge hier verniedlicht werden. Auf der anderen Seite ist hier wiederum die Überweisung an die Verstärkungsmittel vorgesehen. Wir haben dann die Möglichkeit, hier im Hause die Kontrolle auszuüben und den Einsatz der Mittel zu überwachen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Hardegen.

Abg. **Hardegen** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abgeordnete Frau Müller-Wolff hat in ihrer Haushaltsrede gesagt, daß wir alles tun müßten, um die Konkurrenzfähigkeit der Bremer Häfen zu erhalten. Ich möchte weitergehen und sagen, daß wir alles tun müssen, um auch die Konkurrenzfähigkeit der Bremer Wirtschaft zu erhalten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Denn es ist leider so, daß man in weiten Kreisen außerhalb Bremens häufig unter Bremen eine schöne Rathausfassade und den Roland versteht und daß die meisten nicht wissen, daß wir hier nicht etwa — wie es kürzlich von Hamburg gesagt wurde — nur eine versandete, schmale Rinne haben, die sich Weser nennt, sondern daß man hier Häfen und eine lebendige Wirtschaft hat. Und dazu gehört eine gewisse Werbung. Ich bin der Ansicht, daß auch die Bremer Wirtschaft diese Werbung etwas mehr ausnutzen sollte. Wenn eine bekannte Bremer Firma ihren Artikel mit dem Beiwort „wunderbar" bezeichnet, warum sagt sie nicht „wunderbar aus Bremen", damit man überall sieht: dieser Artikel kommt aus Bremen!

Ich möchte noch einen anderen Punkt anschneiden, wobei ich besonders betone, daß die Schuld, die ich gleich aufzeigen werde, hier nicht bei Radio Bremen liegt, sondern bei einer übergeordneten Stelle. Das ist das Fernsehen. Wer nicht in Bremen wohnt, sondern außerhalb von Bremen, muß der Ansicht sein, daß ein Containerumschlag in Deutschland ausschließlich in Hamburg durchgeführt wird. Selbst wenn eine Bremen-Sendung ausgestrahlt und Container dem Namen nach gebracht werden, sieht man Bildaufnahmen aus Hamburg.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig!)

Wenn dieser Punkt gestern schon zur Debatte gekommen wäre, hätte ich eine Wette angeboten. Denn gestern hat der Herr Senator für Häfen, Schifffahrt und Verkehr den Container-Blitzzug „Delphin" hier abgelassen, und zur selben Zeit ist von Herrn Präsident Oeftering in Hamburg der gleiche Teilzug abgelassen worden, um in Hannover zu einem Gesamtzug vereinigt zu werden. Ich habe die Ansicht vertreten, daß mit Sicherheit wieder Hamburg gezeigt wird und kaum Bremen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ja!)

In der 18-Uhr-Sendung hat man — wie mir gesagt worden ist — den Abgang des Zuges in Hamburg gesehen und nur eine stehende Aufnahme von Herrn Senator Dr. Borttscheller, wie er seine Kelle hob. In der späteren Sendung um 19 Uhr — ich war noch hier im Hause — hat man zwar auch Bilder von Bremen gezeigt; aber erst wurde Hamburg gezeigt mit Herrn Präsident Oeftering, und am Rande Bremen. Wer die Verhältnisse nicht genau kennt, mußte der Ansicht sein: Aha, Hamburg hat wieder einen weiteren Schritt im Containerumschlag getan! Ich bin der Ansicht: Wenn diese 500 000 DM nur dafür verwendet würden, das Deutsche Fernsehen endlich mal zu der Einsicht zu bringen, daß es außer Hamburg auch einen Hafen Bremen gibt, dann wären diese Mittel gut eingesetzt.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Aus diesem Grund ist meine Fraktion dafür, den Änderungsantrag der NPD abzulehnen, denn wir sind der Ansicht, daß diese Mittel konzentriert an einer Stelle eingesetzt werden müssen, um auch außerhalb Bremens zu zeigen, was Bremen bedeutet, was Bremen ist, nicht nur als Hafen, sondern auch als Wirtschaft. Und dazu gehört eben eine gewisse Werbung. Dazu gehört Public Relations, und das kostet nun einmal Geld.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Kiene.

Abg. **Kiene** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion unterstützt die Ausführungen des Herrn Kollegen Hardegen vollauf. Wir sind erstaunt, daß die NPD diesen Antrag stellt, obwohl sie in der Haushaltsberatung in der Grundsatzdebatte zum Ausdruck gebracht hat, wir müßten alles tun, um die Finanzkraft Bremens zu stärken.

(Abg. Brouwer [NPD]: Sicher!)

Und zur Stärkung der Finanzkraft Bremens gehört es, daß eben die Steuereinnahmen aus der Wirtschaft in demselben Maße wie bisher oder verstärkt dem Staat zufließen. Jedes Unternehmen ist bestrebt, seine Erzeugnisse durch Werbung den Kunden anzubieten. Ich glaube, auch wir sind durchaus in der Lage, dafür zu sorgen, daß nicht nur die Leistungsfähigkeit Bremens, wie sie Herr Kollege Hardegen dargestellt hat, bekannt ist, sondern daß diese Leistungsfähigkeit Bremens besonders den außerhalb Bremens im Inland dafür in Frage kommenden interessierten Kreisen, aber auch dem Ausland kenntlich gemacht wird.

Es genügt nicht mehr, daß wir allein darstellen, wir haben einen attraktiven Hafen, sondern es gehört dazu, daß auch die Leistungsfähigkeit unserer Häfen deutlich dargestellt wird. Wir glauben, daß die Koordination dieser Mittel, die hier in einem neuen Etat „Bremen-Werbung" unter dem Ressort „Senat" eingesetzt worden sind, dazu dient, die vielfältigen Bestrebungen, die auf dem Gebiet der „Bremen-Werbung" innerhalb unseres Landes — dazu gehört auch Bremerhaven — unternommen werden, zu koordinieren, um zu einer sinnvollen „Bremen-Werbung" zu kommen. Es müßten auch schon Verlader in Übersee darauf hingewiesen werden, daß eben nicht nur Hamburg Containerhafen ist, sondern daß auch Bremen Containerhafen ist, daß Bremerhaven der vorbildliche Containerhafen sein wird.

Wir müssen hier sehr viel tun. Unsere Häfen sind nicht nur in einem Konkurrenzkampf mit den Rhein- und Scheldehäfen. Unsere Häfen befinden sich leider auch in einem sehr ungesunden Konkurrenzkampf zum Hafen Hamburg. Die Bemühungen, die gerade Herr Dr. Borttscheller unternommen hat, um zu einer einheitlichen Regelung zu kommen, sind leider von den Hamburger Freunden nicht so aufgenommen worden, wie es sich gehört hätte, um wirklich auch in Zukunft die Sicherung unseres Landes zu gewährleisten. Unsere Fraktion ist daher der Meinung, daß wir alles tun müssen, um wirklich auch unsere Leistungsfähigkeit dem Inland und auch dem Ausland gegenüber deutlich darzustellen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In den Haushaltsberatungen zur Erstellung dieses Haushalts hat der Haushaltsausschuß sich die Aufgabe nicht sehr leicht gemacht und hat überlegt, ob es richtig sei, diesen Ansatz zu belassen. Wir sind in zwei Sitzungen der Finanzdeputation über die Koordinierungsstelle unterrichtet worden, und ich muß sagen, dabei sind manch harte Worte gefallen. Auch wir waren bisher nicht mit allen Maßnahmen einverstanden. Trotzdem haben wir gesagt: Dieser Anschlag soll bestehen bleiben, wir wollen eine Koordinierung aller Werbemaßnahmen.

Aber aufgrund der Sparsamkeit, die wir anlegen müssen, hat der Haushaltsausschuß alle Werbemaßnahmen der einzelnen Ressorts um 20 Prozent gekürzt. Sie werden also feststellen, daß bei allen einzelnen Ressorts, wo bisher Werbemaßnahmen vorhanden waren, hier die Anteile um 20 Prozent gekürzt worden sind. Ich glaube, daß wir also auch von hier aus versucht haben, wirtschaftlich zu denken. Darüber hinaus aber bestand der Wunsch des Haushaltsausschusses wie der gesamten Finanzdeputation, eine echte Koordinierung aller Werbemaßnahmen in diesem zentralen Fonds zu erreichen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Koschek.

Abg. **Koschek** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werbung ist wichtig, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch für einen Staat, für eine Stadt.

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig!)

Das muß man zugeben. Aber die Werbung muß auch richtig eingesetzt werden, meine Damen und Herren. Ich möchte verhindert wissen, daß diese Mittel zur Werbung einer Partei oder der Regierung ausgegeben werden. Ich möchte verhindert wissen, daß diese Gelder verwendet werden, um in teuren gedruckten Broschüren darzustellen, wie erfolgreich doch die Koalitionsparteien in Bremen regiert haben. Das ist nicht der Sinn der Werbung. Diese Werbung nützt Bremens Wirtschaft überhaupt nicht.

Es geht nicht an, daß man zum Beispiel in einer solchen Broschüre, die kurz vor der Wahl herausgegeben wurde, lesen muß: Herr Boljahn als Fraktionsführer ist zwar hemdsärmelig, aber erfolgreich! — Schön, wenn die SPD eine solche Werbung machen will, dann soll sie das tun, aber gefälligst auf eigene Kosten, und nicht auf Kosten des Steuerzahlers.

(Widerspruch bei der SPD)

Deshalb bin ich der Meinung, meine Damen und Herren, daß man das Geld wirklich für die Werbung Bremens ausgeben sollte und nicht dafür, daß die Regierungsparteien in Glanz erscheinen.

(Abg. Schnackenberg [SPD]: Wir haben doch hier keine Narrenfreiheit!)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ausführungen, die Kollege Fichtner hier zu dem Änderungsantrag der NPD gemacht hat, sind mir völlig unverständlich, und zwar deshalb, weil ich an einer Sitzung der Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr in der letzten Woche teigenommen habe, in der in aller epischen Breite gerade über das Problem „Bremen-Werbung" gesprochen worden ist. Und auch Herr Fichtner hat, meines Erachtens mit Recht, darauf hingewiesen, daß für die „Bremen-Werbung" viel mehr als bisher getan werden müßte.

(Abg. Fichtner [NPD]: Genau!)

In dieser Situation wurde von Herrn Senator Dr. Borttscheller — so glaube ich mich zu erinnern — mit allem Nachdruck auch darauf hingewiesen, wie diese dafür bereitgestellten Gelder verwendet werden. Es ist mitgeteilt worden, daß es überall Büros gibt in verschiedenen Städten — ich habe sie im einzelnen nicht behalten —, in denen mit allem

———

*) Vom Redner nicht überprüft.

Nachdruck für Bremen und für die bremische Wirtschaft geworben wird. Und auch Herr Fichtner hat sich mit dieser Regelung und mit dieser Auskunft einverstanden erklärt.

(Abg. Klemmer [SPD]: Hört, hört!)

Zum anderen möchte ich das, was Herr Kollege Hardegen hier gesagt hat mit allem Nachdruck unterstreichen: Ich bin auch der Meinung, daß man die bremische Wirtschaft immer wieder auffordern sollte, nicht nur für den Hafen zu werben, sondern auch für alle die Produkte, die hier in Bremen hergestellt werden. Ich glaube, gerade die Fernsehwerbung gibt der bremischen Wirtschaft eine zusätzliche, nicht kostspielige Möglichkeit, hier für Bremen etwas zu tun. Ronning hat es einmal gemacht — ich will hier keine Schleichwerbung für Ronnig-Kaffee abziehen —, aber immerhin: „Ronning aus Bremen müssen Sie nehmen!" Ein wunderbarer Slogan! Ich kann mir vorstellen, daß es auch für andere Güter und Verbrauchsgüter, die hier in Bremen hergestellt werden, durchaus einen eingängigen Werbeslogan geben könnte, der mit dem Produkt, das aus Bremen kommt, auch den Namen Bremen verbindet. — Darum, meine Damen und Herren, möchte ich Sie herzlich bitten, den Änderungsantrag der NPD abzulehnen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner.

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin hier vollkommen mißverstanden worden, denn es geht hier nicht gegen die Werbung. Damit habe ich selbst zu tun, und damit verdiene ich sogar Geld. Es geht darum, daß die Disposition der Mittel nicht vom Senat aus, sondern nach unserer Auffassung von diesem Hohen Hause durch einen Ausschuß überwacht werden sollte.

(Ach!-Rufe bei der SPD)

Wir wollen eine Überweisung an die Verstärkungsmittel. Wir wollen einen interfraktionellen Ausschuß, der darüber befindet,

(Abg. Ströh [SPD]: Dann müssen Sie es auch sagen!)

wie über diese Mittel verfügt wird.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das haben Sie aber nicht gesagt!)

Dann sage ich es hiermit; wir haben ja noch Zeit, wir haben noch ein paar Tage hier zu tun.

Wenn ich jetzt den Kollegen Meier höre, dann muß ich allerdings sagen, er ist doch ausgesprochen bremenfeindlich, wenn er 20 Prozent von der Werbung abgestrichen hat. Das würde ich niemals wagen, daran würde ich nicht einmal denken, denn wenn irgendwo von mir aus noch mehr Gelder hinein könnten, dann wäre das die „Bremen-Werbung". Aber diese Zersplitterung, die immer noch da ist — da können Sie reden, soviel Sie wollen, sie ist vorhanden, und sie ist noch lange nicht beseitigt —, muß ein Ende haben, und ich bin der Meinung, daß das nur über dieses Hohe Haus geschehen kann. Das wollte ich dazu sagen.

Herr Kollege Ströh, sicher habe ich mir in der Sitzung der Deputation für Häfen, Schiffahrt und Verkehr die Ausführungen von Herrn Senator Dr. Borttscheller angehört. Er sprach von einem Werbevers: „Wagen aus Bremen — Wagen von Ruf". Ich will nicht darüber streiten, ob mein verstorbener Freund Christian Hilker diesen Vers erfunden hat oder Herr Senator Dr. Borttscheller, aber ich möchte Sie mit Nachdruck darauf hinweisen, daß es viele Bremer Firmen gibt, die nicht unbedingt mit dem Namen Bremen ihre Werbung verbinden können. Das spricht nicht unbedingt gegen Bremen. Das spricht einfach gegen ganz bestimmte Grundsätze der Werbung, weil sie sich nicht auf ein bestimmtes Gebiet der Herkunft, möchte ich mal sagen, beschränken möchten. Sie möchten also irgendwie global oder universal oder wie man sagen will erscheinen und möchten nicht ihr Produkt unbedingt mit Bremen identifizieren. Das gibt es in der Praxis.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Dann ziehen Sie doch Ihren Antrag zurück!)

Wir denken gar nicht daran! Wir ziehen ihn gar nicht zurück, denn wir haben einen Ergänzungsantrag, der später kommt, der Aufschluß darüber gibt, daß diese Mittel in die Verstärkung einfließen. Und da wollten wir sie dann durch dieses Hohe Haus einsetzen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist praktisch gar nicht möglich, was er will! Das kennt er noch nicht, das lernt er noch!)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Boljahn.

Abg. **Boljahn** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Anläßlich der Tausendjahrfeier unserer Stadt hat das Plenum der Bürgerschaft mehr Mittel bewilligt als der Senat unseres Landes vorgesehen hatte, weil wir gemeinsam von der Tatsache ausgegangen sind, daß man nicht genug an Werbung tun kann. Herr Fichtner hat hier festgestellt, daß wir gute und schlechte Erfahrungen aus dieser gemeinsamen Anstrengung gemacht haben. Wir haben dann in der Finanzdeputation eine Vorlage vom Senat bekommen und waren uns, Herr Abgeordneter Fichtner, aus den gemachten Erfahrungen darüber klar, daß es nicht so sein könne, daß diese Summe auf verschiedene Bereiche aufgeteilt werde, sondern wir wollten damit eine einheitliche Gestaltung der „Bremen-Werbung" erreichen.

Das ist in diesem Fall jetzt auf der Senatsebene geschehen. Wir haben aber auch — und das möchte ich mit allem Nachdruck sagen — gemeinsam von Koalition und Opposition den Wunsch gehabt, daß

eine parlamentarische Vertretung im Rahmen dieses 500 000-DM-Fonds sichergestellt würde.

(Abg. Brouwer [NPD]: Sehr gut!)

Wir haben Herrn Senator Speckmann gebeten, im Senat diese unsere Bitte vorzutragen. Ich glaube, insoweit können wir vom Parlament aus unsere Kontrollfunktion wahrnehmen.

Herr Kollege Koschek, dieses Thema „Bremen-Werbung" hat auch eine Bedeutung für unsere Stadt selbst. Wenn man sich hier hinstellt und solche Behauptungen aufstellt, daß aus Mitteln der Stadtgemeinde Bremen parteipolitische Werbung betrieben worden sei — insbesondere haben Sie als Beispiel meine Person angeführt —, dann möchte ich Sie bitten, hier im Rahmen der Haushaltsdebatte den Wahrheitsbeweis zu führen. Führen Sie uns das hier vor oder zeigen Sie uns, wo das gestanden hat, wer der Herausgeber dieser Broschüre gewesen ist! Sie werden dann eins nüchtern feststellen: Für parteipolitische Werbung ist meine Partei zuständig, und meine Partei finanziert auch diese ihre Werbung.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wir bezahlen ja auch Beiträge!)

Das ist die eine Seite!

Auf der anderen Seite möchte ich den Kollegen Hardegen unterstützen. Kollege Hardegen, Sie wissen ja, welche Versuche wir im Rahmen der Tausendjahrfeier unternommen haben. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir im Rahmen dieser 500 000 DM nicht nur die Perspektive unseres Hafens zu entwickeln haben, sondern die der Gesamtwirtschaft. Gerade auf bestimmten Sektoren dieser Wirtschaft ist Bremen eine führende Kraft. Ich brauche nur an Tabak, an Kaffee, und ich brauche nur an Bier zu erinnern. Ich meine, im Rahmen dieser 500 000 DM muß auch die Koordinierung mit der freien Werbung der freien Wirtschaft in Gemeinsamkeit gesehen werden, wenn wir Erfolge mit diesen 500 000 DM erreichen wollen.

Wir wissen auch, daß wir da nicht immer auf Gegenliebe gestoßen sind. Wenn ich speziell an Kaffee denke, dann ist das ja nur eine Firma, die mein Kollege Ströh hier aufgeführt hat. Die wesentlich größere Kaffeefirma ist in dieser Beziehung in bezug auf den Namen Bremen in der Vergangenheit in ihrer Werbung sehr vorsichtig gewesen. Ich meine, dies ist die gemeinsame große Aufgabe, die wir wahrzunehmen haben.

Herr Kollege Hardegen, alles, was Sie über das Fernsehen gesagt haben, stimmt hundertprozentig. Wir haben mehr als einmal Versuche unternommen, diese Angelegenheit zum Besten und zum Nutzen Bremens zu ändern. Ich möchte dies aber auch zum Anlaß nehmen, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen: Wenn diese Station Radio Bremen nicht mehr vorhanden wäre, dann wäre in dieser Form eine Aussage über unsere Stadt bei unseren Freunden des NDR todsicher nicht mehr in dieser Form möglich.

(Abg. Hardegen [CDU]: Sehr richtig!)

Also ist das auch ein gemeinsames Anliegen, die Grundlage für die Erhaltung von Radio Bremen zu geben und uns dafür einzusetzen. Auf der anderen Seite sollten wir uns auch daran erinnern, daß die Gemeinsamkeit nicht nur hervorgerufen werden kann durch die Zuverfügungstellung von Mitteln des ordentlichen Haushalts, sondern auch die bremische Wirtschaft muß im Rahmen dieser Koordination gemeinsam mithelfen, um dem Namen Bremen wieder den Klang zu geben, den er in der Vergangenheit und in der Gegenwart hatte.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Schubert.

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich glaube, wir sind uns alle in diesem Hohen Hause darüber einig, daß ein modernes Industriewerk, aber auch ein moderner Staat einer kräftigen Werbung bedarf. Darüber hinaus haben wir als FDP das Vertrauen, daß die in den Haushalt eingesetzten Mittel neutral, also ausschließlich für Bremen, verwendet werden. Ich bedauere sehr, daß durch Herrn Koschek ein etwas falscher Zungenschlag hineingekommen ist.

Aus meiner Arbeit zusammen mit dem innerstädtischen Einzelhandel weiß ich, daß ein Poolen von Mitteln, also von staatlichen Mitteln auf der einen Seite und Mitteln aus der Wirtschaft auf der anderen Seite, ausgezeichnet funktioniert. Daraus ergibt sich das Gemeinsame, und ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir auf diesem Wege weiter fortfahren. Darüber hinaus ist auch bekannt — das ist in einer der Finanzdeputationssitzungen zum Ausdruck gekommen —, daß noch manches in Fluß ist und daß wir uns noch abstimmen wollen, sowohl Parlamentarier als Senat wie auch Wirtschaft, um dann insgesamt etwas Vernünftiges hinzukriegen.

Der NPD möchte ich vorschlagen, was in einem Zuruf schon zum Ausdruck kam, ihren Antrag zurückzuziehen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es wurde hier sehr viel über Werbung gesagt. Demjenigen, der in der Wirtschaft steht, ist bekannt, was Werbung bedeutet, vor allem gute Werbung. Ich gehe mit dem Kollegen Boljahn konform bis zu dem Punkt, wo wir in der Finanzdeputation feststellen konnten, daß die Werbung sehr auseinandergeht und wir sehr daran interessiert sind, die Sache zentral in den Griff zu bekommen. Bis dahin waren wir uns einig. Was dann weiter folgte, war die Tatsache und die Fest-

stellung, daß die ersten Schritte, die Zentrale aufzubauen, nicht den Erfolg zeitigten, den wir uns gedacht haben. 1965 ist die große Zeit der Werbung gewesen. Man faßte die guten Entschlüsse, dabei zu bleiben, aber alle Ressorts einzuschränken. Ich finde, 20 Prozent einzuschränken, ist noch zu wenig, denn die Ressorts haben nach wie vor die Möglichkeit, mehr oder weniger nach ihrem Geschmack Werbung zu betreiben.

Die Zentrale, die wir angesteuert haben, hat doch — und das haben wir in der Finanzdeputation auch feststellen können — bis jetzt absolut noch nicht mit dem Effekt gehandelt, der erwartet worden ist. Woran das lag, kann man aus der Opposition nicht feststellen. Jedenfalls müßte aber jetzt endgültig ein ganz klarer Standpunkt bezogen und die Führung der Werbung in die Hand genommen werden.

Was wir vor der Wahl — ich darf das vielleicht einmal ganz kurz streifen — erlebt haben, war doch mehr oder weniger die Herausgabe von Werbematerial der einzelnen Ressorts. Es waren schöne Bilder, es gab einen schönen Überblick über Bremen, und, meine Damen und Herren, wir wollen es doch nicht abstreiten, es war eine gute Werbung für die Regierung. In der Regierung waren wir nicht, also haben wir als Opposition auch nicht viel davon gehalten. Aber es schlug zu Buch für Bremen bei der Wahl. Wieweit diese Werbung im Ausland angekommen ist, darüber, glaube ich, brauchen wir uns nicht zu unterhalten, außer — da muß ich dem Wirtschaftssenator ein Plus ankreiden — seiner Werbung in den großen ausländischen Zeitungen für Wirtschaftsförderung in Bremen.

Aus förderungstechnischen Überlegungen können wir daher diesen Antrag der NPD nicht unterstützen. Aber die Forderung muß im Raum stehen, daß wir endlich einen Schritt in der Werbekonzentration weiterkommen und uns nicht nur in Briefen und Abhandlungen über dieses Problem ergehen. Die Bürgerschaft hat es meines Erachtens in der Hand, hier den Weg nach vorn zu erzwingen.

Ich darf vielleicht als Bremerhavener noch ganz kurz anhängen, daß ich damals in der Sitzung der Finanzdeputation Wert darauf gelegt habe — ich habe auch den Finanzsenator darum gebeten —, daß unbedingt auch Bremerhaven in diese Werbung als Landesaufgabe mit aufgenommen wird. Wenn schon Bremerhaven als gleichberechtigte Schwesterstadt hier angesprochen wird, dann soll dies auch in der Werbung mit zum Tragen kommen.

Meine Damen und Herren, hin und wieder habe ich die Erfahrung gemacht: Wenn es um den Export geht, ist es unmöglich, Bremerhaven als Exporthafen anzugeben. Es wird daraus immer Bremen. Zusammengefaßt bleibt Bremen und Bremerhaven eine Einheit, und für beide sollten wir nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland werben. Das wäre meine Bitte. Jedenfalls halte ich es für angebracht, möglichst viel Geld für die Werbung auszugeben, aber es muß eine Werbung sein, die eine ganz klare Konzeption, die eine gewisse Führung hat und sich nicht zersplittert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Bremen-Werbung" ist, so meine ich, ein wichtiger Faktor der Außendokumentation bremischer Wirtschafts- und Lebenskraft. Und wenn wir Bremen sagen, dann verstehen wir darunter das Land Bremen; damit auch Bremerhaven. Und wenn ich auf die Häfenwerbung hinweise, so wurde im besonderen ja gerade mit den neuen Möglichkeiten in Bremerhaven geworben. Und wenn ich auf Wirtschaftswerbung hinweise, etwa auf die Fischwerbung, dann ist ganz sicher nicht für Vegesack geworben worden, sondern für Vegesack und Bremerhaven. Ich stelle zunächst einmal fest, daß wir sehr wohl versucht haben, im Rahmen der Werbung auch unsere Schwesterstadt einzubeziehen in eine Landeswerbung.

Einige wenige Bemerkungen aber gestatten Sie mir. Erstens zu dem Vorwurf von Herrn Koschek — ich bedauere außerordentlich, daß er nicht im Saal ist —, der Senat solle keine Eigenwerbung betreiben. Nun, in einem bestimmten Fall werden wir — und ich folge da bremischen Tageszeitungen, die ich heute gelesen habe — genötigt sein, die Informationspflicht des Senats zu verstärken, auch über Dinge, die in Bremen geschehen. Das bedeutet nicht die Herausgabe von Broschüren und ähnlichen Dingen, sondern konkreter Sachinformationen. Es geht uns bei der „Bremen-Werbung" nicht um Eigenwerbung, sondern es geht um die Dokumentation der wirtschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen Bremens. Wir sprechen bisher immer nur von der Wirtschaft. Ich meine allerdings, daß zur „Bremen-Werbung" auch die kulturelle Werbung für Bremen und um Bremen, das heißt dem Land Bremen, gehören muß.

Das Problem, das uns gemeinsam bewegt, ist, die Konzentration der Werbung zu erreichen, eine Konzentration, die der Senat insoweit beschlossen hat, als die in den verschiedenen Senatsressorts vorgesehenen weiteren Mittel, beim Häfensenator, zum Teil beim Wirtschaftssenator, hier bei der Senatspressestelle, nur ausgegeben werden dürfen, wenn das im Rathaus eingerichtete Büro „Bremen-Werbung" — das jetzt nicht bürokratisch eine Behörde darstellt, sondern einen Mann der freien Wirtschaft darstellt, der hier versuchen soll, zu koordinieren —, dieser Mittelausgabe zugestimmt hat. Wenn er nicht zustimmt, dann muß es in der Geschäftskommission des Senats beziehungsweise im Gesamtsenat behandelt werden, um zu erreichen, daß nicht unkoordiniert von jedem Sachbereich aus eigene Vorstellungen über die „Bremen-Werbung" entwickelt werden.

Dieses Büro „Bremen-Werbung" hat die Aufgabe, auch eine Koordinierung mit der Handelskammer zu

erreichen, die sich im übrigen gerade in den jüngsten Tagen sehr nachdrücklich für diese Koordinierung ausgesprochen hat. Es muß erreicht werden eine bessere Koordinierung zwischen dem Verkehrsverein und diesem Böro. Es sollte erreicht werden, daß mit diesem Büro auch eine bessere Koordinierung der sonstigen öffentlichen, halböffentlichen und auch privaten wirtschaftlichen und anderen Einrichtungen erfolgt, etwa mit der Bremer Lagerhausgesellschaft und einigen anderen Dingen mehr. Das ist die Vorstellung, und wir bemühen uns darum, insbesondere natürlich um die Koordinierung im eigentlichen Verwaltungsbereich.

Nun ist gesagt worden, wir sollten nachdrücklicher als in der Vergangenheit auch die Bremer Wirtschaft auffordern, zu versuchen, da, wo es möglich ist, ein Bremen-Symbol, ein gemeinsames Bremen-Symbol zu verwerten. Diese Idee ist in der Handelskammer vorgetragen worden — ich glaube, von Ihnen, Kollege Dr. Borttscheller —, sie ist aufgegriffen worden von diesem Büro „Bremen-Werbung". Wir versuchen jetzt, Symbole zu entwickeln, die also auch für die Wirtschaft und für die Stadt und für das Land gemeinsam benutzt werden können. Das wird nicht ganz einfach sein. Das werden Sie besser beurteilen können, Herr Fichtner, der Sie ein Werbeböro leiten, daß man bestimmte Werbung eben anders machen muß und sie nicht generalisieren darf. Gleichwohl versuchen wir, hier eine bestimmte Konzentration und eine Hinführung auf bestimmte Symbolik zu erreichen.

Nun noch ein Wort zu dem eigentlichen Anliegen. Sie sagen, Herr Abgeordneter Fichtner: Wir möchten erreichen, daß über die Mittel der „Bremen-Werbung" auch das Parlament einen unmittelbaren Einfluß erhält. Dieser Ihr Wunsch ist von der Finanzdeputation an den Senat herangetragen worden.

(Abg. Götze [SPD]: Nicht unmittelbar, Herr Bürgermeister!)

Nein, nein! Ich sage ja, dieser Wunsch ist von der Finanzdeputation, gemeinsam getragen von allen in der Finanzdeputation, an den Senat herangetragen worden, doch zu prüfen, wie stärker als in der Vergangenheit es möglich sein werde, auch ein Gremium von Abgeordneten an der Konzentration dieser Werbung zu beteiligen.

(Abg. Götze [SPD]: Genau!)

Dieser Vorschlag der Finanzdeputation ist mir in der letzten Woche auf den Tisch gekommen, und ich habe vorgesehen, daß ich in einer der nächsten Finanzdeputationssitzungen persönlich in der Finanzdeputation erscheinen möchte, um mit den Finanzdeputierten, unter denen Sie ja auch vertreten sind, nach Lösungen zu suchen, wie wir zu einem besseren Akkord kommen können. Auch ich bin der Meinung, es muß auch hier eine bessere Koordinierung erreicht werden. Wie die Koordinierung erreicht wird, darüber müssen wir uns unterhalten. Das ist aber kein Bereich, keine Frage der Haushaltsberatung. Daß aber ein solcher gemeinsamer Wille besteht, das darf ich Ihnen hier versichern.

Nun, da Sie wieder eingetroffen sind, Herr Abgeordneter Koschek: Ich weiß zufällig bei einem einigermaßen guten Gedächtnis, daß der Senat vor der letzten Wahl eine einzige Broschüre herausgebracht hat, allerdings nicht aus den Mitteln der „Bremen-Werbung", die ein Leistungsbeweis der Senatsarbeit der letzten vier Jahre sein sollte. Ob es eine gelungene Broschüre war, sei dahingestellt. Ob die Opposition damit einverstanden ist, das sei gar nicht dahingestellt; ich wüßte, wie ich als Opposition darauf reagiert hätte, genauso, wie die SPD früher auf die Leistungsbeweise der Bundesregierung reagiert hat. Ich sage „früher"; heute hat die FDP das übernommen für uns im Bundestag.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Eben! Das ist legitim! — Abg. Schubert [FDP]: Alles legitim!)

Nein, nein, ich sage einfach: Das ist legitim, zu beanstanden. Tatsächlich aber ist auch in dieser Broschüre der Versuch gemacht worden, die Leistungen des Bürgers draußen mit seiner Steuerkraft, verwirklicht durch Leistung von Parlament und Senat, darzutun. Das, was Sie vorhin darstellten: Da ist der Boljahn gelobt worden als hemdsärmeliger Mann, als motorischer Mann — —

(Abg. Koschek [CDU]: Der Pressechef des Senats!)

Mein Gott, das ist ein Mensch, ja; das ist ein Mensch, der sogar eine eigene Meinung hat — Sie werden es nicht glauben, Herr Koschek —, der sogar eine eigene Meinung haben darf; das darf ich Ihnen hier sagen, der in einer bremischen Illustrierten darüber geschrieben hat! Aber nun fangen Sie noch an und rechnen uns vor, was in bremischen Zeitungen und Illustrierten über bremische Politiker geschrieben wird, als wenn das aus Mitteln des Senats erfolgt wäre! Das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei der SPD)

Sie selbst, Herr Abgeordneter Koschek, Sie wissen doch tatsächlich, daß das keine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln war, sondern daß hier eine bremische Zeitung etwas über einen Abgeordneten, den Sie nicht leiden mögen in Gottes Namen, geschrieben hat. Aber ertragen müssen Sie es, daß auch die Zeitungen eine andere Meinung haben dürfen als Sie sie haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Filzen.

(Abg. Götze [SPD]: Fritz, mach's kurz!)

Abg. **Filzen** (CDU) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Boljahn hat gesagt: Man kann nicht genug an Werbung tun! Ich habe den Eindruck, daß alle Redner, die eben gesprochen und alle Parteien damit repräsentiert haben, da einer Meinung sind. Ich kann aber Ihnen, Herr Abgeordneter Fichtner, nur raten, daß Sie Ihren Änderungsantrag zurückziehen, denn gerade das, was Sie erreichen wollen, das war mit dieser Summe vorgesehen. Es ist eben ja schon gesagt worden: Durch die Kürzung von 20 Prozent in den anderen Werbetöpfen und die Einsetzung von 500 000 DM neu in diese Stelle, die sich der Haushaltsausschuß sehr genau überlegt hat, wollten wir die Konzentration und die Koordination der Werbung erreichen.

(Zuruf des Abg. Vorsatz [NPD])

Moment, Herr Abgeordneter! — Wenn Sie aber jetzt diese Summe hier streichen und in die Verstärkungsmittel hineinsetzen wollen,

(Abg. Götze [SPD]: Dann sind sie weg!)

tun Sie genau das, was Sie nicht wollen, dann sind sie nämlich weg. Denn die Verstärkungsmittel haben den Zweck, bei unvorhergesehenen Ausgaben, die auf uns zukommen, auf diese Mittel zurückzugreifen und daraus diese Dinge zu bezahlen. Dieser Verstärkungstopf ist aber nicht dafür da, um daraus wieder besondere neue Haushaltsstellen zu schaffen, sondern alles, was da hineinkommt, wird für den allgemeinen Notfall benutzt, und daraus können Sie dann nicht wieder Mittel herausbekommen, um damit Werbung zu treiben. Insofern ist der Änderungsantrag falsch am Platz.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Jantzen.

Abg. **Jantzen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich glaube, die Debatte über die „Bremen-Werbung" hat jetzt einen Stand erreicht, wo eine übereinstimmende Meinung über die Notwendigkeit festgestellt werden kann.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sie hätten gar nicht zu kommen brauchen, Herr Jantzen!)

Ja, das müssen Sie mir überlassen, Herr Fichtner, ob ich kommen will oder nicht. Soweit sind wir noch nicht, daß Sie sagen, wer von uns reden kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen, meine Herren, ich darf nur an eine Deputationssitzung — und nur deshalb habe ich mich gemeldet — erinnern, in der der Herr Senator uns über Werbemaßnahmen in in- und ausländischen Zeitungen berichtet hat. Das Interessante dabei ist, daß ich kurz nach dieser Deputationssitzung in Hamburg Gelegenheit hatte, mit einigen Vertretern des Wirtschaftsbereichs, aber auch der Wirtschaft zu sprechen. Und siehe da! Man war über das, was Bremen getan hat und in der Zukunft zu tun beabsichtigt, sehr ungehalten und böse. Ich glaube, wir sollten Firmenwerbung nicht verwechseln mit dem, was wir zu tun haben.

Was wir tun, ist eine Darstellungs- und Angebotswerbung, nämlich der Öffentlichkeit im In- und Ausland und insbesondere der Industrie zu sagen, was sie in Bremen vorfinden. Und wer wie wir der Meinung ist, daß die wirtschaftliche Kraft dieses Landes gestärkt werden sollte — und da stimme ich mit Herrn Hardegen überein —, der muß eine solche Darstellungs- und Angebotswerbung nicht von den Firmen ausgehen lassen, sondern eine verstärkte Aufgabe bei uns suchen, die sich dann koordiniert mit den dann durch diese Maßnahme in Bremen angesiedelten Firmen. Sicherlich ist zu erwarten, daß etwas mehr Firmenwerbung auch für Bremen geschehen kann. Es ist manchmal wirklich zu fragen, ob das, was gelegentlich mit Firmennamen und Städtenamen im Fernsehen und in Illustrierten mit Werbung verbunden wird, noch als Werbung anzusehen ist. Aber das ist nicht unsere Sache, sondern ich meine, daß wir gemeinsam etwas mehr für diese Werbung tun müßten.

Ich möchte mit der Bemerkung schließen, daß Koordinierung mir zwingend notwendig zu sein scheint, um eine Darstellungs- und Angebotswerbung durchzuführen. Insbesondere darf ich aber nach den Worten von Herrn Filzen doch noch einmal der NDP zu überlegen geben — das ist nur ein wohlgemeinter Rat, nicht, wie Sie es mir vorhin angetragen haben —, diesen Änderungsantrag zurückzuziehen, damit wir dann in der Lage sind, die Dinge auch etwas anders nach draußen darzustellen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Zweck unseres Änderungsantrags war lediglich, einmal den Fragenkomplex in diesem Hohen Hause anzuschneiden und zur Debatte zu bringen — das ist, glaube ich, ausgiebig durchgeführt worden —, und auf der anderen Seite, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu gewährleisten, daß Abgeordnete bei der „Bremen-Werbung" mit eingeschaltet werden.

(Abg. Götze [SPD]: Natürlich!)

Auch das ist durch die Ausführungen des Herrn Präsidenten des Senats sowohl wie auch durch die Ausführungen des Herrn Boljahn gewährleistet. Meine Fraktion hat damit den Zweck erreicht, den sie mit diesem Änderungsantrag verfolgt hatte. Sie zieht hiermit den Änderungsantrag zurück.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Zander: Mit der Zurückziehung des Änderungsantrags hat sich auch die Wortmel-

*) Vom Redner nicht überprüft.

dung des Abgeordneten von Groeling-Müller erledigt.

Vizepräsident Dr. Zander: Wir kommen dann zum Änderungsantrag Nr. 14, der von den Koalitionsfraktionen eingebracht wurde:

> Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
> **Ordentlicher Haushalt** der Freien Hansestadt Bremen 1968
> **020**/401 (neu) **Senat und Senatskanzlei** / Zuschuß an das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. in Vlotho
> Als Zuschuß an das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. in Vlotho werden 30 000 DM eingesetzt.

Zur Begründung des Änderungsantrags hat der Abgeordnete Stäcker das Wort.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Es handelt sich hier nicht grundsätzlich um eine völlig neue Haushaltsposition, denn in dem Haushalt des Senators für Inneres war unter der Position 030/4040 bereits im Jahr 1967 ein Betrag von 20 000 DM enthalten. Ich kann mich für die Begründung hier sehr kurz fassen, denn gestern waren sich bereits alle hier im Hohen Hause vertretenen Parteien einig, daß es zweckmäßig und notwendig sei, die Landeszentrale für politische Bildung an einer zentralen Stelle, nämlich beim Senat, zu bilden und zu koordinieren. Es ist daher logisch, daß auch diese Position dort mit erscheint und ebenfalls von dort mit wahrgenommen wird.

Es handelt sich dabei um einen Zuschuß an das Gesamteuropäische Studienwerk in Vlotho schlechthin. Vlotho erhält Zuschüsse vom Bund, von Nordrhein-Westfalen und auch vom Land Bremen. Es geht hier um eine Erhöhung von 10 000 DM gegenüber dem letztjährigen Haushalt. Das ergibt sich daraus, daß seit Jahren — und wir haben seit 1957 die gute Verbindung im Land Bremen zum Gesamteuropäischen Studienwerk, es sind bisher etwa 1 500 Arbeitnehmer dorthin gefahren und haben sich politisch bilden können — diese Schulungsstätte in einem stärkeren Umfang in Anspruch genommen wird und daher auch eine Erhöhung vertretbar ist.

Ich muß sagen, daß alle politischen Parteien, die damals diesen Arbeitskreis Vlotho 1958 hier in Bremen gründeten, zufrieden sein können mit der Arbeit, die in Vlotho geleistet wurde. Es waren damals die SPD, FDP, CDU und auch die Deutsche Partei sowie die Gewerkschaften und der Arbeitgeberverband, die diesen Auftrag erteilt haben, eine weitere politische Bildungsstätte im Bundesgebiet in Anspruch zu nehmen. Nach der gestrigen Debatte glaube ich, daß darüber keine Meinungsverschiedenheit bestehen kann, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der gestrigen Debatte ist von uns grundsätzlich erklärt worden, daß wir absolut positiv zu jeder politischen Bildungsarbeit stehen. Wir würden uns sehr freuen, wenn das Studienwerk Vlotho zukünftig auch der Nationaldemokratischen Partei die Möglichkeit der Mitarbeit geben würde, und wir wären dann durchaus bereit, in Zukunft auch die Unterstützungsbeiträge für dieses Studienwerk mit zu bewilligen. Da diese Mitarbeit uns aber bislang verwehrt worden ist,

(Abg. Mahlstedt [SPD]: Haben Sie Antrag gestellt?)

wir im Gegenteil sogar durch die Broschüren des Arbeitskreises diffamiert wurden, werden Sie bitte dafür Verständnis haben, daß wir alle diejenigen Anträge, die auf Unterstützung dieses Arbeitskreises hinauslaufen, im Augenblick ablehnen müssen.

(Abg. Schubert [FDP]: Dafür habe ich Verständnis!)

Das ist aber nicht — und ich betone es noch einmal — in irgendwelcher Weise gegen die politische Bildungsarbeit als solche gerichtet, und wir bedauern deshalb außerordentlich, daß der Änderungsantrag 020/678 global gestellt worden ist, der einmal die politische Bildungsarbeit mit 50 000 DM dotiert, aber auch gleichzeitig einen Betrag von 10 000 DM zusätzlich für Vlotho beinhaltet. Wir sind dadurch in die etwas unangenehme Situation gesetzt worden, auch diesem Änderungsantrag unsere Zustimmung nicht geben zu können.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Jantzen.

Abg. **Jantzen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Brouwer, ich möchte nur auf den Punkt eingehen, daß Sie sagen, daß der Vlothoer Arbeitskreis bisher keine Verbindung mit der NPD gehabt hat. Ich darf Frau Hänecke und Herrn Brinkmann als meine Zeugen hier aufrufen, daß wir einen Abend, und ich möchte sagen, eine halbe Nacht mit Ihrem Parteifreund Udo Walendy in Vlotho sehr eingehend über Struktur, Inhalt, Zielsetzung der NPD diskutiert haben. Ich möchte mich deshalb dagegen zur Wehr setzen, daß hier dargestellt wird, als seien Sie nicht beteiligt. Sie sind dagewesen! Falls es sich bis Bremen noch nicht rumgesprochen hat, daß einer Ihrer Ideologen dagewesen ist, darf ich bitten, Herrn Walendy anzuschreiben, um sich das von ihm bestätigen zu lassen.

Damit entfällt also wahrscheinlich auch Ihre Begründung, nicht direkt für Vlotho etwas zu tun, da Sie ja in der Vergangenheit bereits beteiligt gewesen sind. Also: 30 000 DM direkt, 10 000 DM für den Vlothoer Arbeitskreis, damit wir teilweise über das hinaus, was direkt in Vlotho gemacht wird, ergänzend hier Abendveranstaltungen noch durchführen können.

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle den Änderungsantrag Nr. 14 daher zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Änderungsantrag ist angenommen.

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Wir kommen zum Änderungsantrag Nr. 15, der gleichfalls von den Koalitionsfraktionen gestellt wurde:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

020/678 (neu) **Senat und Senatskanzlei** / Landeszentrale für politische Bildung

Für die Landeszentrale für politische Bildung wird ein Betrag von 60 000 DM eingesetzt.

Die Haushaltsstelle erhält folgende Erläuterung:

Der Ansatz wurde wie folgt ermittelt:

Durchführung bzw. Unterstützung von Veranstaltungen (z. B. der Schulen), Mittel für die Verteilung von eigenen oder fremden Veröffentlichungen, finanzielle Unterstützung von Filmen, Buchauflagen usw. im Rahmen der politischen Bildung	50 000 DM
Zuschuß an den Vlothoer Arbeitskreis Bremen	10 000 DM
zusammen:	60 000 DM

Einer Begründung des Änderungsantrags bedarf es wohl nicht! — Oder doch? Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, der Aussage des Herrn Präsidenten, daß es nicht einer Begründung bedarf, ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Aber trotzdem möchte ich aufgrund der gestrigen Debatte, damit das noch einmal in aller Klarheit deutlich wird, zu den Ausführungen des Abgeordneten Ehlers etwas sagen. Es war nämlich hier der Eindruck, als wenn nach Wollingst 800 Schüler — oder es kam sogar der Zwischenruf aus den hinteren Reihen: über 3 000 — im Jahr fahren. Das stimmt nicht, sondern es sind bisher genau 447 Schüler durch die Vermittlung der Bürgerschaftskanzlei im Rahmen dieser politischen Bildungsarbeit nach Wollingst gefahren, und dafür sind über 13 000 DM ausgegeben worden; pro Kursus rund 3 600 DM.

Deshalb meinen wir eben: Wir stehen zu dem Wollingster Modell, so daß man sich überlegen muß, ob man nicht mit einer Erhöhung der Mittel, und zwar geht es hier um die 50 000 DM generell für die Landeszentrale für politische Bildung, kommen muß, denn man darf ja nicht übersehen — wir haben gestern sehr eindeutig über die politische Bildung der jungen Generation gesprochen —, daß allein im Jahr 1967 die Zahl der Schulabgänger immerhin 8 305 beträgt. Das ist auch eine Zahl, die wir dabei berücksichtigen sollten und die wir in Relation setzen müssen zu bisher 160 Schülern in Wollingst.

Ich wollte dieses nur noch der Klarheit wegen einmal deutlich machen und glaube, daß zu dem Gesamtkomplex Landeszentrale für politische Bildung kaum von irgendeiner Seite Einwendungen erhoben werden können.

Der zweite Betrag, Arbeitskreis Vlotho, Aufstockung um 2 800 DM, ist meines Erachtens durch die vorhergehende Aussprache mit angeklungen. Die Bgründung dafür ist gegeben worden, so daß ich darum bitte, diesem Änderungsantrag in Höhe von insgesamt 60 000 DM zuzustimmen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es scheint mir ein völlig falscher Ansatzpunkt zu sein, die, wenn Sie so wollen, verhältnismäßig niedrige Zahl von Schülern, die in Wollingst war, dafür zu benutzen, um die Arbeit als solche abzuwerten.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das geschieht doch gar nicht! Herr Ehlers, Sie bauen sich was auf!)

Entschuldigen Sie, Frau Müller-Wolff, meine Fraktion hat den Eindruck, daß es im Grunde genommen um mehr geht. Wir vermuten, daß hier lediglich mit Zahlen argumentiert wird, aber möglicherweise andere Gründe dahinter stehen, die Sie wahrscheinlich nicht aussprechen wollen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Was Sie vermuten, können Sie nicht beweisen!)

Ich frage Sie danach.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das ist doch nicht zu fassen!)

Gestern war zweimal die Rede von 160 Schülern, die pro Jahr in Wollingst gewesen sein sollen. Ich hatte Gelegenheit, mich gestern abend noch über die genauen Zahlen aus 1967 zu informieren. Danach sind, Herr Kollege Stäcker, im vergangenen Jahr zehn Wochenseminare mit zusammen 304 Teilnehmern durchgeführt worden, sieben Dreitagesseminare mit 227 Teilnehmern und sieben Wochenendseminare mit 328 Teilnehmern.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Ehlers, der Abgeordnete Stäcker hat die Absicht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, diese Frage zu beantworten?

Abg. **Ehlers** (CDU): Selbstverständlich!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Abgeordneter Stäcker!

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Abgeordneter Ehlers, sind Sie mit mir nicht der gleichen Auffassung: Kann man die Summen, die für die politische Bildungsar-

beit hier vom Haus der Bürgerschaft eingesetzt worden sind, in Vergleich setzen zu allen anderen Veranstaltungen der Volkshochschule, der Europäischen Woche und anderen ähnlichen Bildungsveranstaltungen in Wollingst?

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das hat doch nichts mit anderen zu tun!)

Und darum geht es letzten Endes.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Kollege Stäcker, wir haben gestern aus dem Munde des Präsidenten des Senats sehr deutlich gehört, daß es sich bei der politischen Bildung nicht nur um das handeln kann, was hier die eine, dort die andere Gruppe oder die Bremische Bürgerschaft selbst tut,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Darum geht es doch, nur darum geht's!)

sondern daß es einer umfassenden Aktivität aller auf diesem Gebiet tätigen Kräfte bedarf. Wenn wir jetzt auseinanderdividieren und nur die Zahlen der Schüler nehmen, die durch die Bereitstellung von Mitteln durch die Bremische Bürgerschaft in Wollingst betreut oder angesprochen worden sind,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Darum geht's!)

dann ist das meiner Meinung nach ein völlig falscher Ausgangspunkt.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ja, bei Ihnen!)

Bei diesen Zahlen, die ich Ihnen eben genannt habe, handelt es sich ausschließlich um Teilnehmer aus Bremen. Ob diese Kurse stattgefunden haben aufgrund der Initiative dieses Hauses

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ja, nur darum!)

oder auf wessen Initiative auch immer, ist doch völlig gleichgültig. Entscheidend ist, daß durch die Methode Wollingst offenbar sehr viel mehr Jugendliche aus Bremen angesprochen worden sind, als hier gestern behauptet worden ist. Auf diese Klarstellung kam es meinen Freunden und mir an.

Ich verstehe nicht — und ich habe das gestern am Schluß meiner Ausführungen zum Ausdruck gebracht —, warum man so positive Ansätze hier nicht entsprechend wertet und anerkennt.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Gerade in diesen Tagen, da wir so viel über die Jugend und die politische Bildung diskutiert haben! Wir sollten uns doch über diese Anfänge freuen. Es kann nicht darum gehen, ob Wollingst gut ist oder nicht, und ob es hier ins Parlament geholt werden muß. Selbstverständlich kann man diese Maßnahme hier und anderswo ergänzen. Vergessen Sie bitte auch nicht die Berufsschüler. Auch in der Hinsicht werden wir uns noch was einfallen lassen müssen.

(Abg. Erbel [CDU]: Es wird höchste Zeit!)

Aber man soll doch auf das, was in Wollingst geschieht, aufbauen und es nicht umgekehrt machen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Schubert.

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist allgemein im Hohen Hause wohl bekannt, daß Wollingst für die FDP so etwas ähnliches wie eine Herzensangelegenheit ist. Und ich spreche hier in etwa auch für meinen Freund John, der heute leider erkrankt ist. Sonst würde er Ihnen hier oben sicher auch viel längere Reden halten können und würde viel mehr mit Zahlen spielen, was ich im Augenblick nicht kann.

Also wir sind uns alle darüber einig, daß Wollingst eine positive Erscheinung ist, und ich glaube, Sie können auch überzeugt sein, daß wir — SPD, FDP, CDU und auch NPD — eine Lösung finden, die dafür sorgt, daß Wollingst in dieser Form erhalten bleibt; es sei denn, es sprechen ganz wichtige Dinge dagegen, von denen man uns erst noch überzeugen sollte. Und ich bin auch nicht so sehr dafür, daß man nur vom „Modell Wollingst" spricht, sondern man soll ruhig „Wollingst" sagen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Müller-Wolff.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ich ziehe zurück!)

Zieht zurück! — Dann hat der Abgeordnete Sagner das Wort.

Abg. **Sagner** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben gestern über die Landeszentrale für politische Bildung schon einige Ausführungen hier vor diesem Haus gehört, und ich möchte nur ganz kurz vielleicht etwas richtigstellen. Wir haben im vergangenen Jahr schon über diese Landeszentrale für politische Bildung gesprochen, und es ist also nicht so, wie es gestern vielleicht scheinen konnte, daß diese Landeszentrale im Landeshaushalt jetzt erst von der Koalition in dieser Form entdeckt worden ist.

Ich darf daran erinnern, daß diese Landeszentrale bisher immer den Dornröschenschlaf bei der Volkshochschule gehalten hat,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Stimmt!)

und wir wissen natürlich heute nicht genau, wer als Prinz nun in Erscheinung treten darf, ob es der Präsident des Senats, Herr Koschnick, oder Herr Boljahn oder irgend jemand anderes ist, aber wir freuen uns

natürlich, daß diese Dinge nun hier ins Gespräch kommen, und ich meine, wir sollten uns also nicht solange aufhalten bei dem Problem Wollingst oder an der Frage Wollingst, denn Wollingst kann ja nur ein Teil dieser Arbeit sein.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Natürlich!)

Was uns aber jetzt bewegt, das war eine Überlegung, die offensichtlich nun hier auch von der Seite der Regierungsparteien angestellt worden ist, diese Landeszentrale für politische Bildung aufzuhängen im ordentlichen Haushalt beim Senat und der Senatskanzlei. Uns scheint es etwas schwierig, zu erkennen, warum eine Bildungsaufgabe nicht beim Senator für das Bildungswesen ressortiert, denn hier wäre ja an und für sich der echte Ansatzpunkt. Und hier fragen wir also nun: Soll hier — vorhin klang schon einmal das schöne Wort von dem Reptilienfonds, und wir haben schon über „Bremen-Werbung" gesprochen — nun noch eine gewisse Haushaltsstelle dem Präsidenten des Senats zugestellt werden oder soll hier eine neue Dienststelle installiert werden oder aber hat der Bildungssenator nicht die genügenden Kräfte zur Verfügung, um diese staatsbürgerliche Bildung zu betreiben? Denn daß dies eine sehr differenzierte Aufgabe ist, meine Damen und Herren, das brauchen wir nicht erst von unseren Freunden aus dem Hause hier zu erfahren, darüber haben schon andere sogar Broschüren geschrieben, und ich weiß auch, daß in der PH in Bremen sehr gut darüber referiert und unterrichtet wird.

Das war also eine Frage, die uns mit bewegt, warum der Bildungssenator diese Dinge nicht in die Hand genommen hat, denn es klang hier schon von unseren Freunden an: Diese Landeszentrale für politische Bildung ist ja nicht nur eine Angelegenheit für Gymnasiasten, sondern eben auch für die Berufsschüler, für unsere Jugendlichen allgemein, aber es zielt zweifellos auch in die Erwachsenenbildung hinein. Und deswegen haben wir also bestimmte Besorgnisse oder bestimmte Sorgen, wenn wir sehen, daß diese Stelle bei der Senatskanzlei untergebracht werden würde, und wir wären dankbar, wenn uns der Präsident des Senats dazu noch einige Auskünfte geben könnte.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort gebührt nunmehr Herrn Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Sagner hat die Begründung eigentlich schon selbst gegeben, warum diese Zentrale für politische Bildung nicht beim Bildungssenator ressortieren soll, sondern beim Präsidenten des Senats als übergeordneter Stelle. Es geht nicht nur um Schuljugend, es geht nicht nur um Berufsschüler, sondern es geht um die politische Bildung im allgemeinen. Und wir waren der Auffassung, daß hier eine zentrale Stelle geschaffen werden sollte und daß sie beim Präsidenten des Senats am besten untergebracht sei.

Vielleicht erinnern Sie sich, daß ich vor einem Jahr bei den Haushaltsberatungen hier darauf hingewiesen habe, daß die Zentrale für politische Bildung aus der Volkshochschule herausgelöst werden sollte, weil sie dort einfach einen Dornröschenschlaf geführt hat. Nicht, weil man sich nicht um sie gekümmert hätte, sondern weil man eben für 5 000 DM nicht viel mehr sein kann als ein Dornröschen. Und das soll ja nun auch hier geändert werden.

(Zurufe von der SPD)

Ja nun, darüber waren wir uns völlig im klaren: Die Volkshochschule hat viel mehr aus diesem Titel gemacht, als er finanziell beinhaltet hat.

(Bürgermeister Koschnick: Völlig klar!)

Das sollte man auch einmal herausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist nicht immer der Betrag, der eingestellt wird, der wirkungsvoll ist.

Ich meine, daß über die politische Bildung hier gestern einiges gesagt worden ist, was nicht ohne weiteres repräsentativ sein sollte für die Auffassung dieses Hauses. Wir unterhalten uns über politische Bildung und beschäftigen uns mit ihr nämlich nicht erst seit dem Januar 1968. Aber es gibt einige Leute, die erst jetzt daran gedacht haben, daß man so etwas betreiben muß,

(Beifall bei der SPD)

die früher gar nicht so begeistert waren, wenn das Wort „politische Bildung" auftauchte. Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß die politische Bildung in Bremen bedeutend besser ist, als ihr Ruf zu sein scheint.

Wir haben als zweites Bundesland 1949 die politische Bildung als obligatorisches Fach eingeführt für die Schulen, und wir haben in diesem Zeitraum Erhebliches getan. Daß manches verändert werden mußte, manches verbessert werden mußte, daß manches pädagogisch etwas spielerisch dargestellt wurde, anstatt die tatsächlichen Verhältnisse in einem demokratischen Staatswesen, nicht nur mit Regierung und Opposition, sondern auch mit den vielfältigen Meinungsverschiedenheiten darzustellen, das hat man inzwischen erkannt. Das war kein Problem Bremens, sondern ein Problem der Bundesrepublik und darüber hinaus eigentlich ein Problem aller Industriestaaten in Ost und West. Und sogar die Musterdemokratie, die Schweiz, hat erhebliche Schwierigkeiten auf diesem Gebiet und muß manches umstellen. Das hängt mit dem Umbruch unserer Zeit zusammen und mit der neuen Generation, die mit völlig neuen Fragen kommt.

Wir haben sowohl in der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler in Form der politische Bildung,

vor allem aber auch in der Lehrerbildung im Studienseminar, an der Pädagogischen Hochschule, am Schulpraktischen Institut, Hunderte und Tausende von Junglehrern durch intensive Ausbildung an die Fragen der politischen Bildung herangeführt. Nur, über eines müßten wir uns hier auch im klaren sein: Die Schule kann die Versäumnisse des Elternhauses nicht völlig ausgleichen. Auch das ist ein Punkt! Die Schule kann nicht alles tun. Die Schule kann nur versuchen, bestimmte Fragen stärker zu diskutieren und an die jungen Menschen heranzubringen. Sie bedarf aber der Unterstützung des Elternhauses, der Verbände, der politischen Parteien, der vielfältigen Gruppen, die sich für diese Arbeit mit zur Verfügung stellen sollten, denn sonst wird das Ganze natürlich eine halbe Arbeit bleiben. Man darf nicht die Ursachen und die Wirkung völlig durcheinanderbringen. Ich meine, daß muß in diesem Rahmen auch einmal gesagt werden.

Zur politischen Bildung gehört natürlich auch das politische Bekenntnis, nicht unbedingt das parteipolitische, aber der Wille, sich nicht nur zu behaupten, sondern selbst darzustellen, der Wille, auch eine Meinung zu haben, in der Klasse, in den Verbänden, den jungen Menschen gegenüber. Daran fehlt es manchmal den Erwachsenen, und dazu kann man sie nicht zwingen. Hier zeigen sich die Grenzen der politischen Bildung. Ich möchte nur dringend davor warnen, daß die politische Bildung allein an finanziellen Fragen aufgehängt wird. Politische Bildung ist natürlich auch eine Frage der Finanzen, der Freistellung von bestimmten Kräften. Aber sie ist in erster Linie auch eine Frage des Willens der Politiker, der Lehrer, aller Menschen, die mit jungen Leuten zu tun haben, sich selbst zu stellen und auch eine Meinung zu äußern und diese Meinung zu begründen und nicht nur sich in allgemeinem demokratischen Bla-Bla zu erschöpfen. Ich glaube, das ist der Kernpunkt der politischen Bildung überhaupt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann Herrn Senator Thape nur dankbar sein für die Worte, die er gefunden hat über das, was die Volkshochschule aus den beschränkten finanziellen Mitteln für die politische Bildung gemacht hat. Herr Stäcker, genau das ist in Wollingst und mit Wollingst geschehen. Ich glaube, es ist doch einmal notwendig, Herr Stäcker, auch die Ansätze für Vlotho für 1967 zu sehen. Wir haben auch nicht gefragt, wieviel Leute waren da, sondern wir waren der Meinung, diese Arbeit müsse verstärkt werden. Und ich finde, dann sollte man auch dieses Spiel mit Zahlen bei Wollingst weglassen, sondern man sollte sich freuen, daß es über den beschränkten Betrag hinaus, den die Bürgerschaft zur Verfügung gestellt hat, gelungen ist, von anderer Seite Mittel zu beschaffen, um eben hier politische Bildung im Interesse unseres Staatswesens zu betreiben. Ich glaube, das muß doch mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Man kann sich natürlich darüber streiten, wo politische Bildung — Landeszentrale für politische Bildung — angebunden oder nicht angebunden werden soll. Das ist eine Frage, die Kollege Sagner und Herr Senator Thape hier eben erörtert haben. Ich glaube aber, die Schule und die Gymnasien haben einen spezifischen Auftrag, und soviel ich weiß, gibt es ja auch einen Schulrat für politische Bildung, der im Rahmen des Bildungsbereichs diese Dinge betreiben soll. Die Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung mit ihren Absichten, die gestern hier erklärt worden sind von seiten des Präsidenten des Senats, Herr Kollege Götze, soll ja viel weitere Kreise umspannen. Sie soll nicht nur Berufsschüler, Volks-, Haupt- und Mittelschüler und Gymnasiasten erfassen, sie soll auch hineinwirken in die Verbände der Arbeitnehmer, sie soll weitestgehend den Menschen aller gesellschaftlichen Gruppen — auch Arbeitgebern — auf möglichst vielen Stufen, ob diese Stufe nun die Schule, das Haus der Bürgerschaft, Wollingst oder Vlotho ist, eine versachlichte Politik darstellen, sine ira et studio, um sie zu einem verfassungsmäßigen politischen Bekenntnis zu bringen, um sie dahin zu führen, für welche politische Richtung sie sich auf die Dauer entscheiden wollen. Aber zunächst einmal kommt es darauf an, daß sie sich für unsere Verfassung und für unser daraus resultierendes gesellschaftliches und politisches Leben entscheiden.

In diesem Zusammenhang möchte ich doch auf diesen Änderungsantrag Landeszentrale für politische Bildung zurückkommen. Wir haben schon gestern in der allgemeinen Aussprache festgestellt, daß zwischen unserem Änderungsantrag und diesem Änderungsantrag eine innere wechselseitige Beziehung besteht, daß es uns nicht nur darauf ankommt, daß die politische Arbeit in Vlotho verstärkt wird, sondern daß sie in Wollingst im Rahmen dieser Haushaltsstelle ebenso verstärkt durchgeführt wird. Das möchte ich hier noch einmal mit aller Deutlichkeit erklären. 5 000 DM, ob man nun nachrechnet, aus Mitteln der Bürgerschaft oder nicht, Herr Stäcker, das haben wir bei Vlotho nicht getan, und das sollten Sie bei Wollingst auch unterlassen. Es sind immerhin etwa 860 Menschen, junge Menschen in Wollingst gewesen, die im letzten Jahr dort ein wenig politische Bildung vermittelt bekommen haben, von der wir hoffen und erwarten, daß sie Früchte für unser demokratisches Staatswesen trägt.

Aus dieser Begründung heraus sind wir bereit, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir bedauern nach wie vor die Verquickung in diesem Antrag zwischen Landeszentrale und Vlotho. Ich möchte aufgreifen, was Herr Bürgermeister Koschnick mir hier gestern geantwortet hat, als er uns aufforderte, den Beweis zu erbringen, daß dort vieles in dieser beanstandeten Broschüre stehe, was nicht stimme. Es würde sicherlich den Rahmen hier sprengen, dieses nun Seite für Seite zu tun, aber wir sind gern bereit, zu beweisen, daß dort Ignorantentum und intellektuelle Unredlichkeit am Werke sind. Das ist keine politische Bildung, das ist politische Verbildung. Solange das verquickt ist, müssen wir diesen Antrag leider ablehnen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Brinkmann.

Abg. **Brinkmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Sagner, Sie haben eigentlich im Namen aller hier im Hause anwesenden Abgeordneten gesprochen, wenn Sie festgestellt und bemängelt haben, daß in der Vergangenheit Fragen der Koordinierung zu beanstanden seien. Wir sollten doch aus dem Grunde froh sein, wenn jetzt durch die Einrichtung einer Haushaltsstelle beim Präsidenten des Senats zu erwarten ist — und das wollen wir doch gemeinsam —, daß nun die Dinge besser vorbereitet und koordiniert werden, als es in der Vergangenheit der Fall war. Aufgrund der Ausstattung mit einem größeren Geldbetrag müßte man doch davon ausgehen, daß diese politische Bildungsarbeit noch positiver wird.

Wenn die im November geäußerte Vorstellung, als ich das letzte Mal in Wollingst war, von Herrn Guter richtig ist, dann sagte er damals den Anwesenden, ich sei jetzt zum fünfzehnten Male in Wollingst. Ich glaube, ich gehöre zu jenen, die in der Anwesenheit dort mit führend sind. Bitte, nehmen Sie uns als SPD-Fraktion ab, daß wir positiv zu jeder politischen Bildungsarbeit stehen, und hängen Sie es bitte nicht an irgendwelchen Fragen auf, die plötzlich enstanden sein können aus Telephonaten, Zeitungen oder was auch immer. Wir sind eindeutig für diese politische Bildungsarbeit; das möchte ich ganz klar feststellen. Und ich habe jetzt Befürchtungen, daß wir, wenn wir nicht bald diese Debatte abbrechen, der Sache eher schaden, als ihr Positives zufügen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Die Debatte über den Änderungsantrag Nr. 15 ist geschlossen. Ich stelle diesen Änderungsantrag nunmehr zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Der Änderungsantrag ist angenommen.

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Als letzter Änderungsantrag zum Einzelplan 02 kommt der Änderungsantrag Nr. 16. Der Änderungsantrag wurde eingereicht vom Abgeordneten Brouwer und der NPD-Fraktion und hat folgenden Wortlaut:

> Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
> **Ordentlicher Haushalt** der Freien Hansestadt Bremen 1968
> **020**/850 **Senat und Senatskanzlei** / Beschaffung von Kraftfahrzeugen
> Der Anschlag in Höhe von 40 000 DM wird gestrichen.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Krämer.

Abg. **Krämer** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushaltslage zwingt uns zur Sparsamkeit. Aus diesem Grund hat meine Fraktion diesen Änderungsantrag gestellt, der lautet: Der Anschlag in Höhe von 40 000 DM wird gestrichen.

Im Jahr 1966 haben wir laut Rechnung 51 963 DM für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen ausgegeben.

(Abg. Götze [SPD]: Da wurde mehr ausgegeben!)

1966 51 963 DM, 1967 war der Anschlag 39 000 DM. Jetzt hören wir wieder: 1968 40 000 DM. Der Herr Finanzsenator sprach von Einsparungen, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Bürgerschaft nicht in jedem Jahr

(Abg. Stäcker [SPD]: Fahrräder anschaffen!)

dem Senat diesen Betrag für Beschaffung von neuen Kraftfahrzeugen bewilligen sollte.

Wenn in der Privatwirtschaft, beim Handel und Handwerk, beim Gewerbe finanzielle Schwierigkeiten auftreten, überlegt man sich auch, ob man sich ein neues Fahrzeug kaufen kann. Wir glauben nicht, daß der Senat aus Prestigegründen neue Fahrzeuge braucht. Ich kannte einen Bundesverkehrsminister, der fuhr jahrelang mit einem alten Kraftfahrzeug durch die deutschen Lande, und er kam immer rechtzeitig an.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Mit Blaulicht!)

Bitte?

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Mit Blaulicht!)

Mit Blaulicht brauchte er nicht.

Meine Damen und Herren, wir wollten mit den Sparmaßnahmen beim Senat anfangen, und ich bitte deshalb um Ihre Zustimmung. Vielleicht verzichtet der Präsident des Senats, Herr Bürgermeister Koschnick, von sich aus im Namen des Senats auf diese 40 000 DM.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Hardegen.

Abg. **Hardegen** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion ist

nicht der Ansicht wie die NPD und wird diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. Wir sind der Ansicht, daß der Betrag von 40 000 DM dafür ausreicht, drei Kraftfahrzeuge anzuschaffen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Knapp!)

Wenn bei einem Senat von zehn Personen und vielleicht noch einen Wagen für auswärtige Besucher, sagen wir zwölf Wagen, alle vier Jahre ein Wagen ersetzt wird, dann ist das bestimmt sparsam und in Ordnung. Wir wollen doch nicht soweit kommen, daß, wenn wir hier auswärtige Gäste in Bremen haben, sie mit einem Volkswagen „Standard" hier herumfahren

(Abg. Götze [SPD]: Mit einem Fahrrad! — Abg. Ströh [SPD]: Mit der Straßenbahn!)

oder mit einem Fahrrad, wie Herr Götze sagt. Wir sind sehr wohl der Ansicht, daß man sparen soll, aber sparen am richtigen Fleck, und man soll nicht da sparen, wo unbedingt auch einmal ein Ersatz erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, es gehört auch zur „Bremen-Werbung", daß wir auswärtigen Besuch in einem vernünftigen Auto irgendwohin fahren und nicht mit einem Fahrzeug, das plötzlich mit Motorschaden liegenbleibt, weil es überaltert und nicht mehr fähig ist, zu fahren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle den Änderungsantrag nunmehr zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

(Dafür NPD)

Wir kommen jetzt zum Einzelplan

03 Inneres.

Ich eröffne die

allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Uhde.

Abg. **Uhde** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich die Aussprache über die „Innere Verwaltung" mit einer kurzen Feststellung eröffnen, von der ich hoffe, daß sie eine Sachdiskussion in einer bestimmten Frage zumindest für die Dauer der Haushaltsberatungen im Landtag und in der Stadtbürgerschaft beendet. Ich teile die Meinung, daß wohl noch nie nach 1945 die „Innere Verwaltung" so im Blickpunkt des öffentlichen Interesses gestanden hat wie in den letzten Wochen. Das Ressort, das für die Sicherheit und Ordnung in diesem Land und in dieser Stadt verantwortlich ist, war in eine schwere Belastungsprobe gestellt worden. Niemand von uns hat das voraussehen können, zumindest nicht für diesen Zeitpunkt.

Schülerdemonstrationen und Polizeieinsatz haben eine Sondersitzung der Bremischen Bürgerschaft zur Folge gehabt. Ein besonderer Untersuchungsausschuß ist dabei, die Ursachen und Konsequenzen der Unruhen gründlich zu erforschen. Ich meine, daß wir das Ergebnis dieses Untersuchungsausschusses abwarten sollten. Und nachdem gestern bereits von allen Fraktionen weitere Erklärungen in dieser Sache abgegeben worden sind, meine ich, sollten wir es wirklich dabei bewenden lassen und abwarten.

Zugleich sollten wir aber auch, meine Damen und Herren, der Versuchung widerstehen, nun überstürzt eigene Folgerungen zu ziehen, die möglicherweise den Haushalt belasten. Ich stelle dazu mit Genugtuung fest, daß keine Seite dieses Hohen Hauses bisher solche Anträge gestellt hat, obwohl ich weiß, daß in einigen Fraktionen bereits Überlegungen laufen, was eigentlich getan werden kann oder getan werden muß in dieser Sache. Ich nenne zum Beispiel die mögliche Einstellung eines Psychologen an der Landespolizeischule, die erneute Überprüfung der Ausbildungsvorschriften für die Polizei und möglicherweise auch eine neuerliche Beschäftigung mit dem Polizeigesetz. Das alles, meine Damen und Herren, und vieles mehr sollten wir in Ausführlichkeit und in Ruhe durchsprechen, vor allem in der Deputation für Inneres, wobei wir selbstverständlich auch die Ergebnisse der Arbeit des Untersuchungsausschusses zu respektieren und zu berücksichtigen haben. Das war die kurze Feststellung.

Nun zum Haushalt selbst. Wir Mitglieder der Deputation für Inneres schätzen uns glücklich, daß wir Ihnen von der vollzogenen Verwirklichung eines Verwaltungsaktes berichten können, durch den wir rechnerisch 380 000 DM einsparen können. Es ist ein Verwaltungsakt, der auch die volle Unterstützung des Haushaltsausschusses gefunden hat, und der Haushaltsausschuß selbst hat empfohlen, diesem Beispiel nachzuahmen. Ich spreche hier von der Auflösung des stadtbremischen Polizeireviers im Kaiserhafen von Bremerhaven und die Übertragung der dortigen Polizeiaufgaben an den Magistrat von Bremerhaven. Bremen zahlt selbstverständlich auch weiterhin die anteiligen Personal- und Sachkosten für die Polizeiaufgaben im Kaiserhafen. Das sind in diesem Jahr 802 000 DM. Aber zugleich — und das ist das Erfreuliche — können wir mit der Übertragung der Polizeiaufgaben an Bremerhaven 15 Beamte der Schutzpolizei einsparen und sechs oder sieben andere Bedienstete. Das ergibt, wie gesagt, rechnerisch eine Einsparung von 380 000 DM. Ich sagte rechnerisch, einfach deswegen, weil wir dadurch zugleich in die Lage versetzt werden, einen weiteren Schritt in der sicher

unumstritten notwendigen und langfristigen Verstärkung der Polizei insgesamt zu vollziehen.

In den Ihnen vorliegenden Haushaltsplänen, meine Damen und Herren, sehen Sie die Verstärkung der Bremer Schutzpolizei um 30 Beamte und der Kriminalpolizei um 24 Beamte. Bei der Bereitschaftspolizei, die soeben als Zuhörer den Saal betritt, haben wir in den letzten zwei Jahren eine erhebliche Verstärkung durchführen können. Wir beabsichtigen, noch weitere 45 Mann einzustellen. Wir wollen das allerdings erst zum nächsten Jahr vorschlagen, weil zuvor die Unterkunftsräume dafür erstellt werden müssen.

Über die vorgesehene Einführung der freien Heilfürsorge bei der Kriminalpolizei und der freien Arztwahl bei der Schutzpolizei, meine ich, sollten wir uns in der Stadtbürgerschaft unterhalten. Wenn es Ihnen recht ist, werden wir dort auch über die weitere Verbesserung des Stellenschlüssels bei der Polizei berichten.

Ein Wort noch zum Wasserschutzpolizeiamt, das ja im Landeshaushalt verankert ist. Der Neubau der „Bremen IV" ist soweit fortgeschritten, daß wir bereits in Kürze mit der Indienststellung rechnen dürfen. Wir freuen uns besonders darüber, daß es in letzter Minute noch gelungen ist, einer sehr spät gekommenen Anregung folgen zu können und dieses Boot zusätzlich mit Feuerlöscheinrichtungen auszurüsten. Dadurch wird es also möglich, daß im Bedarfsfall von der Wasserseite von diesem Boot aus sofort eine erste Brandbekämpfung einsetzen kann, bevor das Feuerlöschboot selbst an Ort und Stelle ist.

Das Bremer Wasserschutzpolizeiamt besitzt gegenwärtig 13 Boote. Davon sind sechs Boote erst nach 1955 gebaut worden. Dringend erforderlich ist ein Ersatzbau für die beiden in Bremerhaven stationierten seegehenden Boote. Wir haben dafür vorgesehen, die Mittel für die Haushaltsjahre 1970/71 zu beantragen, und wir hoffen, daß Sie dann, meine Damen und Herren, der entsprechenden Bewilligung zustimmen werden.

Weniger Verständnis, meine Damen und Herren, werden Sie sicher für den außerordentlichen Haushalt haben, und zwar insofern, als wir feststellen mußten, daß von seiten der Verwaltung insgesamt ein Finanzbedarf von rund 40 Millionen DM angemeldet worden war. Ich übertreibe ein wenig. Aber wir sind glücklich, daß wir inzwischen eine Vielzahl von Bauvorhaben zurückstellen konnten, so daß wir uns gegenwärtig mit einem Betrag von rund 14 Millionen DM zu beschäftigen haben. Wir werden uns bemühen, uns als Deputation nach der Decke zu strecken. Wir glauben, daß wir damit auch das langjährige Vertrauen respektieren, das Sie der Deputation für Inneres entgegengebracht haben und insbesondere den Bemühungen ihrer früheren Sprecher Hans Papenberg und Hans Koschnick. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Bevor ich das Wort weitergebe, habe ich mich noch einer Verpflichtung zu entledigen: Ich habe Herrn Leitenden Regierungsdirektor Petry zu begrüßen, der an Stelle von Herrn Senatsdirektor Niedergesäß an unserer Sitzung teilnimmt.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Cassens.

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Uhde hat soeben einen Rechenschaftsbericht über die Leistungen der Deputation abgelegt. Ich möchte in meinen Ausführungen das Schwergewicht auf das legen, was im Bereich des Ressorts „Inneres" noch getan werden muß.

Unsere gegenwärtigen Beratungen stehen ja im wesentlichen unter dem Stichwort: Was können wir tun, um den Personalhaushalt in den Griff zu bekommen. All das, was sich also mit dieser Thematik befaßt, was also dazu angetan ist, die Personalkosten so gering wie möglich zu halten und ein schnelles Anwachsen zu verhindern, steht selbstverständlich gerade in diesem Haushalt 1968 im Mittelpunkt der Diskussion. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß gerade in einer Zeit, wo wir uns mit solchen Problemen zu beschäftigen haben, auch andere Probleme auftauchen. Wir sind leicht geneigt, in diesen Diskussionen die zukünftigen Probleme zu übersehen.

Ein derartiges Problem, meine Damen und Herren, ist die Personalplanung bei der Polizei für das nächste Jahrzehnt bis ins Jahr 1975 hinein. Herr Kollege Uhde hat gesagt, daß es auch in diesem Jahr wieder trotz härtester Anspannungen gelungen ist, im Bereich „Inneres" immerhin 30 neue Stellen bei der Schutzpolizei und 24 bei der Kriminalpolizei zu schaffen. Aber trotz dieser erheblichen Personalverstärkung, meine Damen und Herren, waren die Reviere noch nie so schwach besetzt wie heute. Woran liegt das? Meine Damen und Herren, in diesem Jahr und auch im letzten Jahr haben wir einen sehr natürlichen Abgang bei der Schutzpolizei, und zwar gehen jährlich etwa zehn bis fünfzehn Beamte in den Ruhestand. Im nächsten Jahr geht allerdings die Zahl rapide hoch. Wir haben im Jahr 1969 bereits schon einen Abgang von 40, und dieser Abgang bei der Polizei verstärkt sich bis zum Jahr 1975, nimmt also ständig von Jahr zu Jahr zu und erreicht dann die Höhe von immerhin 80 Beamten in einem einzigen Jahr.

Ich nenne Ihnen diese Zahlen, meine Damen und Herren, um Ihnen deutlich zu machen, daß wir rechtzeitig Vorsorge treffen müssen, um diesen Aderlaß bei der Polizei abzufangen und daß es nicht damit getan ist, die Personalvermehrung nun von Jahr zu Jahr und von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung neu zu überdenken, sondern hier ist eine sehr weit vorausschauende Planung am Platze. Ich möchte den Senator für Inneres bitten, daß er uns diese Zahlen hier im Parlament

zur Verfügung stellt, daß er uns bis zum Jahr 1975 einen genauen Plan der Abwanderungen auf den Tisch des Hauses legt, damit wir genau ermessen können, erstens welche Bedarfsziffern erforderlich sind, um diesen Abgang zu decken, damit wir wieder auf den alten Stand kommen, und zweitens müssen wir ja eines Tages auch die Bedarfsziffern erfüllen, die auftreten, weil unsere Stadt wächst und weil mit dieser Vergrößerung der Bevölkerung auch ein erhöhtes Maß an Sicherheitsbedürfnis verbunden ist.

Ich meine, daß diese Probleme des Bereichs „Inneres" nicht nur in der Deputation behandelt werden sollten, Kollege Uhde, sondern ich halte diese Probleme doch für so gravierend, daß ich meine, daß wir uns mit dieser Problematik, wo es um die Sicherheit und Ordnung der Bevölkerung geht, hier in diesem Hohen Hause beschäftigen sollten. Vielleicht erlauben uns die nächsten Monate, darüber einmal in aller Öffentlichkeit und in aller Deutlichkeit auch zu sprechen. Aber dafür brauchen wir gewisse Unterlagen. Deshalb mein Vorschlag an den Senator für Inneres, mein Appell rechtzeitiger Vorbereitung. Bitte einen Plan auf den Tisch des Hauses, bitte ermitteln Sie die Bedarfszahlen, damit wir an Hand dieser Bedarfsziffern dann auch die nötigen Vorbereitungen treffen können, die erforderlich sind.

An Hand dieser Unterlagen müssen wir dann in einer zweiten Phase Überlegungen anstellen, wie wir dann bei der Bereitschaftspolizei planmäßig und gezielt einen weiteren Aufbau durchführen. Das gelingt uns natürlich nicht mit irgendwelchen Spielereien in den Plänen, sondern wir müssen schon mit ganz klaren Vorstellungen an die Arbeit gehen.

Bei dieser Frage, meine Damen und Herren, taucht natürlich das Problem der Bewerber auf: Haben wir auch dafür die nötigen Bewerber? Wir haben leider, meine Damen und Herren, immer wieder die Feststellung machen müssen, daß wir bei der Bereitschaftspolizei immer nur ein ganz bestimmtes Soll aufnehmen können, daß wir durchaus eine Vielzahl auch von tüchtigen Bewerbern haben, die wir aber nicht einstellen können, weil wir nur ein ganz bestimmtes Kontingent verkraften können. Nun zeigt sich aber, daß diese Einstellung jeweils nur am 1. 4. eines Jahres vorgenommen werden kann. Wir stellen immer wieder fest, daß im Mai, also in den laufenden Monaten, schon eine Abwanderung einsetzt und daß diese Bewerber nicht mehr eingestellt werden können, sondern sie müssen warten bis zum nächsten Jahr. Dann ist es zu spät, weil sich diese Bewerber dann mittlerweile für einen anderen Beruf entschieden haben; das ist ja nicht mehr als natürlich.

Mein Vorschlag geht also dahin, daß man hier in der Ausbildung ein bißchen flexibler wird und vielleicht auch die Möglichkeit schafft, Einstellungen auch am 1. Oktober vorzunehmen und daß man auch in der Zeit vom 1. 4. bis 1. 10. Möglichkeiten schafft, den einen oder anderen Bewerber noch nachzuziehen. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß ein Ausbildungsziel von ein bis zwei Monaten von einem tüchtigen Bewerber bei der Bereitschaftspolizei nachgeholt werden kann.

Ein weiteres Problem ist natürlich, daß viele — das ist wirklich ein ernstes Problem — die Tätigkeit in der Bereitschaftspolizei dazu benutzen, um ihren Wehrdienst abzuleisten. Da stellen wir fest, daß also nach 17, 18 Monaten auf einmal Kündigungen auf den Tisch kommen. Vorher ist natürlich gesagt worden: Nein, das wird nicht gemacht, wir wollen nicht durch unseren Dienst bei der Bereitschaftspolizei den Wehrdienst ableisten, sondern wir möchten in der Tat hier unsere Arbeitskraft voll in den Dienst der Sicherheit und Ordnung stellen! Meine Damen und Herren, ich glaube, da sollten wir sehr strenge Anforderungen stellen. Ich bin nicht der Meinung, daß wir hier auf Kosten des Steuerzahlers den Bewerbern weitere Erleichterungen zugänglich machen sollten, hier auf diese Art und Weise ihren Wehrdienst abzuleisten. Da sollten strenge Anforderungen gestellt werden.

Meine Damen und Herren, es sind viele Maßnahmen hier zu treffen. Kollege Uhde hat gemeint, wir sollten alles, was mit dem Untersuchungsausschuß im Zusammenhang steht, hier ausklammern. Dem kann ich voll und ganz nur zustimmen. Ein schwebendes Verfahren ist hier im Gang. Aber unabhängig von diesem Verfahren hätten wir auch heute Überlegungen anstellen müssen, Kollege Uhde, ob das Polizeigesetz noch zeitgemäß ist. Das Polizeigesetz, das heute in Bremen noch Gültigkeit hat — das im übrigen auch in allen Ländern noch Gültigkeit hat —, basiert auf den alten preußischen Polizeivorstellungen, wonach es Aufgabe der Polizei ist, Ruhe, Sicherheit und Ordnung in einem Staat zu gewährleisten. Meine Damen und Herren, diese Passage geht ja zurück auf das Preußische Allgemeine Landrecht aus dem Jahr 1795 — dort in den §§ 10 II, 17 — und ist dann übernommen worden ins Preußische Verwaltungsgesetz von 1931. Auch dort im § 14 haben wir die Grundlage: Aufgabe der Polizei ist, für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung sich einzusetzen.

Meine Damen und Herren, der Gesetzgeber hat diese Katalogfolge Ruhe, Sicherheit und Ordnung mit großem Bedacht gewählt. Ich bin der Meinung, daß die Folge der Rechtsgüter, wie sie aufgeführt ist, sich nur erklärt aus einer staatlichen Verfassung, die jedenfalls mehr autoritär strukturiert ist als demokratisch. Heute, meine Damen und Herren, ist doch das Leitbild, insbesondere auch des jungen Menschen, was in der Erziehung immer wieder hingestellt worden ist, nicht die Ruhe, sondern die Unruhe. Von jedem einzelnen wird gesagt: Übe Kritik, sei wachsam, und übe dich gewissermaßen in dieser Unruhe! Für eine solche Charakterisierung und Geisteshaltung eines jungen Menschen muß natürlich eine polizeiliche Aufgabe wie die Aufrechterhaltung der Ruhe von vornherein zu einer Konfliktsituation führen.

Der Polizei ist also von dem gesetzlichen Auftrag her etwas auferlegt worden, was sich nicht mehr deckt mit der soziologischen Wirklichkeit, wie wir sie heute vorfinden. Ich meine, wir tun gut daran, diese Überlegungen anzustellen. Ich bin der Meinung, wenn wir also hier der Polizei auch moderne Aufgaben geben, indem wir nicht sagen, es ist Aufgabe der Polizei, die Ruhe aufrechtzuerhalten, sondern es ist ihre erste Aufgabe, einen Rechtsgüterschutz zu gewährleisten, dann sieht das Ganze schon wesentlich anders aus, und wir haben nicht von vornherein die Konfliktsituation. Ich bin der Meinung, wenn wir der Polizei hier eine moderne Aufgabe geben, dann kann ja auch der Einsatz modern und richtig sein. Eine Polizei, die nicht vom Gesetz her die richtige Aufgabe hat, kann auch meiner Ansicht nach nicht zu den richtigen Einsätzen kommen. — Das, meine Damen und Herren, wird also eine Rolle spielen bei unseren zukünftigen Beratungen. Ich möchte es hier in dieser Debatte nur einmal ganz kurz global anreißen, um Ihnen die Thematik deutlich zu machen, mit der wir uns zu beschäftigen haben.

Nur bei einer planmäßigen Verstärkung ist die Polizei in der Lage, meine Damen und Herren, ihren Aufgaben einigermaßen gerecht zu werden. Wir wissen alle — in der gegenwärtigen Diskussion ist natürlich dieses Thema nicht so akut; aber wir sollten es nicht vergessen —, daß die Zahl der Verbrechen steigt. Die Verkehrsunfallzahlen nehmen erschreckende Formen an, und die Kriminalität wächst und wächst und wächst. Die Aufklärungsquote, meine Damen und Herren, beispielsweise bei einem Delikt wie Diebstahl, sinkt ab in Kategorien von 10 und 20 Prozent. Ich bin der Meinung, ein Staat, der ein Rechtsstaat sein will und Aufklärungsquoten bei Diebstahl von lediglich 10 und 20 Prozent für sich in Anspruch nehmen kann, kann von sich nicht behaupten, daß er alles getan hat, um die Qualifikation als Rechtsstaat auch in dieser Hinsicht zu erfüllen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Sind auch bremische Ziffern dabei?)

Ja, es sind auch bremische Ziffern darunter.

Ein abschließendes Problem noch, meine Damen und Herren: Wenn es darum geht, die Polizei zu verstärken und wir einen Nachwuchs gewinnen wollen, dann müssen wir auch dafür sorgen, daß der Beruf des Polizisten weiterhin attraktiv bleibt. Was die Attraktivität anbelangt, da haben ja in den letzten Wochen böse Nachrichten die Angehörigen insbesondere auch gerade der Schutzpolizei aufgeschreckt. Es sind da vor allem drei Maßnahmen, die der Senat durchzuführen gedenkt. Erstens, er will die Beförderungen zum 1. 1. 1968 auf den 1. 4. 1968 hinausschieben. Zweitens, er will freiwerdende Beförderungsstellen drei Monate unbesetzt lassen. Und drittens, er will zukünftig keine rückwirkende Einweisung in Beförderungsstellen mehr zulassen. Meine Damen und Herren, über den letzten Punkt, finde ich, kann man streiten und ihm auch eine gewisse Berechtigung nicht absprechen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Dr. Cassens, Sie haben noch zwei Minuten!

Abg. **Dr. Cassens** (CDU): Vielen Dank! — Aber den Punkt eins, meine Damen und Herren, nämlich daß die Beförderungen hinausgeschoben werden auf den 1. 4. 1968, halte ich einfach nicht für gerechtfertigt. Diese Maßnahme ist nicht zu begründen mit irgendwelchen Sparsamkeitsgeboten. Aber vor allen Dingen halte ich sie deshalb nicht für gerechtfertigt, weil den Beamten im Zuge des Wahlkampfes bei allen Personalversammlungen gesagt worden ist: Die Beförderung zum 1. 1. 1968, die geht in Ordnung! Heute, nach der Wahl, jetzt im Januar, da wird gesagt: Diese Versprechungen vor einigen Monaten, die sollen nicht mehr gelten, sondern jetzt wollen wir hier Einsparungen vornehmen.

Meine Damen und Herren, es geht hier so ein bißchen darum, daß Wahlgeschenke auf Kosten der Angehörigen des öffentlichen Dienstes wieder eingesammelt werden sollen. Ich bin der Meinung, daß diese Maßnahme nicht dazu geeignet ist, die Ruhe und das Vertrauen der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in den Senat zu stärken. Ich möchte namens meiner Freunde darum bitten, daß unter allen Umständen die Maßnahme des Senats, wonach die Beförderungen bis zum 1. 4. 1968 hinausgeschoben werden, zurückgenommen wird, und zwar deshalb, weil hier klare Zusagen gemacht worden sind. Ich bin der Meinung, da, wo es um die politische Glaubwürdigkeit geht, sollte man auch zu seinem Wort stehen. Dann sollte man auch so handeln, als ob man stets und auch in Notzeiten dazu da ist, die Verantwortung in kritischen Zeiten zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort gebührt Herrn Senator Löbert.

Senator für Inneres Löbert: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gleich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Cassens antworten. Zu einigen grundsätzlichen Problemen kann ich allerdings heute hier nur sehr beschränkt Stellung nehmen, weil der Untersuchungsausschuß des Parlaments, dieses Hohen Hauses, ja gerade auch in dieser Hinsicht über manche Dinge des Polizeieinsatzes nicht nur, sondern darüber hinaus Probleme untersuchen wird, denen ich nicht vorgreifen kann und nicht vorgreifen will. Ich selbst habe ja damals vor diesem Hohen Hause darum gebeten, einen solchen Untersuchungsausschuß einzusetzen.

Was nun die Zukunftsprobleme hinsichtlich der Personalplanung, meine Damen und Herren, betrifft — ich habe die Planung und die Zahlen nicht hier, aber wir haben sie bei uns liegen —: Nicht

erst seit gestern oder vorgestern, sondern seit Jahren haben wir uns Gedanken gemacht, wie wir den Erfordernissen Rechnung tragen können. Herr Dr. Cassens hat darauf hingewiesen, daß der Altersaufbau ein ungünstiger ist. Darauf haben wir uns eingestellt. Auf der anderen Seite haben wir natürlich auch Rücksicht genommen auf die Haushaltslage, haben uns auch nicht immer mit den Forderungen durchsetzen können hinsichtlich der beantragten Stellen, wie das an sich um der Sache willen wohl erforderlich gewesen wäre.

(Vizepräsident Dr. Klink übernimmt den Vorsitz.)

Aber wir sind dank Ihrer Hilfe in den letzten Jahren vorangekommen und hoffen auch in den weiteren Jahren voranzukommen.

Was den Nachwuchs bei der Bereitschaftspolizei betrifft, so können wir hier für Bremen sagen, daß wir im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern keine Sorgen gehabt haben, die freien Stellen durch qualifizierte Bewerber zu besetzen. Wir wollen uns das gar nicht als ein besonderes Lob anheften, aber es ist nun einmal so, daß von jungen Leuten, die gern zur Polizei wollen, ein Standort in einer Großstadt beliebter ist als auf dem flachen Lande. Das ist ein ganz wesentlicher Grund, weshalb wir in dieser Beziehung noch keine Sorgen gehabt haben. Wir waren bisher in jedem Jahr, selbst wenn es in anderen Ländern sehr kritisch aussah, in der Lage, aus einer sehr großen Zahl von Bewerbern die erforderlichen Kräfte nach eingehender Prüfung herauszusuchen.

Herr Dr. Casens hat hier über das Polizeigesetz gesprochen. Ich bin mit ihm der Meinung, daß man auch aufgrund der letzten Erfahrungen hier Überlegungen anstellen sollte. Aber — damit kein falscher Eindruck entsteht — Bremen war das letzte Land von den Bundesländern, das das Polizeigesetz verabschiedet hat. Es sieht hier also in der gesetzlichen Form und im Inhalt nicht schlechter aus als in den anderen Bundesländern, wobei ich gar nicht abstreiten will, daß man hier oder da noch neue Überlegungen anstellen sollte. Aber auch hier sollten wir uns bemühen, möglichst bundeseinheitlich vorzugehen, vor allen Dingen mit den Nachbarländern. Nichts wäre schlechter, als wenn wir gerade hier bei den Polizeigesetzen wieder materiellrechtlich ein völliges Auseinanderklaffen erreichen würden.

Ruhe, Sicherheit und Ordnung! Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir heute draußen eine Friedhofsruhe gebrauchen könnten. Die war nie gut. Die haben wir während des Dritten Reiches leider persönlich, soweit wir älter sind, erleben müssen, und sie hat uns auch damals nicht zugesagt.

Was nun die Zahl der Verbrechen und der Vergehen und die Aufklärungsziffer anbelangt, Herr Dr. Cassens, ich glaube, da haben Sie etwas zu sehr verallgemeinert. Es ist in den einzelnen Kategorien doch eine sehr unterschiedliche Aufklärungsziffer zu verzeichnen. Wenn Sie die einfachen Diebstähle nehmen, die Kraftfahrzeugberaubungen und so weiter, dann liegen Sie in etwa richtig mit Ihrer Sicht, weil leider heute — das wird immer wieder festgestellt — auch der Bürger von sich aus zu wenig tut, um sein Eigentum zu schützen.

(Vizepräsident Dr. Zander übernimmt wieder den Vorsitz)

Man versichert sich, man freut sich, wenn der Schaden ersetzt wird, und dadurch erleichtert man solche Beraubungen, obwohl man sich nicht voll und absolut dagegen sichern kann. Das muß ich zugeben.

Was aber die Aufklärungsziffern — und das ist ja wohl das Entscheidende — bei den Kapitalverbrechen und so weiter anbelangt, so kann ich dem Hohen Hause sagen, daß wir in Bremen in keiner Weise schlechter liegen als im übrigen Bundesgebiet. Ich will damit nicht sagen, daß wir mit diesem Ergebnis zufrieden sind. Daran müssen wir gemeinsam in der Deputation für Inneres arbeiten, damit wir dort zu besseren Ergebnissen kommen. Und gerade den Aufgaben der Kriminalpolizei, das ist auch meine Meinung, sollte die Deputation sich im Laufe dieses Jahres besonders ernsthaft annehmen.

Ich habe zufälligerweise heute hier einen Tätigkeitsbericht vom Monat Dezember vorliegen — den hatte ich nicht mitgebracht, um ihn hier vorzutragen, sondern um ihn hier durchzusehen —, da wird über Straftaten gesagt: Von den im Dezember 1967 bekannt gewordenen 2 491 Verbrechen und Vergehen konnten im Berichtsmonat einschließlich der bereits früher bekannt gewordenen bisher unbekannten Fälle 1 410 geklärt werden. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, mal nur als eine Ziffer, heute von mir gesagt.

Wenn Herr Dr. Cassens gesagt hat, die Reviere sind zu schwach besetzt, dann muß ich sagen: Das wissen wir! Auch hier haben wir ja die Hoffnung, daß durch den jährlichen Zugang einer bestimmten Anzahl von Beamten der Schutzpolizei der Stand allmählich gebessert werden kann. Aber auf der anderen Seite ist die Bebauung des Stadtgebietes in den letzten Jahren so rapide gewachsen, daß wir nicht umhin konnten, hier und da ein neues Revier einzurichten, das wieder mit zusätzlichen Leuten besetzt werden mußte und dadurch nicht erreicht werden konnte, daß die bisherigen Reviere verstärkt werden konnten. Das ist eine Entwicklung, die wir sehen müssen, die wir im Grunde städtebaulich nur begrüßen können, weil dadurch Leben in unserer Stadt ist, weil dort die Wirtschaft angekurbelt wird. Aber die Polizei, das gebe ich zu, hinkt in dieser Beziehung leider nach.

Wir haben auch hinsichtlich der Rationalisierung und Technisierung in den vergangenen Jahren in mehreren Legislaturperioden ungeheuer viel getan. Aber auch hier ist eine bestimmte Grenze gesetzt. Die Erkenntnis, daß man durch Technisierung und

durch Funkstreifen und so weiter auf den zu Fuß gehenden Streifenbeamten nicht verzichten kann, war bei uns im Gegensatz zu einigen anderen Ländern des Bundesgebietes immer vorhanden. Auch da könnten wir mehr Personal gebrauchen. Und wenn ich Ihnen noch eine Binsenweisheit sage, daß leider die Verkehrsverhältnisse uns über Gebühr — nicht nur in Bremen, sondern in allen Großstädten — in Anspruch nehmen, so geht das leider manchmal auf Kosten anderer polizeilicher Aufgaben, die wir auch lieber erledigt sehen möchten und die an und für sich wohl wichtiger wären, als nur hier und dort den Verkehr zu überwachen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst, Herr Dr. Cassens, möchte ich hier zurückweisen, daß in Personalversammlungen von Abgeordneten der SPD-Fraktion Wahlversprechungen gemacht worden sind. Ich glaube, das trifft nicht zu. Zum anderen darf ich darauf hinweisen, Herr Abgeordneter Dr. Cassens, daß der Haushaltsausschuß in seinem Bericht, der Ihnen vorliegt, auf Seite 5 unter Stellenhebungen unter dem Buchstaben D — ich darf vielleicht zitieren — folgendes ausgeführt hat: „Sich aus den Verbesserungen der Stellenpläne 1968 ergebende Beförderungsmöglichkeiten sollten nicht sämtlich schon zum 1. Januar 1968 ausgenutzt werden". Das heißt also, bereits vor den Wahlen ist dies vom Haushaltsausschuß festgelegt worden, denn der Bericht des Haushaltsausschusses ist bereits vor den Wahlen erstellt worden.

Ich darf auch sagen, welche Gründe den Haushaltsausschuß dazu bewogen haben. In einigen Fällen haben wir es an die Person geknüpft, und die einzelnen Deputationen und Ressorts wissen Bescheid, daß der Haushaltsausschuß gesagt hat, die und die Beförderung soll erst zum 1. Juli 1968 ausgesprochen werden. Wir haben zum Vorteil der bremischen Beamten ein weiteres getan, indem wir Stellenhebungen bereits im Stellenplan verankert haben, obwohl wir auf der anderen Seite erst abwarten müssen, ob dieses Hohe Haus im Rahmen des Besoldungsneuordnungsgesetzes neue Amtsbezeichnungen schafft. Auch hier haben wir gesagt: Es ist nicht möglich, daß bereits zum 1. Januar diese Stellen ausgenutzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann hier eigentlich eins nicht verstehen: Es wurde gestern und auch heute immer wieder gesagt, es soll an Personalkosten gespart werden. Sparen, sparen, sparen! Und wenn sich jetzt der Senat Gedanken gemacht hat, in welchem Umfang unter Umständen Personalkosten eingespart werden können, dann ist das wieder nicht richtig. Nun, nach den Haushaltsberatungen wird die Finanzdeputation in ihrer Gesamtheit sich damit zu beschäftigen haben, ob die Maßnahmen, die der Senat auf diesem Gebiet vor hat, durchgeführt werden oder nicht. Und ich möchte doch wirklich bitten, daß man auf der einen Seite nicht immer von sparen spricht und auf der anderen Seite, wenn man sich Überlegungen darüber hingibt, sagt, das ist nicht möglich. Wir sollten also auch hier abwarten. Dann haben die Vertreter aller Parteien in der Finanzdeputation die Möglichkeit, zu den Maßnahmen des Senats ihre Äußerungen abzugeben, und letztlich wird dann dort in der Finanzdeputation entschieden werden.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Hartjen.

Abg. **Hartjen** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich bin Herrn Senator Löbert dankbar, daß er zu den Ausführungen von Herrn Dr. Cassens schon einiges vorweggenommen hat. Ich meine aber, ich muß auch hier im Namen meiner Fraktion erklären, daß die Ausführungen von Herrn Dr. Cassens hinsichtlich der mangelnden Sicherheit unserer Bevölkerung nicht ganz zutreffend sind. Meine Damen und Herren, selbstverständlich sind die Polizeireviere zur Zeit nicht in unserem Sinne voll besetzt. Ich meine aber, wir haben in der Vergangenheit alles unternommen, um im Rahmen einer Motorisierung und der personellen Ausstattung der einzelnen Reviere diesen Sicherheitsgedanken nicht leiden zu lassen und dem einzelnen Bürger immer noch das Gefühl zu geben, daß die Polizei für ihn da ist und er mit seinen Beschwerden und mit seinen Anliegen bei der Polizei noch jederzeit ein offenes Ohr findet. Herr Dr. Cassens, ich wollte diesen Punkt in der Öffentlichkeit nicht so stehen lassen.

Zum anderen ist es so: Es ist Ihnen als Deputationsmitglied seit Jahren bekannt, daß wir unter diesem Alterskegel in der Polizei zu leiden haben, besonders bei den Jahrgängen 1918 bis 1921, die auch geschlossen wieder abtreten, weil sie unmittelbar nach 1945 der Polizei beigetreten sind. Selbstverständlich hat die Verwaltung für Inneres hier Vorsorge getroffen. Es ist ja nicht nur so, daß wir von der Bereitschaftspolizei die Leute für die Reviere holen, sondern daß zwischendurch ja auch noch Bundesgrenzschutzlehrgänge und meines Wissens auch Bundeswehrlehrgänge laufen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das ist zu wenig!)

Das ist zu wenig! Herr Dr. Cassens, wir müssen uns in der Deputation darüber unterhalten. Das ist zu wenig! Das haben Sie ja vorhin selbst gesagt. Ich meine, wir sollten feststellen, inwieweit der Stellenbedarf bis 1975 durch derartige Maßnahmen gedeckt werden kann, und notfalls müssen wir also die Werbung beim BGS und bei der Bundeswehr verstärkt betreiben.

Nun zum Polizeigesetz. Ich meine, nach wie vor stellt das Polizeigesetz immer noch die Er-

messensfrage primär in den Vordergrund. Die Verhältnismäßigkeit der Mittelanwendung ist Sinn und Inhalt dieses Polizeigesetzes. Meine Damen und Herren, es sollte jetzt an uns liegen, nicht nur das Polizeigesetz zu novellieren, sondern ich glaube, meine Fraktion vertritt den Standpunkt, hier festzustellen, daß die Beamten im Sinne dieser Verhältnismäßigkeit der Mittelanwendung ausgebildet werden. Und das muß anfangen bei der Führung der Schutzpolizei und enden beim letzten Mann, der zum Einsatz kommt. Dafür plädieren wir.

Abschließend noch etwas zu der Einweisung ab 1. April. Ich meine, Herr Dr. Cassens, ich stehe hier als Gesamtverantwortlicher der Öffentlichkeit gegenüber. Ich glaube, wenn wir ins Deputationsdenken verfallen, dann hat der eine oder andere auch noch Wünsche aus seiner Fachdeputation. Wir sind hier gesamtverantwortlich für den Haushalt und könen nicht im Sinne e i n e r Verwaltung plädieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die allgemeine Aussprache zum Einzelplan 03 ist geschlossen.

03 Inneres

Wir kommen jetzt zur

Einzelberatung.

030 Verwaltung für Inneres.

Hier liegen zunächst die Änderungsanträge Nr. 17 und Nr. 18 vor.

Der Änderungsantrag Nr. 17 wurde vom Abgeordneten Brouwer und der NPD-Fraktion eingebracht und hat folgenden Wortlaut:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

030/4040 **Verwaltung für Inneres** / Zuschuß an das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. in Vlotho

Der veranschlagte Betrag von 30 000 DM wird gestrichen.

Der Änderungsantrag Nr. 18, der den gleichen Inhalt hat, wurde von den Koalitionsfraktionen gestellt. Er lautet wie folgt:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

030/4040 **Verwaltung für Inneres** / Zuschuß an das Gesamteuropäische Studienwerk e. V. in Vlotho

Die Haushaltsstelle mit dem veranschlagten Betrag von 30 000 DM wird gestrichen.

(Abg. B r o u w e r [NPD] meldet sich zur Geschäftsordnung)

Bitte, Herr Brouwer!

Abg. **Brouwer** (NPD): Die NPD-Fraktion zieht ihren Antrag zurück.

Vizepräsident Dr. Zander: Danke schön! Damit erledigt sich der Änderungsantrag Nr. 17.

Wir haben also jetzt nur noch über den Änderungsantrag Nummer 18 zu befinden. Eine Begründung dürfte sich erübrigen. — Dann stelle ich ihn zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zu den Änderungsanträgen Nr. 19 und Nr. 20.

Der Änderungsantrag Nr. 19, von der NPD-Fraktion gestellt, lautet wie folgt:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

030/4041 **Verwaltung für Inneres** / Zuschuß an den Vlothoer Arbeitskreis Bremen

Der veranschlagte Betrag in Höhe von 7 200 DM wird gestrichen.

Der Änderungsantrag Nr. 20, der den gleichen Inhalt hat, wurde eingebracht von den Koalitionsfraktionen:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

030/4041 **Verwaltung für Inneres** / Zuschuß an den Vlothoer Arbeitskreis Bremen

Die Haushaltsstelle mit dem veranschlagten Betrag von 7 200 DM wird gestrichen.

Die NPD-Fraktion hat ihren Änderungsantrag zurückgezogen. Somit haben wir zu befinden über den Änderungsantrag Nr. 20.

Eine Begründung erübrigt sich wohl auch hier.

Ich stelle den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Änderungsantrag Nr. 21. Er wurde von den Koalitionsfraktionen gestellt und hat folgenden Wortlaut:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

030/4042 **Beitrag an DATUM** / Dokumentations- und Ausbildungszentrum für Theorie und Methode der Regionalforschung e. V.

Der veranschlagte Betrag von 25 000 DM wird um 25 000 DM auf 50 000 DM erhöht.

Das Wort zur Begründung dieses Änderungsantrags hat der Abgeordnete Uhde.

Abg. **Uhde** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Land Bremen ist dem Dokumentations- und Ausbildungszentrum für Theorie und Methode der Regionalforschung e. V. — leichter gesagt: dem DATUM — 1965 beigetreten. Das Zentrum soll uns helfen in der Beratung beim Einsatz neuer Verfahren in der Verwaltung und bei der Ausbildung der Mitarbeiter im Umgang mit neuen Techniken. In den Fachausschüssen von DATUM befinden sich bereits zwei führende Beamte der bremischen Verwaltung, und mehrere Bedienstete haben bereits an ersten Seminaren des DATUM teilgenommen. Die Finanzierung von DATUM erfolgt durch Beiträge im Umlegeverfahren. Andere, vergleichbare Großstädte — zum Beispiel Hannover, München, Frankfurt, Köln — haben für dieses Jahr erstmals ihre Beiträge verdoppelt. DATUM ist an Bremen herangetreten, ebenfalls diesen Betrag zu verdoppeln, also von 25 000 auf 50 000 DM zu erhöhen. Wir meinen, daß wir dieser Bitte entsprechen sollten, weil wir uns dabei gleichzeitig die Errichtung, die Einrichtung und Unterhaltung eines eigenen Instituts ersparen. Ich bitte also um Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

Vizepräsident Dr. Zander: Keine weiteren Wortmeldungen.

Ich stelle den Änderungsantrag zur Abstimmung. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist einstimmig angenommen.

036 Statistisches Landesamt

Änderungsantrag Nr. 22:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
036/960 Statistisches Landesamt / Einmalige bundesstatistische Erhebungen
Der veranschlagte Betrag von 659 740 DM wird um 25 000 DM auf 634 740 DM vermindert.

Soll der Änderungsantrag, der von den Koalitionsfraktionen gestellt wurde, begründet werden?

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD] und Wilma Landwehr [SPD]: Nein!)

Nein!

Ich stelle ihn dann zur Abstimmung. — Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit angenommen.

(Dafür SPD und FDP)

Wir kommen zum Einzelplan

04 Justiz.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. — Da keine Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die allgemeine Aussprache.

Änderungsanträge liegen zu diesem Einzelplan nicht vor.

Wir kommen nunmehr zum Einzelplan

05 Bildungswesen.

Ich eröffne die

allgemeine Aussprache.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Spies.

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Herr Präsident, Meine Damen und Herren! Da ich in den Ausschußberatungen, die zur Aufstellung dieses Voranschlags des Haushaltes geführt haben, nicht anwesend war, kann ich nur aus den mir vorliegenden Zahlen, die ihren Niederschlag gefunden haben, auf die ganze Stimmung innerhalb dieses Gremiums schließen. Mir ist dabei zweierlei aufgefallen:

Erstens: Dieser Ausschuß war sich durchaus bewußt — und das bezeichne ich als positiv —, daß man, wenn man Kinder ausbilden will, es nicht dabei bewenden lassen muß, die Schulen zu bauen, sondern daß man gerade Wert legen muß auf eine gute Ausbildung der Lehrer, eine gründliche Ausbildung der Lehrer. Dieses hat seinen Niederschlag gefunden in dem Etat der Pädagogischen Hochschule. Ich kann das als positiv empfinden.

Die zweite Erkenntnis ist nicht ganz so positiv. Dieses Gremium scheint sich nicht voll bewußt gewesen zu sein, daß es neben den Lehrern an Grund-, Haupt- und Realschulen, die an der PH ausgebildet werden, in Bremen auch noch andere Lehrergruppen gibt, nämlich die Berufsschullehrer, Gewerbelehrer, Handelsschullehrer und die so oft — leider — verpönten Studienräte. Diese Gruppen werden am Staatlichen Studienseminar ausgebildet. Dieses Studienseminar ist in dem Haushaltsplan im Vergleich zur PH stiefmütterlich behandelt worden.

Wir haben in der letzten Zeit eine Bildungskampagne gestartet. Wir haben die Eltern darüber aufgeklärt, wie gut es sei, ihre Kinder auf weiterführende Schulen zu schicken, damit sie bis an die Grenze ihrer Begabung ausgebildet werden. Die Eltern sind diesem Ruf gefolgt. Der Beweis: die überfüllten, aus allen Nähten platzenden Gymnasien. Diese Eltern haben aber ein Anrecht darauf, daß ihre Kinder auch in den weiterführenden Schulen von Lehrkräften ausgebildet und geschult werden, die gründlich auf diese Aufgabe vorgeschult sind, die eine gründliche Ausbildung genossen haben. Denn gerade diese Lehrergruppen — Berufsschullehrer und Studienräte — sind diejenigen, die den jungen Menschen gegenüberstehen, die abends demonstrieren und morgens mit den Lehrern diskutieren wollen.

Diese Lehrergruppen sind, wie ich schon sagte, zurückgestellt worden, und zwar nicht nur finanziell. Finanziell findet es jetzt, in diesem Jahr, den Ausdruck in dem geringen Ansatz im Studienseminar. Leider müssen wir feststellen, daß wir vom Parlament aus und von der Öffentlichkeit aus diesen Lehrern auch nicht immer die richtige Schützenhilfe gegeben haben. Sie sind nicht nur finanziell gegenüber der PH hier in Bremen zurückgestellt worden, sondern sie sind in der Presse und im Rundfunk Angriffen ausgesetzt gewesen, die dann zu den Vorwürfen führen, die auch jetzt, gerade heute, laut werden in der Öffentlichkeit: die Schule habe versagt. Und man meint, das Gymnasium habe versagt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Haben Sie gesagt!)

Wenn Sie mir das nicht glauben, dann möchte ich Ihnen nur folgendes sagen, wie die Presse hierin die öffentliche Meinung beeinflußt hat. Es gab eine Zeit — und es ist heute nicht viel anders —, wo große Artikel von Picht und Dahrendorf seitenweise gedruckt wurden, in denen unter anderem bei Picht stand: Das Gymnasium muß abgeschafft werden, und wenn wir es nicht abschaffen können, dann müssen wir es überrollen in der Entwicklung. Daneben steht dann in Kleindruck: Der Philologen-Verband gibt dazu folgende Erklärung. Sehen Sie, das ist Meinungsbeeinflussung gegen die Lehrer dieser Schularten.

Wir vom Parlament müssen diese Lehrer unterstützen. Im Moment können wir es nur dadurch, daß wir ihnen finanziell die Grundlage geben, ihre Lehrer auszubilden.

(Zurufe von der SPD)

Ich höre hier so etwas skeptisch, das tue man ja, oder ich habe es eben nicht richtig verstanden. Sehen Sie, es kommt jetzt das Bundesbesoldungsgesetz auf uns zu, und mit Bestürzung habe ich festgestellt, daß auch hier wieder dieses Ausbildungszentrum gegenüber der PH vernachlässigt wird. Die Leiter und die tätigen Lehrer, die Fachreferenten am Studienseminar werden abgespeist mit einer Zulage, die einem Taschengeld gleichkommt, und dieses Taschengeld ist in Bremen noch niedriger als im übrigen Bundesgebiet.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Das steht nicht im Besoldungsgesetz!)

Doch, es steht drin! — Dieses Hohe Haus wäre wirklich gut beraten, wenn es im Rahmen der Haushaltsberatungen dokumentieren würde, daß ihm die Schüler und die Lehrer aller Schularten — Grund-, Haupt-, Real-, Berufsschule und Gymnasium — gleichermaßen am Herzen liegen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Franke.

Abg. **Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob wir überflüssige Dinge immer wieder laut verkünden sollen. Aber es scheint nötig zu sein, wenn Sie, Frau Kollegin Spies, meinen, daß in meiner Fraktion — so mußte ich fast Ihre Ausführungen verstehen — der Wunsch zu einer Abschaffung oder einem Überrollen des Gymnasiums bestünde, wobei Sie Picht zitiert und uns angeschaut haben. Nun, gestatten Sie noch einmal die ganz selbstverständliche Versicherung, daß meine Fraktion das Bremer Schulwesen als ein Ganzes für förderungswürdig ansieht und daß die Gymnasien Teil dieses zu fördernden Schulwesens sind, kein Sonderteil, sondern ein integrierter Teil des gesamten Bremer Schulwesens.

(Beifall bei der SPD)

Und wie wir das eine ausbauen, so bauen wir das andere aus. Und das stellen wir unter Beweis, und die Beweise sind in Bremen mittlerweile schon zu beschauen.

Ich meine also, daß solche Herausforderungen, wir seien nicht gymnasialfreundlich genug, doch einen Gegner aufbauen, der aus Pappe besteht, aber nicht aus Sozialdemokraten. Wir sind nach wie vor der Meinung, was wir für die Grund- und Hauptschulen tun, das muß natürlich seine Fortsetzung finden, denn wir wollen ja unsere Kinder zu einem möglichst hohen Bildungsstand bringen, und dazu gehört selbstverständlich das Gymnasium, über dessen Form man sich freilich wird unterhalten können.

(Abg. Klein [CDU]: Aha! — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Was heißt hier Aha?!)

Da sind Sie sicher mit mir einer Meinung, daß nicht nur das Bremer, sondern das deutsche Schulwesen überhaupt in einen notwendigen Entwicklungsprozeß eintreten muß.

(Beifall bei der SPD)

Aber Weiterentwicklung heißt nicht Abschaffung, Veränderung des Gymnasiums heißt nicht Überrollen des Gymnasiums oder, was weiß ich, Gleichschaltung und dergleichen im Sinne irgendwelcher Einheitsschulideologien, sondern was wir wollen, ist der möglichst hohe Leistungsstand für alle Kinder. Allerdings wollen wir auch Bildungsprivilegien beseitigen, die noch nicht zu knapp auch in unserer Bremer Gesellschaft existieren.

(Abg. Schubert [FDP]: Kann man kaum sagen!)

Wir müssen nun auch das Studienseminar in diesem Gesamtrahmen sehen. Das Studienseminar gliedert sich neben dem Schulpraktischen Institut und der Pädagogischen Hochschule in den Kanon der Ausbildungsstätten ein, an denen Bremer Lehrer gefördert werden. Es ist einfach nicht wahr, daß von uns alles — Schulpraktisches Institut und Pädagogische Hochschule — gefördert

wird, und bloß das Studienseminar bliebe draußen. Wenn Sie das, was die einzelnen Fortbildungs- und Ausbildungsstätten der Bremer Lehrer an finanziellen Zuwendungen erhalten, an dem messen, was nötig ist, so ist es nicht richtig, daß die Pädagogische Hochschule oder das Schulpraktische Institut privilegiert sind. Dort sind immense Lücken, und was wir dort eigentlich für die weitere Ausbildung unserer Grund- und Hauptschullehrer tun müßten und nicht tun können, das macht uns ein sehr schlechtes Gewissen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben!)

Also ich glaube, es ist falsch, daß wir der einen Seite etwas geben und der anderen nicht. Wir geben jeder Seite nicht genug, leider Gottes. Das ist nicht unsere Schuld, daß wir nicht das geben können, was wir geben möchten.

Das Studienseminar wird aber gerade, weil ich vom Weiterentwickeln des Schulwesens spreche, sicherlich mehr leisten müssen, als nur Gymnasiallehrer auszubilden. Es wird auch das tun müssen, was Aufgabe für die Studienseminare in der Bundesrepublik überhaupt ist, nämlich auch Forschungsarbeit im Bereich der gymnasialen Pädagogik zu leisten. Das ist bislang sicherlich auch mangels der nötigen Mittel noch nicht in dem nötigen Maß geschehen. Wir haben bei der Bereitstellung zusätzlicher Mittel für das Studienseminar ein sehr schlechtes Gewissen gegenüber den anderen Ausbildungsstätten Bremer Lehrer, weil die nämlich auch einen ungeheuren Bedarf von uns nicht befriedigt bekommen können. Ich erinnere nur an das, was bei der Zweiten Phase der Lehrerbildung ungetan bleibt. Aber wir können nicht mehr ausgeben, als wir haben.

Im Hinblick auf die Aufgaben, die das Studienseminar nicht nur bei der Ausbildung, sondern auch bei der Vorbereitung von Schulentwicklung in Bremen hat, ist meine Fraktion jedoch bereit, diesen beiden Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir im Februar 1964 über den Gründungsbeschluß der Universität debattierten, hat mein Kollege Dr. Cassens auf die finanziellen Voraussetzungen hingewiesen, und da ist er vom damaligen Präsidenten des Senats darauf verwiesen worden, daß der Ruf Bremens solche Zweifel gar nicht gestatte. Und ich habe jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen immer wieder die Frage der Finanzen aufgeworfen, wie weit der Stand der Entwicklung ist, und auch bei all den Beratungen, die wir zwischenzeitlich geführt haben, haben meine Freunde und ich die Frage der Finanzen immer wieder aufgeworfen. Vielleicht entsinnt sich Frau Müller-Wolff der Debatte am 8. Februar des vergangenen Jahres — es ist ja übermorgen ein Jahr her —, als sie glaubte, daß die CDU niemals die Frage der Finanzen angeschnitten hätte.

Auch heute schneide ich wieder diese Frage an und bitte den Herrn Senator für das Bildungswesen folgende Fragen zu beantworten: Was ist nun seit der letzten Debatte über diese Universität in diesem Punkt weiter vorangekommen? Was ist seit der Verabschiedung des Länderabkommens im vorigen Jahr, das über den Ausbau der bestehenden Hochschulen etwas aussagt, aber kaum etwas über den Aufbau neuer Universitäten, geschehen? Da wird auf das Abkommen vom Juni 1964 verwiesen, in dem das Länderabkommen für die Finanzierung neu zu gründender Universitäten vorgesehen ist.

Ich bitte also den Herrn Senator, hier vor diesem Hohen Hause über alle die Maßnahmen und auch die Verhandlungen, die vielleicht der Präsident des Senats mit den anderen Ministerpräsidenten geführt hat, Auskunft zu geben.

Oder ein Weiteres: Nicht nur die Frage der Finanzen spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle, es spielt ebenso sehr die Frage eine Rolle, was in bezug auf die Vorbereitung der bremischen Universität seit dem 8. Februar 1967 beziehungsweise 19. Februar, dem Rücktritt des damaligen Gründungsausschusses, in Bremen seitens des Senats, seitens der Exekutive geschehen ist.

Meine Freunde und ich haben ja im vergangenen Jahr einige Besuche gemacht, und die wurden freundlicherweise in einer Bremer Wochenzeitung, die der SPD nahe steht, kommentiert: Sie reisen, und was bringen sie nach Hause? — Ich glaube, so leicht sollte man die Bemühungen von Abgeordneten dieses Hauses nicht nehmen, die sich bemühen, für Bremen in anderen Ländern und beim Bund das Klima zu schaffen, das notwendig ist, um zu dieser Universität zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Nachdem der alte Gründungsausschuß zurückgetreten war, ist ja mittlerweile ein Gremium von Professoren ein- oder zweimal — ich kann mich darauf nicht festlegen lassen — in Bremen zusammengekommen, ohne daß wir in der Frage der Konkretisierung eines neuen Gründungsausschusses oder eines völlig neuen Weges Auskunft bekommen hätten. Ich möchte den Senator für das Bildungswesen bitten, hier vor diesem Hohen Hause zu erklären, was in dieser Angelegenheit von ihm beziehungsweise dem Gesamtsenat oder dem Präsidenten des Senats unternommen worden ist, um auch in dieser Frage voranzukommen, ob hier Verhandlungen mit anderen Ländern, ob hier Verhandlungen mit dem Bund erfolgt sind, um in dieser Frage für Bremen endgültig, wenn nicht zu einer Klärung, aber doch zu einer sich abzeichnenden Klärung zu kommen.

(Abg. Fischer [CDU]: Das sind sehr notwendige Fragen!)

Denn auch das ist heute noch unklar, Frau Müller-

Wolff, die Frage der Finanzen. Das ist noch völlig unklar nach meinen Informationen.

Was geschieht eigentlich mit diesem Ausschuß unter Herrn Predöhl? Welche Funktion hat er? Ist er offiziell berufen? Von wem berufen, und welche Funktion soll er überhaupt ausüben? Oder wie stellt sich der Senat oder der Senator für das Bildungswesen den weiteren Gang der Ereignisse vor? Und welche Schritte will er unternehmen oder hat er unternommen, um in dieser entscheidenden Frage für Bremen endlich einen Weg aufzeigen zu können für dieses Hohe Haus, dem wir folgen können? Denn wir haben schließlich als Abgeordnete der Bürgerschaft darüber zu befinden, wie letztlich diese Dinge dann hier Gestalt annehmen werden, und der Senat wird dann mit der Durchführung dieser Dinge beauftragt.

Ich könnte mir vorstellen, daß mittlerweile dieses Gesetz, das wir damals verabschiedet haben, nicht nur der Korrektur bedarf, sondern unter Umständen durch ein völlig neues Gesetz ersetzt werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Denn die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Deutsche Wissenschaftsrat haben vor wenigen Wochen eine Anregung von sich gegeben, die sich ja in dem Gesetzesvorschlag der CDU für die Universität befunden hat, nämlich die Beteiligung von außerhalb von Universitäten tätigen Akademikern, die in Berufen tätig sind, für die sie vorbereitet worden sind, in ein Universitätskuratorium für die Universität der Gegenwart und der Zukunft mit hineinzunehmen. Immerhin doch sehr bemerkenswert, daß hier dieselben Gedanken von verschiedenen Wegen her und von verschiedenen Standorten her ihren Ausdruck in der Öffentlichkeit gefunden haben!

Ich nehme an, daß der Herr Senator für das Bildungswesen uns auf die von mir aufgeworfenen Fragen hier antworten wird, damit auch wir uns eine Vorstellung machen können, in welcher Weise der Senat im vergangenen Jahr weiter gewirkt hat und welche zukünftigen Maßnahmen er unternehmen will.

Zum Abschluß gestatten Sie mir, Herr Präsident, daß ich ein Versprechen erfülle, das ich am 8. Februar vorigen Jahres während der Haushaltsdebatte gegeben hatte, als ich feststellen mußte, daß der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Böhrnsen, eine besondere Vorliebe für Eisenbahnen entwickelte. Damals habe ich ihm versprochen, daß er anläßlich seines Geburtstags am 26. 1. von mir eine Eisenbahn bei einer Gelegenheit in der Bürgerschaft bekommen würde.

Ich darf ihm mit Genehmigung des Herrn Präsidenten diese Eisenbahn überreichen.

(Stürmische Heiterkeit und Beifall — Zurufe: Auspacken! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Nein, jetzt nicht!)

Vizepräsident Dr. Zander: Nach diesem erheiternden Zwischenfall hat der Abgeordnete Ströh das Wort.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe leider keine Eisenbahn zu verschenken, aber ich möchte auf die Ausführungen von Kollegin Spies zurückkommen. Ich glaube, wir alle in diesem Hause betrachten mit Sorge die Zustände an den Gymnasien, die sich einmal herleiten aus dem Klassenmangel, zum andern aber auch aus dem Mangel an geeigneten Studienräten. Aber dieser Mangel, meine Damen und Herren, ist keine Bremer Krankheit, sondern er ist in der ganzen Bundesrepublik gleichmäßig verteilt; zu unserem Leidwesen kann man wohl sagen.

Ich meine aber, wenn man sich für die Lösung dieser Misere einsetzt, dann sollte man zumindest einen Mann nicht falsch zitieren, der eigentlich erst die Diskussion in der Bundesrepublik um die sogenannte Bildungskatastrophe in Gang gebracht hat. Wenn ich Frau Kollegin Spies richtig verstanden habe, hat sie behauptet, Picht habe gefordert, die Gymnasien zu beseitigen und zu überrollen. Nichts von dem hat er behauptet! Ich habe den Picht hier, Frau Spies, und darf Ihnen einmal mit Genehmigung des Herrn Präsidenten eine Passage vorlesen, die gerade das Gegenteil von dem fordert, was Sie hier eben ausgeführt haben.

Vizepräsident Dr. Zander: Ich darf bitten, daß die Passage nicht zu lang ist!

Abg. **Ströh** (SPD): Ich verspreche es Ihnen, Herr Präsident, daß ich nicht das ganze Buch vorlesen werde.

(Heiterkeit)

Darf ich also zitieren. Er schildert unter dem Abschnitt „Mangel an Abiturienten" folgendes:

„Umso unbegreiflicher ist es, daß die Bedarfsfeststellung eine Vermehrung der Abiturientenzahlen und eine entsprechende Vermehrung der Gymnasien nicht vorgesehen hat".

Er fordert also gerade im Umkehrschluß eine Vermehrung der Abiturienten und eine Vermehrung der Gymnasien. Ich meine, das sollte hier ausdrücklich festgestellt werden. Und, Herr Kollege Schepers, anscheinend haben Sie, nachdem Sie mich darauf hingewiesen haben, ich hätte diesen Picht nicht gelesen, diese Passage auch übersehen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Das parlamentarische Vorgehen der Christlich-Demokratischen Union in diesem Hohen Hause ist manchmal etwas eigenartig.

(Abg. Erbel [CDU]: Oho!)

Wir werden nachher bei der Einzelberatung über einen Antrag von Ihnen zu beschließen haben, der

auf die Streichung der Kosten für den Gründungsausschuß zielt. Ich frage mich: Was wollen Sie eigentlich? Sind Sie gegen die Universität schlechthin? Dann sind Sie mindestens inkonsequent, denn dann hätten Sie die Streichung auch anderer Mittel, die für die Universität und die Vorbereitung notwendig sind, beantragen müssen. Oder sind Sie gegen einen Gründungsausschuß? Dann wäre Ihre Empörung und Ihr Lärm vor einem Jahr, als der Gründungsausschuß zurücktrat, zumindest heute unverständlich. Oder sind Sie dagegen, daß für diesen Gründungsausschuß oder für ein Beratungsgremium Geld ausgegeben wird? Nun, ich meine, man kann natürlich Wissenschaftler, die ja von Haus aus Idealisten sind, bitten, daß sie die anfallenden Kosten aus der eigenen Tasche bezahlen, aber ich vermute, daß sie diesem Wunsch nicht folgen werden. Oder geht es Ihnen darum — und das scheint mir so —, dem Senat gewissermaßen die Gretchenfrage zu stellen: Wie hältst du's mit der Universität?

Die Beantwortung dieser Frage dadurch zu erheischen, daß man die Kosten für diesen Gründungsausschuß zu streichen beantragt, das ist ungefähr das gleiche, als wenn ich im Privatleben das Taschengeld meiner Frau streichen würde, um zu erfahren, ob ich etwas zum Geburtstag bekomme oder nicht.

(Abg. Ströh [SPD]: Geben Sie ihr denn was!? — Heiterkeit)

Man kann sich ja auch mal überraschen lassen. — Und Sie sind noch in einer glücklicheren Situation, als ich es in diesem privaten Vergleich bin, denn wenn Sie etwas aufmerksam die Presse verfolgen, dann wüßten Sie, daß Herr Senator Thape Gespräche mit der Universität geführt hat, die sich für eine Patenschaft angeboten hat. Und es ist Ihnen darüber hinaus sicherlich auch nicht verborgen geblieben, daß Herr Senator Thape Gespräche mit Mitgliedern jenes Kreises geführt hat, der sich für eine Beratungsfunktion zur Verfügung gestellt hat. Aber ich vermute, daß Herr Senator Thape in dieser Richtung die Kenntnislücke, die bei Ihnen vielleicht vorhanden ist, noch zu schließen beabsichtigt, denn in den Jahren seiner Amtstätigkeit hat er sich ja immerhin schon einige pädagogische Qualifikation erworben.

(Heiterkeit — Abg. Dr. Fischer [CDU]: Mühselig!)

Das ist auch gar nicht so einfach, Herr Fischer!

Ich vermute, daß auch der Präsident des Senats im Rahmen dieser Haushaltsaussprache noch darauf eingehen wird, was Ihnen aus der Presse eigentlich auch bekannt sein müßte, daß demnächst die Entscheidung der Ministerpräsidentenkonferenz ansteht und daß, falls diese Entscheidung negativ ausfallen sollte, auch die Hilfe des Bundes angeboten worden ist.

Die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion begrüßt und unterstützt das Vorgehen des Senats, die Sorgfalt und das Verantwortungsbewußtsein, mit dem der Senat die Fragen der Universitätsgründung und die damit zusammenhängenden bisher behandelt hat. Das gilt für die Berufung des Beratungsausschusses genauso wie für die seinerzeit so erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen über die Beteiligung der Länder an den Investitionskosten. Und das gilt auch für die Verhandlungen, die noch schweben, über die Beteiligung an den laufenden Kosten.

Wir sind mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, der Meinung, daß der Senat schnell ein arbeitsfähiges Beratungsgremium braucht. Wir sind aber auch der Meinung, daß es noch wichtiger ist, vor der Berufung eines solchen Gremiums eingehend zu klären, ob dieses Gremium in bestimmten grundsätzlichen Fragen der Hochschulreform mit den Vorstellungen des Senats in etwa übereinstimmt. Auch eine Ehe schließt man nicht nur wegen der schönen blauen Augen des möglichen Partners.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Hatten wir doch schon!)

Im übrigen glaube ich, daß die etwas negative Einstellung zu den bremischen Vorarbeiten für die Gründung der Universität nur bei den unteren Chargen der Christlich-Demokratischen Union so negativ ist. Ihr hochverehrter Herr Bundesvorsitzender hat im Rahmen der Debatte des Deutschen Bundestages — es war am 17. November — sinngemäß gesagt, es gebe zwei verschiedene Gruppen von Hochschulreformern, solche, die nur die Humboldt'schen Vorstellungen negieren, und solche, die auch eigene positive Vorstellungen entwickeln. Und er verwies — ich zitiere jetzt, ich glaube, wörtlich — „auf den in seiner Art großartigen Plan für die Universität Bremen".

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wären gut beraten, wenn Sie den Antrag, den Sie gestellt haben, zurückziehen. Wir werden ihm jedenfalls unsere Zustimmung nicht geben können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schepers hat eine Frage an mich gerichtet, die ich beantworten möchte. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat beschlossen, eine Unterkommission — eine sogenannte Seeger-Kommission — zu beauftragen, zu versuchen, eine Lösung eines speziellen Universitäts- oder Hochschulfinanzausgleichs zu erreichen, mit dem Ziel, Bremen zu helfen. Die Arbeitsergebnisse dieser Untersuchungskommission sollen bis Ende Februar vorliegen und sollen zur Diskussion stehen

auf der Ministerpräsidentenkonferenz im März dieses Jahres. Ich verhehle Ihnen nicht, daß ich große Sorge habe, daß aus diesem Untersuchungsausschuß keine praktikablen Lösungen herauskommen, weil ich weiß, vor welchen Schwierigkeiten die einzelnen Länder in der Finanzierung ihrer Hochschulen stehen.

Ich habe zwischenzeitlich Gelegenheit genommen, mit Herrn Staatssekretär Hettlage zu sprechen über die Möglichkeiten, die auch im Bundesfinanzministerium gesehen werden, Bremen zu helfen. Herr Hettlage hat mir gesagt — und ich wiederhole es in aller Eindeutigkeit —, daß er Bremen warnen würde, mit dem Bau der Universität zu beginnen, bevor eine Klarheit zwischen den Ländern oder zwischen den Ländern und dem Bund hergestellt ist,

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr gut!)

weil die Gesamtkosten für die Finanzierung einer solchen Universität, auch für den laufenden Betrieb, die Finanzkraft unseres Stadtstaates übersteigen würden.

So kann ich Ihnen heute nur folgendes sagen: daß ich persönlich bemüht bin, zu versuchen, mit den Ministerpräsidenten der Länder insoweit eine Lösung zu erreichen, daß sie mir die Gelegenheit geben, in das Verhältnis Bund-Bremen einzutreten. Ich glaube, das ist die einzige Chance, die wirklich für die bremische Universität gegeben ist, ohne dem Seeger-Gutachten vorgreifen zu wollen. Ob die Länder bereit sein werden, über diesen föderativen Schatten zu springen, weiß ich nicht. Ich kann es nur im Interesse der gesamten Hochschulpolitik erhoffen. — Das also zu dem, was ich tun kann und tun werde.

Ich bin allerdings der Meinung, daß, sollte es zu einer solchen Zustimmung der Ministerpräsidenten kommen, dann auch der Anfang mit dem Bund nicht ganz einfach sein wird, denn dann müssen wir uns über die Abgrenzungsmöglichkeiten unterhalten, wobei ich hier noch einmal wiederhole, was ich schon einmal vor diesem Hohen Hause mit Ihrer Zustimmung gesagt habe: Wenn der Bund mit finanziert, soll er auch mit beteiligt sein an der Gestaltung und Verwaltung dieser Universität.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ganz klar! — Beifall)

Die Frage ist: Im Wege einer Stiftungs-Universität oder einer anderen? Das ist ein Rechtsproblem, das sich aus verfassungspolitischen Grundsätzen anbieten wird, wobei wir mit dem Bund dann verhandeln müssen. Aber sehen Sie, der Bundeswissenschaftsminister, Ihr Parteifreund Stoltenberg, ist doch in der, wie ich sagen würde, schwierigen Situation: Er kann konkret mit Bremen nicht verhandeln, solange nicht die Entscheidung der Ministerpräsidenten vorliegt. Also können wir nur auf diesem Wege fortfahren, für Bremen zu werben.

Ich habe — ich glaube, es war im Dezember — bei der Aussprache über die Regierungserklärung auch deutlich gemacht, daß ich mich bedanke bei jedem Abgeordneten in diesem Hause, der auf seine Art und an seiner Stelle sich bemüht, in anderen Landtagen und anderen Kabinetten Wohlwollen für das bremische Projekt zu gewinnen. Was wir brauchen, ist eben wirklich auch hier ein Größtmaß an Kooperation, wenn wir die Universität, die auf jeden Fall ein Wagnis ist, nicht zu einem unbestehbaren Wagnis gestalten wollen. Aus diesem Grunde bitte ich, jetzt von mir über die Fragen der Ministerpräsidenten keine weiteren Erklärungen entgegennehmen zu wollen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Vorsatz.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 13. Dezember bat hier Herr Brouwer um eine Generaldebatte hinsichtlich des gesamten Bildungswesens. Leider Gottes haben wir eine Stellungnahme des Senates zu dieser Anregung bis heute vermißt.

Bei der Durchsicht der einzelnen Positionen des uns vorliegenden Haushalts, auch bei der Durchsicht des Finanzplans 1968 bis 1972 und eigentlich auch bei Kenntnis der bremischen Verhältnisse melden sich Zweifel an, ob wir uns diese zusammenfassende Vorausschau oder Generaldebatte sparen können.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Vorsatz, ich habe den Eindruck, daß Sie uns hier ein großes Manuskript vorzulesen beabsichtigen oder schon dabei sind. Ich habe Sie darauf aufmerksam zu machen, daß das Vorlesen von Manuskripten nach der Geschäftsordnung nicht zulässig ist. Sie müssen sich also die Mühe machen, das, was Sie sagen wollen, in freier Rede zu uns zu sagen.

Abg. **Vorsatz** (NPD): Vielen Dank für den Hinweis, Herr Präsident! — Bis zum Jahr 1970, meine Damen und Herren, haben wir im Bildungswesen einen ständig steigenden Finanzbedarf. Nach 1970 aber, und zwar also noch in der Legislaturperiode dieser Bürgerschaft, wird nach allgemeinen Erkenntnissen ein weit höherer Finanzbedarf auf uns zukommen, und zwar — in allen öffentlichen Haushalten der Bundesrepublik ist das der Fall — werden wir mit ganz erheblichen Strukturveränderungen zugunsten des Bildungswesens rechnen müssen. Langfristige Planungen und rechtzeitige Koordinierungen sind unserer Auffassung nach notwendig und sollten hier auch in einer Generaldebatte vorgenommen werden.

Ich möchte angesichts der überprüfbaren Tatbestände in Bremen nicht sagen, daß diesen Erfordernissen bislang hundertprozentig genügt worden sei. Wenn Herr Senator Thape kürzlich seine Über-

raschung kund tat ob des auf uns zukommenden „Kinderberges" — neben dem „Butterberg" haben wir jetzt also auch noch einen „Kinderberg" —, dann weiß ich nicht so ganz recht, wo diese Überraschung herkommt. Möglicherweise hat der Herr Senator die Wirkung der Antibabypille überschätzt. Vielleicht habe ich das auch nur falsch verstanden und falsch aus der Zeitung entnommen. Vielleicht wird mir hier die notwendige Aufklärung zuteil.

Wir unterhalten uns hier in Bremen in diesem Haushalt über einen notwendigen Zuschuß an die Pädagogische Hochschule in der Höhe von 2 Millionen DM. Von den Absolventen der Pädagogischen Hochschule — das ist hier gestern angesprochen worden — werden im Juli ungefähr hundert nach Beendigung ihres Studiums auf der Straße sitzen. Wir sind durchaus der gestern hier geäußerten Meinung, daß kein rechtlicher Anspruch auf Einstellung besteht. Aber wir werden dann demzufolge im Juli das Schauspiel erleben können, vollausgebildete Lehrer unter Umständen als Verkaufsfahrer bei Coca Cola zu sehen.

(Widerspruch von der SPD)

Ich meine, daß das doch unmöglich das Ziel einer mit öffentlichen Geldern finanzierten Ausbildung sein kann. Mit vollem Recht haben, wie ich meine, die Studenten der PH in einem Schreiben an Herrn Senator Thape darauf hingewiesen, daß man sie ja vor drei Jahren nach Bremen gerufen habe, weil nämlich das bremische Bildungs- und Schulwesen verbessert werden solle. Wenn dieses zutrifft, dann meine ich doch, daß hier die Glaubwürdigkeit des Staates in Frage gestellt ist, und ich darf auch fragen, wie sich hier der Senat die weitere Entwicklung vorstellt.

Die moderne Leistungsgesellschaft erfordert moderne Schulen, und ich meine, moderne und leistungsfähige Schulen können wir nur haben, wenn wir auch die entsprechenden Klassenfrequenzen in Bremen erreichen. Die anzustrebende Frequenz wäre 25. Aber es steht ja fest, daß wir heute noch Frequenzen von 35 bis 42 im bremischen Schulwesen zu verzeichnen haben. Meine Damen und Herren, dabei muß man sich noch vergegenwärtigen, daß heute in völlig richtiger Erkenntnis pädagogischer Erfordernisse in den Vereinigten Staaten bereits eine Klassenfrequenz von 15 notwendigerweise angestrebt wird. Das zeigt also, was hier für uns noch zu tun ist, und ich habe auch das Gefühl, daß wir in der Entwicklung des differenzierten Mittelbaues nicht in der gebotenen Schnelligkeit vorankommen. Wir haben nicht die notwendigen Planstellen zur vollen Durchführung des differenzierten Mittelbaues, und wir haben auch den Eindruck, daß Schulneubauten errichtet worden sind, die den entsprechenden räumlichen Anforderungen des differenzierten Mittelbaues nicht Rechnung getragen haben. Bei allen anzuerkennenden Bemühungen des Senats in der Schulfrage komme ich doch nicht um die Feststellung herum, daß es hier offensichtlich an den notwendigen, und zwar rechtzeitigen Koordinierungen fehlt.

Aus diesem Grunde unsere Bitte nach einer Generaldebatte, denn wir sind der Auffassung, wir können es uns weder in Bremen noch anderswo erlauben — und auf diesem Gebiet fallen die Entscheidungen —, ganz allgemein in den Rang einer dritt- oder viertklassigen Nation abzusinken, denn das wäre eine unmittelbare Folge davon. Professor Klaus Mehnert hat in seinem jüngsten Buch „Der deutsche Standort" darauf hingewiesen, daß in Schweden beispielsweise dreimal mehr Arbeiterkinder studieren, relativ, als in Deutschland

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr richtig!)

und in England viermal mehr Arbeiterkinder als in Deutschland. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Begabtenunterschied dieses rechtfertigen könnte, sondern daß hier ganz ausdrücklich ein Mangel unseres Bildungswesens und der Begabtenförderung festgestellt werden muß. Unser Bildungswesen befindet sich angesichts solcher Zahlen offensichtlich eben nicht in einem begeisterungswürdigen Zustand, und es ist sehr wohl angebracht, daß wir in einem deutschen Parlament uns in einer Generaldebatte mit einer solchen Frage beschäftigen.

Der Leiter der Pädagogischen Hochschule Bremen, Herr Professor Klink, hat vor wenigen Tagen in einem Vortrag in Blumenthal festgestellt, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Frankreich und Skandinavien, ja auch die DDR seien der Bundesrepublik um Jahrzehnte in ihren Anstrengungen voraus. Eine geradezu erschreckende Feststellung, wie ich sagen muß, an der ja schließlich auch die Bildungspolitiker dieses Hohen Hauses nicht achtlos vorübergehen können. Wir haben hier nicht die Absicht, an diesem uns vorliegenden Einzelplan herumzuflicken, aber die Notwendigkeit einer langfristigen Bildungskonzeption auch hier im Lande Bremen wollte ich damit begründen.

Im Zusammenhang mit dem Projekt der Bremer Universität, von dem hier nun schon viel gesprochen worden ist und eigentlich in Anlehnung an die Worte von Herrn Bürgermeister Koschnick, möchte ich Sie nur um eins bitten: Sie haben gesagt, daß Sie Einfluß nehmen auf Ihre Kollegen in den Fraktionen in den anderen Bundesländern. Dann nehmen Sie doch bitte auch einmal Ihren Einfluß wahr, um alte Zöpfe hier zu beseitigen. Wenn wir Deutsche nämlich nicht hinter der Zeit herhinken wollen — und gerade die Frage der bremischen Universität zeigt, wie schnell ein Jahrzehnt vertan werden kann —, dann muß nämlich eine Form des Föderalismus entwickelt werden, die ein ausgewogenes und bewegliches System der Zusammenordnungen schafft. Wird das nicht geschafft, dann ist im Grunde der Schaden, den die Postkutschenföderalisten diesem Lande zufügen, riesengroß. Man gibt sich gern fortschrittlich, aber hier ist ja

wohl die Gelegenheit, wirkliche Fortschrittlichkeit zu beweisen.

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.00 Uhr)

*

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung wieder um 15.00 Uhr.

Vizepräsident Dr. Zander: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Als Zuhörer nehmen an der Nachmittagssitzung unter anderen Klassen der Realschule an der Freiligrathstraße, der Realschule Brinkum — Niedersachsen wohlgemerkt — und der Realschule an der Pestalozzistraße teil. Herzlich willkommen die jugendlichen Zuhörer!

Wir befinden uns in der Einzelberatung des ordentlichen Haushalts und fahren in der allgemeinen Aussprache über den Einzelplan 05 — Bildungswesen — fort.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Durch die Mittagspause ist vielleicht das Gedächtnis an die Debatte am Vormittag etwas beeinträchtigt worden.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Beeinträchtigt? Nein! — Zuruf der Abg. Wilma Landwehr [SPD])

Das freut mich zu hören, Frau Landwehr. — Ich möchte aber doch zur Klarstellung einige wenige Worte auf das erwidern, was der Abgeordnete Dr. Czichon vorgetragen hat.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das dürfen Sie, Herr Fischer!)

Der Abgeordnete Dr. Czichon hat der Meinung Ausdruck gegeben, die Politik und Taktik der CDU-Fraktion sei etwas eigenartig und — wie mir schien — für ihn nicht ganz übersichtlich. Ich verstehe, Herr Dr. Czichon, Ihre Bedenken in diese Hinsicht allerdings nicht.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Begreiflich, Sie verstehen sich auch selbst nicht!)

Es handelt sich um unseren Änderungsantrag, die Haushaltsstelle, in der die Kosten für den Gründungsausschuß der Universität festgelegt sind, zu streichen. Dieser Änderungsantrag hat nun weiß Gott schlechterdings nichts damit zu tun, daß etwa der Plan einer Universität in Bremen allgemein abgelehnt werden sollte. Ich glaube, gerade die CDU hat deutlich genug in der Vergangenheit zu erkennen gegeben, daß sie diesen Plan bejaht. Welche Bedenken hinsichtlich seiner praktischen Durchführung bestehen, das ist uns heute morgen in überzeugender Weise und in sehr ernster Weise dargelegt worden von Herrn Bürgermeister Koschnick. Aber hier handelt es sich allein um die Kosten für den Gründungsausschuß. Es jährt sich jetzt bald der Tag, wo der Gründungsausschuß, den wir einmal gehabt haben, unter sehr wenig erfreulichen Begleitumständen — Begleitumstände, die für Bremen nicht gerade positiv waren — zurückgetreten ist.

Seitdem haben wir keinen Gründungsausschuß. Wenn wir ein Gremium — ich glaube, so etwa hatte Herr Dr. Czichon sich ausgedrückt —, wenn wir ein Gremium haben, das zu gewissen Beratungen bereitsteht, so ist das kein Ersatz dafür.

(Abg. Filzen [CDU]: Alles Verstärkungsmittel!)

Und es besteht keine Veranlassung, die Stelle, die im Haushalt vorgesehen ist für den Gründungsausschuß, weiterhin aufrechtzuerhalten. Ich meine deshalb, daß wir allen Anlaß haben, nachdem innerhalb eines Jahres ein Gründungsausschuß nicht wieder eingesetzt werden konnte, nachdem auch keinerlei erkennbare Maßnahmen in die Wege geleitet worden sind, um einen neuen Gründungsausschuß zu berufen, die hierfür eingesetzten Kosten zu streichen und die Stelle als Ganzes zu streichen.

(Beifall von der CDU — Abg. Böhrnsen [SPD]: Was wollen Sie eigentlich damit bezwecken?)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Abgeordnete Herr Schepers hat die Frage gestellt, und zwar an mich: Wie geht es weiter, und was wurde getan?

Zunächst möchte ich einmal sagen, es ginge schon weiter, wenn dieses Hohe Haus beschlossen hätte, die laufende Finanzierung der Universität hundertprozentig selbst zu übernehmen. Ich glaube, das muß einmal herausgestellt werden.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ja!)

Unsere Schwierigkeit besteht doch darin, daß wir von Anfang an schon bei dem ersten Gründungsbeschluß oder dem ersten Gründungsbekenntnis von 1960 gesagt haben, weder die Investitionskosten noch die Kosten für die laufende Unterhaltung der Universität könnten vom kleinsten Bundesland Bremen allein übernommen werden, eine Feststellung, die von den Bundesländern und auch von der Bundesregierung damals akzeptiert wurde. Das ist das Kernproblem.

Wir sind hier davon abhängig — Bürgermeister Koschnick hat kurz darauf hingewiesen, ich brauche es nicht zu wiederholen, darf es nur in Erinnerung rufen —, daß zunächst die Ministerpräsidenten entscheiden müssen, und wenn diese Entscheidung vorliegt, entweder positiv für Bremen, das heißt Mitfinanzierung durch die übrigen Bundesländer, oder aber, wenn sich einige Bundesländer nicht in der Lage sehen aufgrund ihrer eigenen finanziellen Schwierigkeiten, mitzufinanzieren, daß dann zumindest der Weg freigegeben werden müßte für direkte Verhandlungen zwischen Bremen und dem Bund.

Der Ideenwettbewerb ist im vergangenen Jahr durchgeführt worden; die Auswertung ist erfolgt. Das gehört alles zu dem Punkt, was ist geschehen, Herr Schepers. Die äußere Erschließung ist vom Universitätsbauamt vorbereitet worden. Wir haben in der Deputation für Kunst und Wissenschaft gerade jetzt die ersten Entscheidungen getroffen, wonach Bauwerke, die der äußeren Erschließung dienen — Brückenbauwerke — in Auftrag gegeben werden sollen, auch bestimmte andere Maßnahmen des Straßenbaus, die unmittelbar mit der Baureifmachung des Geländes zu tun haben, beschlossen worden sind.

Die Staatsbibliothek wird weiterhin sehr intensiv ausgebaut zur Universitätsbibliothek. Das Personal ist verdreifacht worden. Wir haben eine intensive Nachwuchsförderung gerade in diesem Bereich betrieben, weil Nachwuchskräfte auf dem freien Markt sehr schwer zu erhalten sind, und auch hier die entsprechenden Gelder bereitgestellt, so daß von Bremen aus — immer unter Berücksichtigung der Fragen, die nicht allein von uns beantwortet werden können — eigentlich alles geschehen ist, was der Vorbereitung der Universität dienen konnte.

Weiterhin haben wir uns im vergangenen Jahr bemüht, ein neues Professorengremium an Bremen zu interessieren, beziehungsweise Professoren anderer Universitäten haben sich Bremen angeboten, um als neuer Beratungs- oder Gründungsausschuß hier tätig zu werden. Es hat sich zunächst ein kleiner Kreis zusammengefunden. Diese Bereitschaftserklärung ist aber gleichzeitig zusammengefallen mit einer Anregung des Präsidenten des Wissenschaftsrats, Professor Leussink, der mich bei der Finanzministerkonferenz in Bremen am 31. Mai gefragt hat, wie ich dazu stehen würde, wenn nicht ein Gründungsausschuß, sondern eine ganze Universität sich als Gründungsgremium für Bremen zur Verfügung stellen würde. Das sei eine ganz neue Regelung für die Bundesrepublik; bisher habe es das noch nicht gegeben, aber in Frankreich und Italien sei es üblich, und ob man nicht in Bremen bereit sei, diesen Weg zu gehen.

Ich habe daraufhin gesagt, daß ich rein persönlich von mir aus eine solche Iintiative begrüßen würde, habe aber darauf aufmerksam gemacht, daß bereits auf dem klassischen Weg der Gründungshilfe Initiativen in Gang gesetzt wurden und auch Angebote bestehen. Diese beiden Dinge sind praktisch gleichzeitig gelaufen, und jetzt kam es darauf an, den für Bremen günstigsten Schritt zu tun. Man kann also nicht sagen, daß hier nichts geschehen ist oder daß hier Zeit versäumt worden sei, sondern man muß natürlich, wenn sich so neue Gedanken ergeben, noch dazu in Verbindung mit dem Wissenschaftsrat, diesen Gedanken sehr ernsthaft nachgehen, gleichzeitig aber auch Initiativen, die sich auf anderem Gebiet ergeben, nicht einfach zurückweisen.

Der Senat wird in Kürze eine Entscheidung darüber treffen, in welcher Form diese Beratung vorgenommen werden soll, denn ich darf hier vielleicht in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß dieser Gründungsausschuß oder Beratungsausschuß oder dieses Beratungsgremium ein Gremium des Senats ist— das muß dabei auch festgestellt werden —, denn der frühere Gründungsausschuß ist ja auch vom Senat berufen worden.

Die zentrale Frage für die Bremer Univesrität ist und bleibt die Frage der laufenden Finanzierung. Ich bin überzeugt, daß wir sie lösen werden, einfach weil sie gelöst werden muß, nicht im Interesse Bremens, sondern im Interesse der Bildungspolitik der Bundesrepublik. Das muß man einmal herausstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ob Bremen oder ein anderer Ort, diese Universität muß kommen, und im norddeutschen Raum bietet sich Bremen als bester Platz an — das ist immer wieder bestätigt worden —, und ich zweifle nicht daran, daß wir zu einer Regelung kommen werden. Daß dabei verfassungsrechtliche Bedenken auch bei den Ländern bestehen, müssen wir einfach sehen und können uns nicht darüber hinwegsetzen. Wir müssen behutsam vorgehen, und dann, glaube ich, kommen wir zu einem Ergebnis, das von allen Seiten getragen werden kann. Wir können uns aber nicht auf den Marktplatz stellen und jeder unsere eigenen Ideen postulieren; dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn in der Öffentlichkeit eine negative Diskussion entsteht, die dem Projekt Bremer Universität nicht dient. Denn diese verfassungsrechtlichen Fragen, die sich ergeben, können nicht einfach beiseite geschoben werden, die müssen in engster Zusammenarbeit zwischen Bremen, den Bundesländern und der Bundesregierung aufgeschlüsselt werden.

Nun zu Herrn Fischer! Mit dem Rücktritt des Gründungsausschusses, Herr Abgeordneter Fischer, ist kein politisches Geschäft mehr zu machen. Die seit Monaten andauernde Diskussion über die Universitätsreform gibt der Haltung der Mehrheit dieses Hauses und des Senats und auch des Bildungssenators durchaus recht.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das meine ich aber auch! — Beifall bei der SPD)

Worin? Daß die Frage des Verhältnisses der Uni-

versität zum Staat nicht allein von der Universität beantwortet werden kann,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben!)

daß die Frage der Universitätsreform nicht von den Universitäten allein gelöst werden kann.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Genau das ist es!)

Das sind doch alles Fragen, die hier in diesem Hohen Hause eine ganz große Rolle gespielt haben. Und es ging doch gar nicht darum — was immer wieder unterstellt wurde —, hier den Daumen drauf zu halten und hochverdiente Professoren zurückzuweisen oder schlecht zu behandeln, sondern es ging ganz allein um die Frage: Wie schaffen wir eine moderne Universität,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Genau!)

die in unsere heutige industrielle Welt hineinpaßt? Und nichts anderes wird im Augenblick an allen deutschen Universitäten diskutiert,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben!)

und nichts weiter wird in allen Zeitungen und Zeitschriften diskutiert.

(Beifall bei der SPD — Abg. Fischer [CDU]: Das ist ja wohl eine einseitige Behauptung! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie müssen eben mehr lesen!)

Das ist keine einseitige Behauptung. Die läßt sich jederzeit beweisen. Wenn Sie sich die Mühe machen, einmal die deutsche Presse — Sie brauchen gar nicht die Fachzeitschriften anzuschauen — zu betrachten: Alle ernst zu nehmenden Zeitungen und Zeitschriften veröffentlichen seit Monaten viele, viele Artikel von Universitätsprofessoren, von Journalisten, von Wissenschaftlern aller Fakultäten und Seiten, die sich mit dieser Frage beschäftigen. Die Berliner Auseinandersetzungen, die Auseinandersetzungen in Frankfurt, in München und an anderen Stellen laufen doch alle auf die Frage hinaus: Wie soll diese Universität in ihrer inneren Struktur eigentlich aussehen? Und nichts anderes ist hier beraten worden!

Man kann trotzdem noch verschiedener Meinung sein, Herr Fischer; dagegen habe ich gar nichts einzuwenden. Ihre eigene Meinung wird also in keiner Weise von mir zurückgewiesen. Bloß, zu behaupten, in Bremen sei etwas Schreckliches geschehen, diese Behauptung läßt sich heute nicht mehr aufrechterhalten. Wir sind bestätigt worden in unserer Haltung und in unserer ernsthaften Diskussion, den Versuch zu machen, eine Universität zu schaffen, die nicht schon mit der Gründung unmodern geworden ist und uns in Gegensatz setzt zu den jungen Menschen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD — Abg. Fischer [CDU]: Das stand hier nicht zur Debatte! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das stand zur Debatte! — Abg. Fischer [CDU]: Nein, es standen zur Debatte die unerfreulichen Vorgänge im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Gründungsausschusses! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sie haben es nicht begriffen! — Glocke)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe dieses Thema nicht aufgeworfen, Herr Fischer, und ich hätte es auch heute hier nicht diskutiert, wenn nicht der Versuch gemacht worden wäre — und den Eindruck hatte ich —, daß dieser Rücktritt des Gründungsausschusses weiterhin als politisches Argument gegen Senat und Mehrheit der Bürgerschaft benutzt werden sollte. Wenn dieser Eindruck falsch ist, um so besser, dann kann ich dieses Thema verlassen. Ich mache nur darauf aufmerksam, daß wir heute auch optisch — ich glaube, sachlich war das schon vor einem Jahr der Fall — in bedeutend besseren Schuhen gehen, als das mancher im Februar vergangenen Jahres gedacht hat.

(Abg. Sagner [CDU]: Da müssen Sie CDU-Schuhe anziehen! — Heiterkeit bei der CDU)

Nein, darüber wollen wir uns lieber nicht unterhalten!

Ich meine also, daß in Sachen Universität das, was von Bremen aus geschehen konnte, geschehen ist. Ich bin auch überzeugt, daß wir im Rahmen der Bundesrepublik nicht nur für Bremen, sondern auch für andere Universitäten eine Lösung finden werden, weil wir sie einfach finden müssen im Interesse der breiteren Bildungsbasis, die wir brauchen. Wir können aber eine solche Frage, wenn wir auf die Mithilfe anderer angewiesen sind, nicht einfach übers Knie brechen. Wir sind auch auf Termine angewiesen, die uns die anderen stellen. Und wenn die Ministerpräsidenten zusammenkommen und sagen, wir wollen heute entscheiden, und dann doch zu der Auffassung kommen, wir wollen erst noch einen neuen Ausschuß einsetzen und dieser Ausschuß braucht ein Vierteljahr oder vier Monate, um zu einem Ergebnis zu kommen, dann müssen wir diese Zeit einfach hinnehmen und in Kauf nehmen. Ich muß auch hinnehmen, wenn mir der Minister für wissenschaftliche Forschung, Dr. Stoltenberg, sagt: Ich bin im Prinzip einverstanden, aber ich brauche natürlich auch die Zustimmung der übrigen Bundesländer, die müssen Sie mir bringen, bevor ich ein hundertprozentiges Ja sagen kann. Dann sind wir also hier als Bremer auf diese Mithilfe angewiesen.

Gestatten Sie mir noch einige kurze Bemerkungen zum Studienseminar. Frau Spies hat hier einen Satz gesagt, der mir doch sehr bedenklich er-

scheint, und zwar, das Studienseminar würde stiefmütterlich behandelt. Frau Abgeordnete Spies, das stimmt nicht! Wir haben das Studienseminar im Laufe der letzten Jahre in seiner Ausbildungskapazität praktisch verfünffacht. Schauen Sie sich die Haushaltstitel einmal an, dann geben wir für das Studienseminar mehr aus als für die Pädagogische Hochschule, obwohl wir an der Pädagogischen Hochschule doppelt soviel Lehrer ausbilden. Das ist jetzt keine Wertung, aber man muß doch die Zahlen sehen. Wir haben die Mittel für das Studienseminar von 2,2 Millionen DM im vergangenen Jahr auf jetzt 3,5 Millionen DM erhöht. Für die Pädagogische Hochschule geben wir etwas über 2 Millionen DM aus. Das muß man dabei sehen. Wir haben hier den Ausbau sehr intensiv betrieben. Wir haben neue Räume angemietet, wir haben das Ausbildungspersonal verstärkt, also Erhebliches getan. Ich streite nicht ab, daß man mehr tun müßte. Das hat der Abgeordnete Franke vorhin sehr richtig gesagt. Aber auch das muß sich natürlich im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten bewegen.

Ich habe manchmal die Befürchtung, daß hier gegeneinander abgewogen wird, was gar nicht gegeneinander abgewogen werden darf, sondern was nur zusammen gesehen werden kann als Maßnahme zur besseren Lehrerbildung, die wir brauchen.

Noch einen Satz zu Herrn Vorsatz. Er sagte, ich sei überrascht worden von dem „Kinderberg". Ich bin nicht überrascht worden. Ich habe nur in einer Elternversammlung davon gesprochen. Das ist wahrscheinlich falsch verstanden worden. Wir sind allerdings von einem überrascht worden — und das konnten wir vorher nicht sehen —: daß die Geburtenjahrgänge 1966 und 1967 alles das übertreffen, was vorher schon an starken Geburtenjahrgängen da war. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß diese Jahrgänge, wenn sie sechs Jahre alt sind, verstärkt in unsere Schulen einströmen und uns vor neue Probleme stellen. Und das konnten wir natürlich vor zwei Jahren noch nicht sehen, daß sich 1966 und 1967 die Geburtenzahlen in einer Weise vergrößern würden, die alles bisherige in den Schatten stellen würde. Bremen ist eine wachsende Stadt. Wir sind eine der kinderreichsten Städte der Bundesrepublik überhaupt und haben also auch — —

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte, wenn Sie Beifall klatschen, bringen Sie auch das Geld für die Schulen mit, die wir dann zusätzlich brauchen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Schön wär's!)

Wir planen auch im Schulbau langfristig, immer im Rahmen der Mittel, die uns zur Verfügung stehen. Ich möchte nur noch einmal daran erinnern, Herr Vorsatz, daß über Schulreformen auch in diesem Hause sehr heiß und hart diskutiert worden ist, daß manches, was vor zehn und fünfzehn Jahren zu Fall gebracht wurde, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten zu Fall gebracht wurde, später als ganz große Neuerung angepriesen wurde. Ich bitte auch das zur Kenntnis zu nehmen, daß manches, was heute diskutiert wird, an sich sehr alt ist, daß man sich lange darum bemüht hat, aber daß oft auch erst die Zeit mit den Gedanken mitwachsen muß, damit die Menschen begreifen, daß das, was man vor zehn und fünfzehn Jahren gefordert hat, eigentlich das Richtige gewesen ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als der Abgeordnete Dr. Czichon heute morgen seine Argumente vortrug, hatte ich das Gefühl, er hat gar nicht verstanden, was ich gefragt hatte. Ich hatte weder Behauptungen aufgestellt noch sonst etwas ähnliches, sondern ich hatte als Abgeordneter Fragen gestellt. Herr Dr. Czichon, Ich muß Ihnen sagen, wenn Sie die Protokolle der letzten vier, fünf Jahre über die Universität und die Protokolle der Deputation, die sich mit der Frage der Universität befaßten, gelesen hätten, dann hätten Sie hier nicht solche Behauptungen aufgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Das muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Was die Frage des Gründungsausschusses betrifft, so haben wir im vorigen Jahr in der Deputation für Kunst und Wissenschaft über diese Frage schon gesprochen. Dort habe ich schon die Frage gestellt: Haben wir einen Gründungsausschuß, Herr Senator oder nicht? Er hatte keinen. Er hoffte, einen bis zum Herbst 1967 zu bekommen.

(Abg. Sagner [CDU]: Hatte er nicht!)

Er hatte noch keinen! Deshalb die Frage, und deshalb unsere Bemerkungen zu dem Gründungsausschuß. Er hat keinen Gründungsausschuß, Herr Klemmer!

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aber einen Beratungsausschuß! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Hat er nicht!)

Herr Bürgermeister Koschnick, der Präsident des Senats, hat auf meine Frage sehr dezidiert geantwortet. Meine Fragen sind auch sehr dezidiert beantwortet worden von Herrn Senator Thape.

Daß es manchmal unangenehm ist, vom Parlament gefragt zu werden, was die Regierung tut oder nicht tut, dafür habe ich völliges Verständnis. Das entbindet uns aber als Abgeordnete nicht von der Verpflichtung, diese Fragen zu stellen,

(Beifall bei der CDU)

denn wir haben ja nicht bei jeder Sitzung das

Thema Universität, weil wir ebenso der Meinung sind, daß Dinge im Stillen vorbereitet und wachsen müssen. Dagegen haben wir nichts. Aber wir haben ein Recht als Parlament, von der Regierung zu erfahren, was sie tut und was sie beabsichtigt. Wir wollen gar nicht von ihr erfahren, welche Stiche sie in den nächsten Wochen machen will, was sie da vor hat oder nicht.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das hat aber etwas mit Skat zu tun, nicht mit der Eisenbahn!)

Herr Böhrnsen, Sie kosten mir auf die Dauer zu viel.

(Heiterkeit)

Das haben wir gar nicht verlangt. Aber was wir als Abgeordnete verlangen müssen, ist doch die Antwort von der Regierung, was sie tun will.

Nun ein Wort zu Herrn Senator Thape! Ein Jahr später können Sie die Dinge nicht so darstellen. Der Rücktritt des Gründungsausschusses ist kein Argument, sondern eine Tatsache.

(Abg. Sagner [CDU]: Sehr richtig!)

Die Briefe, die in dem Zusammenhang geschrieben worden sind und die Reden, die gehalten worden sind, und Behauptungen, die aufgestellt worden sind, sind keine Argumente, sondern Tatsachen, die zurückliegen, und wir haben uns in diesem Hohen Hause, aber auch in der Deputation für Kunst und Wissenschaft bemüht, die Frage zu lösen und haben immer wieder festgestellt, bei dem Versuch, eine Verbindung von Staat und Universität herzustellen, doch alle an dem Kuratorium festzuhalten. Und in diesem Zusammenhang zu erklären, daß wir im Gegensatz dazu stünden, das verstehe ich nicht ganz. Aber ich habe mir in der vorigen Woche die Reden noch einmal durchgelesen, die zu diesem Punkt gehalten worden sind, nicht nur von Ihnen, sondern auch von Abgeordneten dieses Hohen Hauses. Da mußte ich feststellen, daß in einer Rede zumindest nicht der Gründungsausschuß das Problem der Universität war, sondern der Kurator das Problem der Universität für den Senat war.

Aber so vereinfacht die Dinge darzustellen, wie Sie das jetzt tun, und zu sagen, mit dem Rücktritt des Gründungsausschusses sei nichts mehr zu gewinnen, so geht es nicht! Wir wollen dabei auch gar nichts gewinnen. Wir hoffen nur,

(Oho!-Rufe bei der SPD)

daß Bremen bei der zukünftigen Anstrengung für seine Universität etwas gewinnt.

(Abg. Klemmer [SPD]: Das ist wichtig! — Beifall bei der CDU)

Und dazu wollen wir alle beitragen. Aber ich finde, mit solchen Repliken dient man nicht der Sache, weder jetzt noch in der Zukunft.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Wir hatten uns wohl geeinigt auf das Kuratorium, hatten aber auch alle bei den Debatten festgestellt, ob das die richtige Lösung ist, wissen wir doch heute gar nicht. Herr Senator Thape, Sie stellen sich hier so siegessicher hin und sagen: Ich bin bestätigt, wir sind bestätigt! Wo sind Sie denn bestätigt?

(Abg. Klein [CDU]: Doch nicht durch die Hochschulen!)

Vielleicht durch den SDS in Berlin? Das können Sie doch wohl nicht behaupten!

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Was soll das denn? Wollen Sie uns das mal erklären!)

Frau Landwehr, das hat schon seine Berechtigung! Diese Diskussion um die Universität wird nicht heute und morgen mit Patentrezepten gelöst.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Nein!)

Die hat Herr Senator Thape nicht, die haben Sie nicht,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Die haben Sie auch nicht!)

haben wir nicht! Das ist nie behauptet worden. Aber man muß miteinander über diese Dinge von verschiedenen Standpunkten aus sprechen

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ja!)

und nicht so tun, als ob der Standpunkt des anderen dazu keine Berechtigung habe.

(Beifall bei der CDU)

Um nochmal auf die Chargen der CDU, Herr Dr. Czichon, zurückzukommen: Ich könnte mich jetzt ebenfalls auf die Chargenebene begeben und einmal nachblättern, was für Chargen und Unterchargen innerhalb der sozialdemokratischen Partei wann und was zum Problem Universität äußerten.

(Abg. Boljahn [SPD]: Was für eine Ebene?)

Auf diese Dinge will ich mich gar nicht einlassen. Auch in dieser Frage geht es doch letztlich darum — was uns nicht nur jetzt, sondern auch gestern bei dem Problem der politischen Bildung bewegt hat —: Wie ordnen wir die Universität der Zukunft in unseren Staat ein, daß dort eine verfassungsgebundene entwicklungsfähige Jugend heranwächst?

(Beifall bei der CDU)

Das muß man doch ganz klar sehen. Und ob Ihre Auffassung sich auf die Dauer durchsetzt oder die unsrige, das können wir heute doch nicht einfach behaupten. Deswegen sollten wir diese Debatte doch mit dem notwendigen Ernst, aber auch, Herr Dr.

Czichon, mit dem notwendigen Sichvertrautmachen mit der Problematik hier in Bremen führen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das ist eine Unterstellung!)

Wenn der Herr Bundeskanzler Kiesinger sich freut, daß in Bremen eine Universität kommt, ist das kein Gegensatz zur CDU in Bremen, Herr Dr. Czichon. Ich glaube ebenso, daß das Problem im Grunde genommen längst gelöst ist, daß Bremen der Standort ist, daß wir sie benötigen, und im übrigen müssen wir abwarten, was das schwierige Geschäft mit den Ländern und dem Bund für unser Land erbringt.

(Abg. Reichelt [SPD]: Das hat doch der Senator eben gesagt!)

Genau! Das hat er auch gesagt! Und dafür habe ich mich schon am Anfang meiner Rede bedankt. Allerdings mußte ich auf einige seiner Ausführungen eingehen, um sie von meiner Auffassung her doch richtigzustellen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie sind doch die ganze Zeit dabei!)

Damit gebe ich vielleicht zu bedenken, daß die Fiktion, vom Gründungsausschuß auszugehen, als ob er da sei und doch nicht da ist, falsch ist, Herr Dr. Czichon. Dann muß man etwas anderes dort hineinschreiben. Und das muß man dem Hause klar erklären können. Man hat einen oder man hat keinen! Aber wir haben eben gehört, man geht verschiedene Wege, um zu einer akzeptablen Lösung dafür zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich darf damit meine Ausführungen beenden, möchte aber nochmals darauf hinweisen, daß wir uns nicht zu einer polemischen Auseinandersetzung um diese Universität in Bremen herausfordern lassen. Wenn Sie es wollen, können Sie sie haben, aber wir sind der Meinung, daß das dieser Sache nicht dienlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir streiten um eine Position, um den Ausschuß der Universität zu streichen. Ich glaube, wie wir das Kind nennen, hat gar keine Bedeutung, wenn wir eine Universität wollen.

(Oho!-Rufe bei der CDU)

Wenn wir den Posten für den Universitätsausschuß streichen, von dem aus man Beratung empfangen könnte, von dem aus man mit Berufungen beginnen könnte, so begibt man sich der Möglichkeit, schnell handeln zu können. Wir müßten erst wieder eine Bürgerschaftsdebatte anberaumen, und wir müßten den Haushaltsausschuß um Lösungsmöglichkeiten zur Geldfrage angehen. Ich glaube, man muß diese Position für den Gründungsausschuß der Universität drinlassen.

Zugegeben, der Rücktritt des alten Ausschusses war eine Pleite. Ich gebe es zu. Aber ich muß Ihnen sagen, daß ich selber aus einer Reihe von Gründen gar nicht unglücklich darüber war, vielleicht aus dem einen, weil wir nun die Chance haben, in der sich wandelnden Diskussion um die Universität Dinge neu zu überdenken, die zu überdenken nötig geworden sind und bei denen ich manchmal zweifle, ob bestehende oder vergangene Ausschüsse sich dem so gestellt hätten, wie ich das für wünschenswert halte, nicht nur für wünschenswert, sondern für unabdingbar notwendig.

Wenn ich nämlich die Diskussionen in den Universitäten ansehe, da sind eine Reihe von Dingen offen, und die wären, wenn wir so weitergearbeitet hätten, in eine Verfassung der Universität nicht hineingekommen. Es hätte die Gefahr bestanden, daß wir eine Verfassung in der Erkenntnis vom letzten Jahr bekommen hätten, die sich nicht hätte wandeln lassen. Wollen wir mobiler sein, wollen wir moderner sein, hoffen wir auf eine moderne Universität, die sich mehr als alle unsere bisherigen Institutionen dieser Art einer sich wandelnden Welt anpassen kann, hoffen wir auf eine moderne Universitätsverfassung, die viel offener und viel weniger statisch sein kann und sein muß als das, was da bisher bei uns vorliegt.

Ich glaube, wenn wir uns zu schnell mit der Festlegung auf diesen oder jenen Ausschuß oder diese und jene Universität einlassen, kommen wir zu Ergebnissen, die uns nicht wünschenswert sind oder vielleicht zu Schwierigkeiten, die wir später kaum beseitigen können. Wir sollten uns da an fortschrittliche Einrichtungen halten. Ich glaube, das ist gar nicht schwer. Es könnte fast jeder im Hause dem Bildungssenator eine Reihe von bereiten, fortschrittlichen Professoren nennen, die hier die Arbeit aufnehmen würden, denn die Situation ist heute eine andere als bei den Schwierigkeiten im vergangenen Jahr.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sehr richtig! — Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Jetzt kommen wieder grundlegende Erkenntnisse!)

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Gründung der Universität in Bremen ist eine Frage, die seit neun Jahren im Mittelpunkt der Verhandlungen in diesem Hohen Hause gestanden hat. Sie ist eine Frage, deren Beantwortung unabhängig ist von der jeweiligen Zugehörigkeit zu den Fraktionen, soweit es sich um den Willen zur Gründung der Universität handelt.

Ich darf in diesem Zusammenhang zurückgreifen auf die Darstellung, die soeben Herr Senator Thape vor diesem Hohen Hause gegeben hat in bezug auf den Zusammenhang zwischen der Gründung einer Universität in Bremen und der Beurteilung dieser Frage durch die anderen Bundesländer, und darf — mit Genehmigung des Herrn Präsidenten — Ihnen noch einmal einige Zeilen ins Gedächtnis zurückrufen, die ich hier im Rahmen meiner Antwort auf die Regierungserklärung im Namen meiner Fraktion formuliert habe. Sie werden sehen, wieviel Gleichartiges in dieser Formulierung steckt zu dem, was Herr Senator Thape soeben gesagt hat. Damals habe ich in bezug auf die finanzielle Beteiligung der anderen Bundesländer gesagt:

„Auf keinen Fall dürfen diese und ähnliche Fragen noch Jahre auf Eis gelegt werden. Bund und Länder müssen erkennen, welche Bürde sie auf sich nehmen, wenn sie sich durch Uneinsichtigkeit verführen lassen, dem Föderalismus auf dem Bildungssektor einen solchen Bärendienst zu erweisen. Nicht nur Bremen benötigt eine Hochschule in seinen Mauern, sondern die Bundesrepublik benötigt diese zusätzliche Hochschule im norddeutschen Raum, das heißt in Bremen."

Soweit das Zitat.

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren Punkt, in dem sich das Hohe Haus seit Jahren einig ist: Wir dürfen mit dem Bau der Universität nicht beginnen, sofern nicht die Finanzierung der laufenden Kosten sichergestellt ist. Wir sind abhängig von dem Ergebnis der Verhandlungen auf der Ministerpräsidentenebene, und es ist richtig, daß uns nach einem negativen Ausgang dieser Verhandlungen nur der Weg bleibt, das Bund-Bremen-Verhältnis, vielleicht sogar das Bund-Hamburg-Niedersachsen-Verhältnis anzustreben. Aber zunächst sollte man den Weg zum Bund beschreiten.

(Abg. Boljahn [SPD]: Niedersachsen?)

Jawohl! Ich habe damals auch Ausführungen darüber gemacht und kann gern darauf zurückkommen, wenn es soweit ist.

In diesem Bund-Bremen-Verhältnis aber spielt selbstverständlich der Minister für wissenschaftliche Forschung, Herr Minister Stoltenberg, eine erhebliche Rolle. Dieser Minister gehört der CDU an. Infolgedessen meine ich, daß es richtig wäre, nicht so zu verfahren wie vor etwa einem Jahr, wo, als wir uns bemüht haben, hier eine Plattform vorzubereiten, gesagt wurde: Das sind nur Vergnügungsreisen, die da gemacht werden, bei denen doch nichts herauskommt! Ich meine, wir sollten uns in diesem wichtigen Punkt über die Fraktionen hinweg absprechen. Die CDU-Fraktion ist jederzeit bereit, das ihre zu tun, um den nötigen Boden auch innerparteilich zu ebnen.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu dem Änderungsantrag, der ja praktisch diese Diskussion hervorgerufen hat. Meine Damen und Herren, entscheidend ist doch im Laufe des letzten Jahres nach dem Rücktritt des alten Gründungsausschusses gewesen, daß Teile dieses Hohen Hauses, zumindest der Senator für das Bildungswesen und der Senat, zunächst von der Vorstellung ausgegangen sind, möglichst schnell einen neuen Beratungsausschuß sich konstituieren zu lassen. Einen solchen Beratungsausschuß, Frau Landwehr, gibt es heute noch nicht. Er sollte damals — nach Pressemeldungen — eingeladen werden zu einer konstituierenden Sitzung. Im November war sie, glaube ich, vorgesehen. Diese Sitzung hat bislang nicht stattgefunden. Das heißt also, dieser Beratungsausschuß ist über die damalige erste Fühlungnahme nicht hinweggekommen. Er besteht effektiv noch nicht. Wir selbst haben uns in der Zwischenzeit als Fraktion sehr dafür eingesetzt, daß man lieber auf die von Göttingen angebotene Gründungshilfe zurückgreifen sollte, auf eine Patenschaft der Universität Göttingen. Darin, meine Damen und Herren, liegt unsere — wie ich glaube — berechtigte Voreingenommenheit begründet gegen die Fassung: „Kosten des Gründungsausschusses". Mit ihr wäre praktisch dokumentiert, daß ein neuer Beratungsausschuß, vielleicht der am Himmel stehende Beratungsausschuß von damals, zum Gründungsausschuß gemacht werden soll. Meine Fraktion wäre bereit, ihren Änderungsantrag auf Streichung dieser Haushaltsstelle zurückzuziehen

(Abg. Boljahn [SPD]: Bravo! — Beifall bei der SPD)

für den Fall, daß sich das Hohe Haus entschließen sollte, die Ziffer 058/300 folgendermaßen zu formulieren: „Universität / Kosten für Gründungshilfe".

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Czichon.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist eine Generaldebatte, und die sprechen alle zu Änderungsanträgen!)

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich mag geistig etwas schwerfällig sein; aber den Sinn Ihres Änderungsantrags habe ich nach wie vor noch nicht verstanden. Sie haben überwiegend davon gesprochen, daß wir im Jahr 1967 während der etwa elf Monate keinen Gründungsausschuß gehabt haben. Wir hier sprechen doch über das Haushaltsjahr 1968, und Herr Senator Thape hat Ihnen das erneut dargelegt, was Ihnen an sich hätte bekannt sein müssen: daß wir vermutlich in nächster Zukunft ein Beratungsgremium — wie immer es zu nennen sein mag — haben werden. Es ist Sache des Senats, wie er dieses Gremium nennen wird. Hier geht es doch in der Sache darum, daß wir als Bremische Bürgerschaft dem Senat die Mittel für die Bestreitung der notwendigen Kosten zur Verfügung stellen werden. Und ich freue mich sehr, daß die Christ-

lich-Demokratische Union dieser Anregung, die ich in aller Bescheidenheit vorgetragen habe, den Änderungsantrag zurückzuziehen, folgt.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Die Bedingung müssen Sie akzeptieren!)

Was haben Sie erreicht, meine Damen und Herren? Sie haben in die Universitätsdebatte, deren sachlicher Gehalt Ihnen angeblich so am Herzen liegt, eine gewisse Schärfe hineingebracht und doch nur erreicht, daß der Präsident des Senats und der zuständige Senator für das Bildungswesen Ihnen Antworten und Sachdarlegungen gegeben haben, die Ihnen eigentlich in ihrem vollen Inhalt aus der Presse hätten bekannt sein müssen. — Ich beglückwünsche Sie zu Ihrem Entschluß auf Zurückziehung des Änderungsantrags.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Nein, nein, hier! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie hatte sich früher gemeldet!)

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, Herrn Kollegen Dr. Czichon den Unterschied zwischen Beratungs- und Gründungsausschuß zu erläutern und ihm auch unsere Auffassung zum Gründungsausschuß und zur Gründungshilfe durch die Universität Göttingen zu erklären. Vielleicht, Herr Kollege Dr. Czichon, kommen wir uns dann näher.

Zunächst einmal: Der Gründungsausschuß ist ein vorgesehenes Verfassungsorgan der Universität, Bestandteil des von Ihnen gegen unsere Stimme verabschiedeten Universitätsgesetzes. Wenn ein solcher Gründungsausschuß wiederum ins Leben gerufen werden soll durch einen konstitutiven Akt des Senats, dann ist eine Gründungshilfe durch die Universität Göttingen nicht mehr möglich. Der Herr Senator Thape hat hier nicht klargemacht, daß es einer Entscheidung bedarf, ob man der Universität Göttingen die Gründung anvertraut oder ob man diese einem Gründungsausschuß anvertraut. Es ist unmöglich, beides gleichzeitig zu tun, mit beiden Bällen zu jonglieren. Und das ist das, was dem Herrn Senator vorgeworfen werden muß: Er hat seit Rücktritt des Gründungsausschusses sich nicht entschieden, ob er nun die Gründungshilfe Göttingens akzeptieren will oder ob er einen neuen Gründungsausschuß ins Leben rufen will. Beides gleichzeitig — ich betone es, Herr Kollege Dr. Czichon — geht nicht.

Es ginge allenfalls wie folgt — —

(Abg. Boljahn [SPD]: Es geht also doch! — Heiterkeit bei der SPD)

Nein, das geht nicht!

(Abg. Boljahn [SPD]: Das haben Sie doch eben gesagt!)

Es ginge allenfalls wie folgt

(Abg. Boljahn [SPD]: Also doch!)

— wenn man also jetzt mal versucht, der Auffassung des Herrn Senators etwas näherzutreten —, daß Göttingen die Gründungshilfe übernimmt und der Senat sich noch zusätzlich ein loses Beratungsgremium attachiert, das ihn in der einen oder anderen Frage berät. Aber das hat mit einem Gründungsausschuß nach Ihrem Universitätsgesetz für die Universität Bremen aber auch gar nichts zu tun, denn da wird kein Gründungsrektor gestellt, und da werden also auch nicht die Verfassungsorgane geschaffen, die nun einmal der Gründungsausschuß vorsieht.

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Abgeordneter Klein, der Herr Abgeordnete von Groeling-Müller hat die Absicht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Abg. **Klein** (CDU): Gern, ja!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Ich bedanke mich, Herr Klein.

(Abg. Boljahn [SPD]: Ganz was Neues!)

Herr Kollege Klein, bestände nicht die Möglichkeit, daß die Universität Göttingen, wie das in anderen Fällen im Ausland passiert ist, einen Ausschuß delegiert nach Vorberatungen im eigenen Hause, der hier die Aufgaben eines Gründungsausschusses übernehmen könnte?

Abg. **Klein** (CDU): Na bitte, darüber kann man reden! Aber das würde doch die grundsätzliche Entscheidung bedingen, daß Göttingen die Aufgaben eines bremischen Gründungsausschusses übernimmt. Und dann bedürfen wir nicht mehr eines Gründungsausschusses im Sinne dieses nebulösen Beratungsausschusses, der sich um den Herrn Predöhl gruppiert hat. Wir müssen doch hier endlich einmal klar sehen. Natürlich soll man elastisch sein, Herr Senator, natürlich soll man differenzieren. Aber Dinge, die nicht miteinander zu vermischen sind, die sollte man auch auseinanderhalten.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich entscheiden, ob Sie nun für Göttingen sind oder für einen neuen Gründungsausschuß. Und das hat nichts zu tun mit der Frage der Finanzierung. Das müssen Sie wieder davon trennen. Natürlich ist die Frage der Finanzierung der laufenden Kosten außerordentlich schwierig. Wir sind hier einig, und wir wollen, daß eine Lösung gefunden wird. Aber das entbindet Sie doch nicht von der Verpflichtung, die Vorbereitungen zu treffen, daß die innere Struktur der Universität ge-

fördert wird; und da treten Sie doch seit Rücktritt des Gründungsausschusses auf der Stelle.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Das stimmt!

Hätten Sie, Frau Kollegin Landwehr, den Gründungsausschuß, den neuen — wollen wir das mal unterstellen —, dann könnte doch der Gründungsausschuß mit der Deputation, mit dem Senat, mit uns das zweite bremische Universitätsgesetz vorbereiten, das ja doch die innere Struktur der Universität zum Gegenstand haben soll. Hätten Sie die Universität Göttingen als Patin, dann könnte in Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen die Universität weiter vorbereitet werden. Das müssen wir doch, wenn jetzt die Finanzierungsfrage geklärt ist, alles noch nachholen, und insoweit schiebt der Herr Senator Thape die Frage der inneren Struktur der Universität seit Rücktritt des Gründungsausschusses vor sich her. Und, Herr Kollege Dr. Czichon, wir haben uns nun vor der Wahl als Fraktion eindeutig dazu bekannt nach den Erfahrungen mit dem Gründungsausschuß, daß es sinnvoll und zweckmäßig sei für eine moderne Universität, sich der Gründungshilfe Göttingens zu bedienen. Das haben wir eindeutig erklärt, auch vor der Wahl. Es ist nun nicht die Entscheidung des Senators erfolgt, ja oder nein — er hat es auch heute nicht gesagt —, er schiebt es immer noch vor sich her. Und das ist etwas, was unserer bremischen Universität schadet.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Vielleicht denkt er sich was dabei!)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Müller-Wolff.

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich kann verstehen, daß die CDU-Fraktion in diesem Zeitpunkt gern eine zweite Universitätsdebatte vom Zaune brechen möchte. Es ist ja gerade ein Jahr her, nachdem unser Anliegen, das Anliegen meiner Fraktion in der Öffentlichkeit dank Ihrer Mithilfe so besonders gründlich mißverstanden worden ist.

Aber ich glaube, daß der Kollege von Groeling-Müller sehr deutlich gemacht hat, daß in dieser Zeit die Öffentlichkeit in Deutschland zu diesem Problem eine viel aufgeschlossenere Stellung eingenommen hat, als das vor einem Jahr noch der Fall war.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr richtig!)

Ich glaube, wenn vor einem Jahr diese Einsicht bereits bestanden hätte, daß viele Mißverständnisse, daß viele Aufregungen nicht hätten auftreten brauchen. Aber ich möchte jetzt das Problem wirklich nicht weiter vertiefen. Ich halte auch nicht allzu viel, Herr Kollege Klein, von Ihren sehr spitzfindigen Ausführungen, daß man, wenn man hier Kosten für den Gründungsausschuß einsetzt, gleich das Gesetz ändern muß.

(Abg. Klein [CDU]: Habe ich nicht gesagt!)

Dann habe ich Sie mißverstanden!

Ich schlage Ihnen vor — Herr Dr. Sieling, meine Fraktion wird Ihrer Anregung gern folgen —, wenn Sie sich an dem Ausdruck „Gründungsausschuß" stoßen, sind wir völlig bereit, auch „Gründungshilfe" einzusetzen. Uns kommt es darauf an,

(Beifall bei der CDU)

daß das Geld zur Verfügung steht und daß die Beratung im Senat in der richtigen Form vorgenommen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Wir sind ja jetzt noch in der Beratung, und ich möchte empfehlen, daß von Ihnen dann ein entsprechender Änderungsantrag eingereicht wird, Herr Dr. Sieling, unter Zurückziehung des bisherigen Änderungsantrags.

Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Einige wenige Sätze müssen doch noch gesagt werden. Der Herr Abgeordnete Schepers hat meines Erachtens mit Recht darauf hingewiesen, daß man nicht jeden Stich schon von vornherein verraten kann, weil man bei so diffizilen Verhandlungen, nicht um der Geheimniskrämerei willen, sondern um gewisse Rücksichten zu nehmen auf die, mit denen man sprechen will, nicht alles vorher sagen kann.

Ich habe aber doch den Eindruck, daß einige Ihrer Fragen aus der Fraktion der CDU den Eindruck erwecken sollten oder zwangsläufig erwecken müssen, als könne man nicht antworten. Selbstverständlich kann man darauf antworten! Aber hat es einen Sinn,

(Abg. Schubert [FDP]: Hat keinen Sinn!)

eine Vorberatung, die stattfindet, jetzt in aller Öffentlichkeit auszubreiten, um dann zu riskieren, daß diese Vorberatung gar nicht hätte stattfinden brauchen?

Ich habe auch nicht gesagt, daß wir möglichst schnell einen Beratungsausschuß brauchen. Das stimmt nicht! Ich habe im Gegenteil darauf hingewiesen, daß am 31. Mai auf Initiative des Präsidenten des Wissenschaftsrates, Professor Leussink, eine Frage an mich gestellt worden ist und daß zu gleicher Zeit mir aus Professorenkreisen eine Initiative bekannt geworden ist, sich Bremen als Beratungs- oder Gründungsausschuß zur Verfügung zu stellen. Ich meine, das muß doch einmal ganz klar auseinandergehalten werden. Übrigens habe ich nicht zu entscheiden, ob Göttingen

oder ein Ausschuß als akademisches Beratungsgremium uns zur Verfügung steht, sondern der Senat. Auch das sollte einmal klar herausgestellt werden.

Das Universitätsgesetz, Herr Abgeordneter Klein, wird von der Frage, wer berät, meines Erachtens überhaupt nicht berührt,

(Abg. Klein [CDU]: Das nicht!)

denn auch das Kuratorium könnte durchaus, selbst wenn man eine Universität nähme, besetzt werden von den Vertretern dieser Universität, und zwar im Sinne dieses Gesetzes als Vertretung eines Gründungsausschusses. Denn selbst wenn eine Universität in corpore als Gründungsausschuß auftritt, dann ist es in Praxis doch so, daß sowieso nicht die ganze Universität auftreten kann, sondern diese Universität in ihrem akademischen Senat eine ganz bestimmte Gruppe von Vertretern wählen muß, die dann als Beratungsgremium in Erscheinung treten.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Herr Senator, der Abgeordnete Klein hat die Absicht, eine Zwischenfrage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Senator Thape: Natürlich!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Abgeordneter Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Senator, sind Sie mit mir der Auffassung, daß nach dem bremischen Universitätsgesetz es ausgeschlossen ist, zwei Gründungsausschüsse zu beschäftigen?

Senator Thape: Davon spreche ich doch gar nicht.

Abg. **Klein** (CDU): Sind Sie mit mir der Auffassung, daß Sie sich zwischen diesen beiden Möglichkeiten, einen Gründungsausschuß zu konstituieren, entscheiden müssen?

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Also Mensch! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Natürlich! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Er liest weder Zeitungen noch sonst was!)

Senator Thape: Davon spreche ich seit einem Dreivierteljahr! Seit einem Dreivierteljahr spreche ich davon, daß man sich zwischen diesen beiden Möglichkeiten entscheiden muß. Aber diese Entscheidung liegt beim Senat, und nicht bei mir.

(Abg. Klein [CDU]: Haben Sie eine Meinung dazu? — Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Ich bitte doch, wenn Sie Fragen stellen wollen, Herr Abgeordneter Klein, das Fragemikrophon zu benutzen!

Abg. **Klein** (CDU): Die nächste Frage, wenn Sie gestatten, Herr Senator: Wenn dem so ist, haben Sie dann eine Meinung, welcher Form des Gründungsausschusses Sie persönlich den Vorzug geben?

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eine Meinung hat er!)

Senator Thape: Ich habe eine Meinung, die ich in Kürze dem Senat vortragen werde.

(Abg. Klein [CDU]: Vielen Dank!)

Noch ein kurzer Satz zu der Frage, daß die innere Struktur dieser Universität von mir praktisch hinausgeschoben wird, die Klärung dieser Frage, wie die innere Struktur aussehen soll. Ich darf darauf aufmerksam machen, die Bremische Bürgerschaft, und ich glaube, da waren Sie in Ihrer Fraktion, Herr Klein, nicht anderer Auffassung als die sozialdemokratische Partei, die FDP und auch der Senat, war sich darin einig, daß es beim ersten Gesetz nicht darum ging, die innere Struktur der Universität festzulegen — darum habe ich ja diese ganze Auseinandersetzung nie begriffen, diese Schärfe der Auseinandersetzung —, sondern daß es darum ging, für die Universität eine juristische Grundlage zu schaffen und daß die Fragen der inneren Struktur der Universität, wie sie aussehen soll im Verhältnis von Lehrenden zu Lernenden, überhaupt im ganzen inneren Aufbau, daß das dem zweiten Universitätsgesetz vorbehalten bleiben sollte. Und dieses zweite Universitätsgesetz steht im Augenblick gar nicht zur Debatte.

(Abg. Klein [CDU] lächelt)

Natürlich nicht, Herr Klein, das ist mit Grinsen nicht getan, das ist ein Fakt. Das ist ein Fakt!

Es geht jetzt letzten Endes darum, für die bauliche Gestaltung, die nicht von den Architekten allein entschieden werden kann und auch nicht von den Verwaltungsleuten allein entschieden werden kann, eine akademische Beratung zu haben. Das ist Punkt eins. Und für den zweiten Punkt natürlich auch die Frage der inneren Struktur. Aber daraus wird dieses Hohe Haus auch nicht entlassen. Da können Sie sich nicht allein auf die Universität berufen. Wenn es um die innere Struktur der bremischen Universität geht, dann wird diese Frage nur beantwortet werden können in enger Zusammenarbeit zwischen dem Parlament als Legislative und den akademischen Kreisen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Genau!)

Da kann man nicht sagen, daß nur die Universität allein zu entscheiden hat.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Gerade nicht!)

Ich glaube, darüber sind wir uns völlig im klaren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Die allgemeine Aussprache zum Einzelplan Bildungswesen ist damit geschlossen.

05 Bildungswesen

Wir kommen jetzt zur

Einzelberatung.

0521 Studienseminar.

Hier liegt der Änderungsantrag Nr. 23 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
0521/6760 Studienseminar / Ersatz und laufende Ergänzung der Lehrmittel
Der veranschlagte Betrag von 6 000 DM wird um 4 000 DM auf 10 000 DM erhöht.

Der Änderungsantrag ist unterschrieben vom Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion.

Wer begründet den Antrag?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Er ist ja genügend begründet worden!)

Ich stelle den Änderungsantrag — oh, Frau Spies!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das darf doch nicht wahr sein! Jetzt haben wir doch bald etwas gegen Studienräte!)

Bitte, Frau Spies, Sie haben das Wort zur Begründung des Änderungsantrags.

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! An und für sich brauchte ich diesen Änderungsantrag nicht mehr begründen,

(Zurufe von der SPD)

da der Herr Kollege Franke in seinen Ausführungen mir schon die Zustimmung der SPD-Fraktion zugesichert hatte.

(Abg. Klemmer [SPD]: Jetzt kommt die Entschuldigung!)

Aber ich möchte noch ein Wort dazu sagen, warum meine Fraktion diesen Antrag eingebracht hat, und das betrifft dann auch die Ausführungen von Herrn Senator Thape.

Herr Senator Thape hat gesagt, daß das Studienseminar so sehr stark durch die Zuwendung der Mittel erhöht worden sei. Das mag äußerlich so aussehen. Er hat aber nicht dazu gesagt, daß das Studienseminar bisher nur Studienräte, seit kurzer Zeit aber auch Gewerbe- und Handelslehrer mit umfaßt in der Ausbildung und sich infolgedessen im Aufbau befindet, und darum die Mittel erhöht werden müßten. Das ist das eine. — Dazu möchte ich zu Herrn Franke sagen: Ich hoffe, bei aller Freude über die Zustimmung, die Sie mir gegeben haben, daß die verklausulierte Zustimmung zum Gymnasium nicht bedeutet, daß es in der Gesamtschule aufgehen soll.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr wahr!)

Im übrigen bitte ich Sie um Unterstützung des Änderungsantrags im Interesse des Studienseminars.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schütte.

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist zum Thema Studienseminar in der allgemeinen Aussprache so viel gesagt worden, daß Weiteres sich im Grunde erübrigen müßte. Wir sind uns, glaube ich, alle einig, daß auf dem Sektor Bildung gar nicht genug getan werden kann. Und wenn Kollege Franke gesagt hat, es wird überall etwas getan, nur, wir können eben nicht mehr tun, es ist an allen Ecken zu wenig, dann muß ich dem doch in etwa, was das Studienseminar anlangt, widersprechen. Ich habe mir erlaubt, dieses Studienseminar zu besichtigen. Ich hoffe, ich habe damit meine Kompetenzen als Deputationsmitglied nicht überschritten.

(Abg. Götze [SPD]: Das können Sie im Deputationsgesetz nachlesen, welche Rechte Sie haben!)

Schönen Dank, Herr Götze! Ich habe nachgelesen; darum meine Zweifel.

Also ich habe es getan und wollte dazu jetzt nur sagen, es geht in dem Fall Studienseminar nicht nur um die Vergrößerung der Zahl der Referenten, die sich fast verdoppelt hat. Es geht vor allem um die Vergrößerung der Fachgruppen, und der nächste Änderungsantrag, der schon mit einbezogen werden kann, handelt ja auch von dem Aufstocken der Bibliothek, und es ist wohl ganz einwandfrei klar, daß, wenn man 40 Fachgruppen in einem Seminar zu bedienen hat, auch die Bibliothek entsprechend dotiert werden muß und daß man Vergleiche zur PH in dem Fall nicht ziehen kann.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Frau Abgeordnete Schütte, der Abgeordnete Franke hat die Absicht, eine Frage an Sie zu richten. Sind Sie bereit, sie zu beantworten?

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Bitte!

Vizepräsident Dr. Zander: Bitte, Herr Abgeordneter Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Frau Kollegin, ich wollte nur fragen, ob Sie vielleicht auch das Schulpraktische Institut einmal besuchen können? Sie würden dann nämlich spüren, daß das Studienseminar im Vergleich mit anderen Einrichtungen eigentlich so schlecht nicht dasteht.

Abg. Eva **Schütte** (FDP): Ich wollte nicht gleich zwei Sünden auf mich laden und bin erst einmal nur im Studienseminar gewesen. Aber auf Ihre Anregung und Verantwortung hin gehe ich bestimmt auch zum Schulpraktischen Institut.

Ich hoffe, daß ich nur offene Türen einrenne, was den Antrag für das Studienseminar anlangt, wenn wir darüber abstimmen, ob wir die Gelder erhöhen. Ich finde, schon die Tatsache der 40 Fachgruppen, die ich bereits erwähnt habe, ist Grund genug, zu sagen, daß die Mittel zu gering sind, um allen Anforderungen des Seminars gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Die Aussprache über diesen Änderungsantrag ist geschlossen.

Ich stelle den Änderungsantrag nunmehr zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist angenommen.

(Einstimmig)

Als weiterer Änderungsantrag, ebenfalls zum Studienseminar, liegt der Änderungsantrag Nr. 24 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
0521/6763 **Studienseminar** / Bibliothek
Der veranschlagte Betrag von 7 000 DM wird um 3 000 DM auf 10 000 DM erhöht.

Der Änderungsantrag ist unterzeichnet vom Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion.

Soll der Änderungsantrag begründet werden, Herr Dr. Sieling?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Ist nicht erforderlich!)

Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist angenommen.

(Einstimmig)

0551 Landeskonservator

Hier liegt der Änderungsantrag Nr. 25 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
0551/neu **Landeskonservator** / Planungskosten für die Errichtung einer Halle zur Aufbewahrung der in den Neustädter Häfen 1962 wiedergefundenen Reste einer mittelalterlichen Kogge zum Zwecke der Konservierung
Als Planungskosten werden 50 000 DM veranschlagt.

Der Änderungsantrag ist unterschrieben vom Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion.

Herr Abgeordneter Schepers hat das Wort zur Begründung.

Abg. **Schepers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Der Taucher!)

Ja, der Taucher!

(Heiterkeit — Abg. Schubert [FDP]: Rittersmann oder Knapp?)

Hätte dieses Hohe Haus vor einigen Jahren beschlossen, in Bremerhaven einen neuen Hafen zu bauen,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Hätten wir nichts gefunden!)

wäre diese Kogge nie ans Tageslicht gekommen und

(Heiterkeit)

wären die Fluchtlinien der einzelnen Hafenbecken anders gelegt worden,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Den Bremerhavenern ist aber auch nicht zu trauen!)

hätten vielleicht einige ebenso dankbar gelächelt und ein Stoßgebet nach oben geschickt.

(Zuruf der Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD])

Vielleicht hätten wir das verlegen können. Ich weiß es nicht.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Keine Unterhaltung bitte!

Abg. **Schepers** (CDU): Auf jeden Fall gibt es verschiedene Meinungen über die Kogge. Ich meine aber, daß diese 1962 gefundene Kogge einen einmaligen Fund darstellt, zumindest für den norddeutschen Raum und für unsere Hansestadt Bremen. Wir haben uns in der Deputation für Kunst und Wissenschaft seit Jahr und Tag damit beschäftigt. Es wird an so vielen Versuchen herumlaboriert. Dazu kann ich mich nicht äußern. Ich kann mich nur zu den verschiedenen Vorschlägen äußern. Sie sollte in Schönebeck stehen, sie sollte ins Focke-Museum; dann ist vorgeschlagen worden, jenseits der Weser, Neustädter Häfen, vielleicht mit einem Aussichtsturm verbunden. Alles andere entzieht sich bis heute meiner Kenntnis. Der letzte Stand der Dinge ist, daß Ihnen die Deputation für Kunst und Wissenschaft keinen Vorschlag unterbreiten kann, was an Kosten für diese Aufbewahrung entsteht,

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Haben Sie denn eine Vermutung?)

die wissenschaftlich notwendig ist und auch aus musealen und schiffshistorischen Gründen für unser Land Bremen eine Notwendigkeit darstellt. Da wir

von seiten der Deputation keinen Vorschlag machen, mit welchen Kosten dies zu bewerkstelligen ist, Investitionskosten und Folgekosten,

(Abg. Boljahn [SPD]: Wollen Sie nicht einen Antrag stellen?)

— nein, Herr Boljahn, das wollen wir nicht —, auf der anderen Seite aber durch die Fachleute gezwungen sind, in diesem Jahr eine Entscheidung zu treffen, und zwar im positiven Sinne, sollen diese Reste nicht für dauernd verlorengehen, so meinen wir, daß zumindest Planungskosten in den ordentlichen Haushalt eingesetzt werden müßten, um zügig voranzukommen und im nächsten Jahr mit der Errichtung einer Halle beginnen zu können.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Haha!)

Deshalb bitte ich um Ihre Zustimmung zu diesem Änderungsantrag.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Czichon.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man kann sich nicht immer aussuchen, wo der Blitz einschlägt, ob im Haus des Nachbarn oder im eigenen. Er hat nun mal bei uns eingeschlagen in Form der Kogge, und das ist eine Situation, mit der wir fertig werden müssen.

Ihnen allen ist das Problem wohl vertraut aus der Presse. Und auch in den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres schwamm die Kogge schon wie ein „Fliegender Holländer" herum, der jedem Angst einflößte, der davon hörte, wegen der Kosten, die damit verbunden sind. Wir stehen jetzt vor der Frage, ob wir diese Kogge in sichere Gewässer überführen oder ob wir sie stranden lassen wollen. Es besteht wahrscheinlich in diesem Hohen Hause Einmütigkeit darüber, daß die Entscheidung über das Schicksal der Kogge zwar formell in die Zuständigkeit der Deputation für Kunst und Wissenschaft fällt, daß aber die politische Kompetenz dieser Deputation damit überstrapaziert wird, und zwar vor allem wegen der kulturhistorischen Bedeutung der Kogge. Sie wissen, daß die Kogge das einzige erhaltene Großschiff aus der Blütezeit der Hanse, aus dem 14. Jahrhundert, ist und daß ein Verzicht auf die Erhaltung der Kogge zumindest in der Fachwelt, vielleicht auch darüber hinaus internationales Echo auslösen würde, so daß ein solcher Verzicht aus diesem Grunde nicht von der Deputation, sondern, wenn überhaupt, von diesem Hohen Hause ausgesprochen werden muß.

Andererseits aber ist die Summe, die für die Erhaltung der Kogge notwendig ist — und es handelt sich hier um einen Betrag von 3 Millionen DM —, eine so bedeutende Summe, daß sie zwar im Rahmen des Gesamthaushalts nicht sehr eindrucksvoll ist, aber in dem mehr ideell als materiell ausgestatteten Bereich von Kunst und Wissenschaft ist es eben doch ein großer, ein gewaltiger Brocken. Das ist also ein Problem, über das dieses Hohe Haus in nächster Zeit zu entscheiden hat. In nächster Zeit, denn wir stehen hier unter starkem Zeitdruck. Der Aufbau der Kogge muß Anfang 1971 beendet sein. Dann muß die Kogge, wenn sie erhalten werden soll, in diese Konservierungsflüssigkeit voll eingetaucht werden. Die Montagezeit beträgt mindestens zwei Jahre. Es muß also mit der Montage spätestens Anfang 1969 begonnen werden, dann muß das Kogge-Haus im Rohbau fertig sein. Das heißt also, daß mit Planungskosten allen hier nichts getan ist.

Wir werden, wenn nicht die Entscheidung, die wir zu treffen haben, durch den Zahn der Zeit betroffen sein soll, sehr schnell die Dinge hier beraten und zu entscheiden haben. Die Deputation für Kunst und Wissenschaft wird in ihrer nächsten Sitzung die Dinge abschließend beraten und dann dieses Hohe Haus um eine Entscheidung in dieser Frage bitten. Es scheint mir unmöglich, daß die Entscheidung gewissermaßen so nebenher im Rahmen der Haushaltsberatungen durch Bewilligung von Planungskosten oder durch Bewilligung einer ersten Rate getroffen wird. Es wäre uns mit diesen Planungskosten nichts geholfen; denn wie ich eben schon darstellte, müssen auch die Baukosten zu einem erheblichen Teil in diesem Jahr bereitgestellt werden.

Es scheint mir auch unmöglich, daß diese Mittel aus dem außerordentlichen oder, sofern es sich um die Planungskosten handelt, aus dem ordentlichen Haushalt kommen. Wenn eine positive Entscheidung getroffen wird, dann muß die Deputation für Kunst und Wissenschaft mit diesem Brocken im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Lotto-Mittel fertig werden zu Lasten aller anderen, sehr dringlichen Projekte, die in diesem Bereich notwendig sind. Das heißt auch, daß man das Problem der Kogge nicht isoliert betrachten kann, sondern daß man es in den Gesamtrahmen einer mittelfristigen Planung im Bereich Kunst und Wissenschaft hineinstellen muß.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung. Der finanzielle Rahmen, der uns in der Deputation für Kunst und Wissenschaft zur Verfügung steht, ist so gering, daß wir bei einer positiven Entscheidung dieses Hohen Hauses nicht umhin können werden, auch an die finanzielle Opferbereitschaft derjenigen Kreise zu appellieren, für die die Kogge als Symbol hansischer Schiffahrt und bremischen Handels eine ganz besondere Bedeutung hat.

(Beifall bei SPD und CDU)

Es gibt viele Beispiele hochherzigen Mäzenatentums in Bremen —

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Ihre Redezeit ist beendet.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Ich bin mitten im Satz, den ich vielleicht zu Ende sprechen darf.

Vizepräsident Dr. Zander: Sprechen Sie ihn bitte zu Ende.

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): — und ich hoffe, daß im Falle einer positiven Entscheidung die Spenden, die wir für diese Kogge erbitten werden, ein erneutes Beispiel, ein erneuter Beweis dieses Mäzenatentums sein werden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Schubert.

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Liebe CDU, gerade eben haben wir Ihnen

(Heiterkeit bei der CDU)

4 000 DM und 3 000 DM konzediert. Das waren ganz begrenzte Mittel. Wenn wir Ihnen jetzt 50 000 DM konzedieren als einen Betrag, der doch gewissermaßen in den Haushalt hineinfließt, so könnten daraus ganz schnell 3 Millionen DM werden. Das können wir nicht verantworten. Das will der Senat auch gar nicht. Auf diese Art und Weise geht es nicht. Wir sind uns alle darüber einig, daß etwas geschehen muß. Herr Dr. Czichon hat schon recht eingehende Ausführungen darüber gemacht. Ich will auch gern das Wort vom Mäzenatentum aufgreifen, obwohl unsere Mäzene ja arm geworden sind; das wissen wir. Aber Lotterie und so weiter, irgendwelche Methoden müssen gefunden werden, damit diese Kogge für Bremen erhalten bleibt. Aber es kann keine Angelegenheit des Haushalts und auch nicht des außerordentlichen Haushalts werden. Das ist einfach nicht drin.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Ich schließe damit die Debatte über den Änderungsantrag Nr. 25 und stelle ihn jetzt zur Abstimmung.

Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist somit abgelehnt.

(Dafür CDU und NPD)

056 Landeszentrale für politische Bildung

Der nächste Änderungsantrag, Nr. 26 unterschrieben von Herrn Dr. Sieling und der CDU-Fraktion:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
056 Landeszentrale für politische Bildung
Für die Landeszentrale für politische Bildung werden 19 000 DM veranschlagt.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Änderungsantrag Nr. 26 wird zurückgezogen, weil er durch Änderungsantrag Nr. 15 erledigt ist!)

Damit ist der Änderungsantrag Nr. 26 erledigt!

058 Universität

Hier liegt der Änderungsantrag Nr. 27 vor, der vom Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion eingereicht wurde:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
058/300 **Universität** / Kosten des Gründungsausschusses
Die Haushaltsstelle wird gestrichen.

Dieser Änderungsantrag wurde inzwischen von den Antragstellern zurückgezogen und durch folgenden Änderungsantrag Nr. 28 ersetzt:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
058/300 **Universität** / Kosten des Gründungsausschusses
Die Bezeichnung der Haushaltsstelle erhält folgende Fassung: „Kosten für Gründungshilfe"

Eine Begründung dieses Änderungsantrags dürfte nach den vorhin gepflogenen sehr langwierigen Erörterungen nicht erforderlich sein. Ich stelle den Änderungsantrag daher jetzt zur Abstimmung.

Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Mehrheit.

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Jetzt machen wir eine Pause bis 16.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 16.12 Uhr)

*

Vizepräsident Dr. Zander eröffnet die Sitzung wieder um 16.45 Uhr.

Vizepräsident Dr. Zander: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir befinden uns weiterhin in der Einzelberatung des ordentlichen Haushalts, und zwar beim Einzelplan 05 Bildungswesen, 058 Universität.

Ich rufe jetzt auf den Änderungsantrag Nr. 29, der vom Abgeordneten Brouwer und der NPD-Fraktion eingereicht wurde:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968
058/960 **Universität** / Vorbereitungskosten für die Errichtung einer Universität
Die Haushaltsstelle erhält als Fußnote folgenden Sperrvermerk:
Verpflichtungen aus diesem Haushaltstitel sowie Zahlungen dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Finanzdeputation übernommen bzw. geleistet werden.

Das Wort zur Begründung dieses Änderungsantrags hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, zur Begründung dieses Änderungsantrags verweise ich am besten auf die Worte des Herrn Präsidenten des Senats von heute vormittag und möchte unserer Meinung Ausdruck geben, daß wir erst dann weitere Mittel für die Universität verplanen und auch eventuell zur Zahlung freigeben sollten, wenn mit Sicher-

heit die Durchführung des Projekts gegeben ist. Das ist lediglich der Zweck unseres Antrags, weil wir meinen, daß die Dotierung in diesem Haushalt Veranlassung geben könnte, bereits Verpflichtungen einzugehen, die dann auch bei dem Scheitern dieses Projekts, was wir nicht hoffen, unabwendbar auf uns zukommen und uns zur Zahlung veranlassen könnten. Deshalb unser Änderungsantrag.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Friedrich Meier.

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Haushaltsstelle 058/960 geht es um die Vorbereitungskosten für die Errichtung einer Universität in Höhe von 10,8 Millionen DM. In Verbindung damit sehen muß man die Haushaltsstelle 058/030, das heißt die Kostenerstattung aus dem Länderfonds zur Einrichtung neuer wissenschaftlicher Hochschulen, wo wir vom Bund beziehungsweise aus diesem Länderfonds eine Summe von rund 3,3 Millionen DM erhalten, so daß der Eigenanteil hier in dieser Ausgabestelle für das Land Bremen 7,4 Millionen DM ausmacht.

Wir als SPD-Fraktion lehnen den Antrag der NPD ab, um künftige Verhandlungen über die Universität nicht zu erschweren, denn wir glauben, wir sollten alles verhindern und daran setzen, nicht im Haushaltsplan zum Ausdruck zu bringen, daß in irgendeiner Form draußen in den Bundesländern oder beim Bund der Eindruck entstehen könnte, wir wollten hier Einschränkungen vornehmen. Es geht hier im wesentlichen um den Ausbau der Universitätsbibliothek, der schon in einem erheblichen Umfang vorgenommen worden ist. Darüber sprechen wir wahrscheinlich noch im Stadthaushalt. Es geht aber auch um Erschließungsmaßnahmen, die angekündigt und angesprochen worden sind.

Ich darf aber noch auf etwas Weiteres hinweisen. Mir scheint dieser Zusatz der NPD deswegen überflüssig zu sein, weil es sich hier um einmalige Ausgaben des Haushalts handelt, und da die einmaligen Ausgaben den Bewirtschaftungsmaßnahmen des Senats und der Finanzdeputation unterliegen und wir jederzeit im Rahmen der Finanzdeputation die Möglichkeit haben, bei der Freigabe der einmaligen Ausgaben auch dort noch einiges zu sagen. Ich darf also im Namen der SPD-Fraktion bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Filzen.

Abg. **Filzen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hat sich mit dem Antrag der NPD-Fraktion beschäftigt. Aber Herr Kollege Meier hat schon recht: Da die Kontrolle bei der Finanzdeputation und beim Haushaltsausschuß liegt, glauben wir, daß wir auch diesen Antrag ablehnen sollten, weil er nach außen hin die Gefahr in sich birgt, daß unsere Verhandlungen mit den anderen Ländern dabei gestört werden könnten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich stelle daher jetzt den Änderungsantrag der NPD zur Abstimmung.

Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür NPD)

059 Sonstiges Bildungswesen

Ich rufe auf den Änderungsantrag Nr. 30:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1968

059/neu **Sonstiges Bildungswesen** / Zuschuß an die Forschungsstelle für Physikalische Medizin e. V.

Als Zuschuß an die Forschungsstelle für Physikalische Medizin e. V. werden als fortdauernde Ausgaben 65 000 DM veranschlagt.

Der Änderungsantrag ist eingereicht vom Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion.

Das Wort zur Begründung des Änderungsantrags hat der Abgeordnete Schepers.

Abg. **Schepers** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Forschungsstele für Physikalische Medizin besteht seit etwa zehn Jahren in Bremen und beschäftigt sich mit der technisch-wissenschaftlichen Erarbeitung elektronischer Hilfsmittel für die Medizin, vor allen Dingen für die Diagnostik und Überwachung von werdenden Müttern und werdenden Kindern. Diese Forschungsstelle ist bereits in den Jahren 1959 bis 1962 aus Mitteln des Senators für das Gesundheitswesen in Höhe von 185 000 DM unterstützt worden und hat auch vor anderthalb Jahren aus den Mitteln des Haushalts

(Abg. Hauptmann [FDP]: Aus Lottomitteln!)

oder aus Lottomitteln — —

(Abg. Schubert [FDP]: Das ist ein Unterschied!)

Ja, ich weiß! — Immerhin hat diese Stelle dieses Geld vom bremischen Senat bekommen. Dies war die Voraussetzung auch für die sonstige Unterstützung durch das Bundesgesundheitsministerium und für die Unterstützung durch die VW-Stiftung.

Seit zwei Jahren steht der Senator für das Gesundheitswesen auf dem Standpunkt, daß diese Forschungsstelle für Physikalische Medizin in den Bereich des Senators für das Bildungswesen hineingehöre, weil er sich ja laufend mit der Wissenschaft und der Universität zu beschäftigen habe. Es war

*) Vom Redner nicht überprüft.

nicht ganz klar, aus welchen Gründen das geschehen ist. Ich kann mir aber vorstellen, daß es für den Senator für das Gesundheitswesen und die Deputation für das Gesundheitswesen eine gewisse Erleichterung bedeutete, das nun an den Senator für das Bildungswesen abgeben zu können und an die Deputation für Kunst und Wissenschaft. Diese Tatsache darf aber nicht dazu führen, daß die Arbeit, die dort seit zehn Jahren geleistet worden ist — und geleistet wird, auch anerkanntermaßen nicht nur durch deutsche Stellen, sondern auch durch ausländische Stellen anerkannt ist —, daran scheitert, daß wir nicht bereit sind, die notwendigen Mittel zu bewilligen. Nunmehr nicht nur aus Gründen des Haushalts, sondern aus Gründen, die darin liegen, daß die sonstigen Stellen, die Zuschüsse gewährt haben, ihre zukünftigen Zuschüsse davon abhängig machen, daß Bremen nun mit ordentlichen Mitteln eintritt, um hier einen Grundstock zu schaffen, dem sie dann den Zuschuß auch nicht verweigern würden, um diese bedeutungsvolle und wertvolle Arbeit wissenschaftlich-physikalischer Medizin hier fortführen zu können.

(Zuruf von der SPD: Geschäfte gemacht!)

Und es scheint mir sehr bedeutsam zu sein, daß gerade in den Mauern unserer Stadt hier ein Arzt solche Dinge entwickelt und seine Hingabe dadurch bewiesen hat, daß — —

(Zuruf von der SPD: Geschäfte machen!)

Ich höre immer „Geschäfte machen". Ich möchte das überhört haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Diesen Hinweis auf den privaten Beruf von Abgeordneten oder Antragstellern muß ich mir verbitten.

(Beifall bei der CDU)

Es scheint hier dieser Hinweis doch gerechtfertigt zu sein.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wen meinen Sie denn?)

Es geht um den, der hier dazwischengerufen hat „Der macht Geschäfte".

(Zuruf von der SPD: Wer ist der?)

Wer ist der? Bitte, dann stellen Sie sich doch hier hin und nennen den Namen.

(Abg. Ströh [SPD]: Fühlen Sie sich denn betroffen?)

Ich nicht! Herr Ströh, wir beide können miteinander doch keine Geschäfte machen wegen dieser Forschungsstelle.

(Abg. Ströh [SPD]: Eben, eben!)

Ich glaube aber, daß diese Arbeit, die hier geleistet worden ist, wirklich der Anerkennung bedarf und daß wir nunmehr den Schritt tun sollten, diese Stelle mit einem Betrag von 65 000 DM zu etatisieren, denn den Fraktionen sind auch Gutachten zugegangen, aus denen diejenigen, die sich in den Fraktionen damit beschäftigt haben, ja sehen können, um welche wertvolle Arbeit es sich hier handelt.

Nach meine Information ist vom Senatsdirektor für das Gesundheitswesen, Herrn Dr. Koch, ein Gutachten in dieser Angelegenheit angefordert worden. Leider liegt mir das nicht vor. Eine weitere Information besagt, daß dieses Gutachten von Göttingen für die VW-Stiftung erstellt worden ist und nicht speziell zu diesem Antrag und zu dieser Etatisierung mit 65 000 DM im Haushalt 1968 für diese Forschungsstelle für Physikalische Medizin. Ich bitte Sie, aus den genannten Gründen, einmal, um diese wisenschaftliche Einrichtung für Bremen zu erhalten, zum zweiten auch diese Arbeit, die dort geleistet wird, anzuerkennen, und drittens sicherzustellen, daß in Zukunft mit Hilfe außerbremischer Stellen auch diese Arbeit fortgeführt werden kann und bitte Sie deshalb um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Schelter.

Abg. **Schelter** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schepers hat eben dargelegt, welche Aufgaben Herr Dr. Sokol mit seiner Forschungsstelle betreibt. Ich würde sagen, in sehr positivem Sinne. Das ist auch dadurch unterstützt worden, daß die Deputation für das Gesundheitswesen nicht 185 000 DM, sondern 250 000 DM in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt hat. Ich glaube, wir sollten nicht darüber streiten, wo nun die Forschungsstelle, wenn es dazu käme, untergebracht oder etatisiert werden soll, beim Bildungswesen oder beim Gesundheitswesen. Forschung gehört ganz klar zum Bildungswesen.

Aber nun zum eigentlichen Kern. Die Gesundheitsdeputation und auch andere Stellen haben Mittel zur Verfügung gestellt in der Hoffnung und auch in der Annahme, meine Damen und Herren, daß Herr Dr. Sokol mit seiner Physikalisch-medizinischen Forschungsstelle Anschluß an die Industrie bekommt. Er hat auch hier in Bremen eine Firma, die seine Apparate vertreibt. Großen Gewinn — das geben wir zu — wirft diese Forschungsstelle nicht ab. Zugegeben, es sind auch namhafte Bremer Persönlichkeiten im Kuratorium vertreten. Das besagt aber nichts über die Schwergewichtigkeit. Ich bin der Meinung, daß ein Forschungsbetrieb, auf zwei Augen abgestellt, mit einigen sekundären Mitarbeitern, nicht in der Lage ist, der deutschen Forschung in der Form behilflich zu sein, wie es an sich sein müßte. Ich möchte auch nicht sagen, daß es eine Hobby-Forschung ist; das wäre genauso falsch. Aber es ist schon von Anfang an von namhaften Professoren uns Laien gesagt worden, daß es

sehr nützlich und unbedingst notwendig sei, daß diese Forschungsstelle von Format sich einer Universitätsklinik angliedere. Dann sei einmal das Krankengut da, zum anderen die Klinikdirektoren, die Professoren, so daß ein kontinuierliches Arbeiten dort gewährleistet sei.

Das war eigentlich der rote Faden, der immer durch die Deputationsberatungen ging. Und wir sind mit den Damen und Herren der FDP und der CDU der Meinung, daß wir immer Zweifel hatten: Kann man es eigentlich verantworten, diese Mittel abzulehnen, das heißt, in einen Haushalt einzustellen? Der Bildungssenator hat dann mitgeteilt, daß der Gründungsausschuß sich auch mit dieser Forschungsstelle befaßt habe, und die Darlegungen von Professor Bargmann vom ehemaligen Gründungsausschuß haben die Deputation für Kunst und Wissenschaft, die jetzt zuständig ist, veranlaßt, von einer Etatisierung im Haushalt abzusehen. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit gesagt haben. Wir als Laien haben uns der Fachleute bedient, und im Hinblick auf die spätere Universität haben wir gemeint, wir müßten wohl die kompetenten Leute fragen. Und diese Leute haben uns Auskunft gegeben nicht etwa derart, diese Forschungsstelle tauge nichts — das wäre völliger Unsinn —; aber es sind Darlegungen gemacht worden, die die Deputation für Kunst und Wissenschaft veranlaßt haben, davon abzusehen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Das war „ein Leute": Professor Bargmann!)

Na ja, ich wollte damit zum Ausdruck bringen: Wenn Herr Professor Bargmann zufällig Mediziner ist und er sich seiner Kollegen der Fachsparte bedient und es dann herauskommt als eine Meinung des Gründungsausschusses, so wage ich das nicht zu bezweifeln, und ich muß es wohl von einem Mediziner hinnehmen. Sie können da anderer Auffassung sein.

Aber das hat eigentlich nicht genügt. Dieses Gutachten, das von Herrn Schepers zu Recht angesprochen worden ist, ist erstellt worden von dem bekannten Professor Kirchhoff, der nicht nur Präsident der Deutschen Gesellschaft für Frauenheilkunde ist, sondern auch zugleich Direktor der Universitäts-Frauenklinik in Göttingen, also kein Geringerer als er, hat sich mit dieser Sache befaßt. Und es ist, glaube ich, ein Streit, der hier im Parlament nicht ausgetragen zu werden braucht, ob dieses Gutachten direkt von der Gesundheitsverwaltung oder indirekt zu uns gelangt ist. Das ist für mich sekundär. Ganz klar, Herr Schepers, ist, daß die Volkswagen-Stiftung dieser Forschungsstelle insgesamt, wenn ich mich nicht irre, 198 000 DM in zwei Raten zur Verfügung gestellt hat und damit letztmalig. Aber sie hat sich allen Ernstes wohl auch Überlegungen hingegeben wie wir auch: Kann man wohl etwas Weiteres tun? Und so hat die Stiftung Volkswagenwerk ein Gutachten erstellen lassen, das der Professor nach meiner Auffassung auch der Bremer Gesundheitsverwaltung zur Verfügung gestellt hat, weil es um die gleiche Forschungsstelle geht, nur um einen höheren Betrag, aber im Grundsatz den Kern ganz genau trifft.

Darüber hinaus muß man sagen, daß die Geräte, die zweifellos zur Kinder- und Säuglingssterblichkeit beitragen — —

(Schallende Heiterkeit)

— zur Verminderung, Entschuldigung, zur Verminderung! Aber ich bin ganz angetan, daß Sie meinen Ausführungen folgen; das gibt mir also Mut, noch etwas mehr dazu zu sagen.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Zander: Aber gleichwohl, Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Erneute Heiterkeit)

Abg. **Schelter** (SPD): Herr Präsident, entschuldigen Sie. Die Mahnung muß ich natürlich hinnehmen.

Es ist nicht so, daß Herr Dr. Sokol auf diesem Gebiet allein in der Welt dasteht. Er hat keinen Anschluß an deutsche Universitäten gesucht und gefunden, sondern — das möchte ich damit nicht etwa zweitrangig darstellen — zu einer Wiener Universität, die auch bekannt ist. Aber an eine deutsche Universität hat er sich in dieser Beziehung noch nicht gewandt. Und diese Geräte, die er konstruiert hat, die wirklich gut sind, werden nicht nur von ihm hergestellt; auch von anderen Firmen. Es ist nun nicht so, daß ein Kind nur in seinem Vakuum-Extraktor zur Welt kommen kann, es kann auch meinetwegen ein „Vakuum-Extraktor Kulenkampff" sein, so heißt der andere „Sokol". Das kann also sehr gut möglich sein.

Aus den dargelegten Gründen bittet meine Fraktion, den Antrag abzulehnen. Wir können nur hoffen, daß es Herrn Sokol mit seiner genialen Fähigkeit gelingt, an einer deutschen Universität Fuß zu fassen. Das wünschen wir ihm.

(Beifall bei SPD und FDP)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Dr. Lienhoop.

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Leider hat mir Herr Schelter den meisten Wind schon aus den Segeln genommen, so daß ich nur noch ergänzend zu einigen Punkten etwas beizutragen habe.

Das physikalische Forschungsinstitut mit dem Ein-Mann-Betrieb ist uns in der Gesundheitsdeputation seit zwölf Jahren gut bekannt. Wir waren auch, beinahe möchte ich sagen, emotionell getragen, diesem Forschungsinstitut mit seinen Tendenzen der Betreuung werdender Mütter und dem Schutz des pränatalen Lebens volle Unterstützung zu geben. Im Laufe der Jahre hat sich bei uns aber ein wachsendes Mißbehagen in der Gesundheitsdeputation eingestellt, der ich zwölf Jahre anzugehören die

Ehre habe, weil einfach die Relation der Ergebnisse zu den aufgewandten Mitteln in keinem rechten Verhältnis mehr stand und wir jetzt auch berechtigte Zweifel haben, ob die nun noch angeforderten Mittel zu den Aufgaben, die Herr Dr. Sokol sich gestellt hat, nun weiter in Relation zu bringen sind.

Wir glauben, daß die Aufgaben so schwer und technisch so diffizil sind, daß sie in diesem Fall nicht von der ärztlichen Seite, sondern von der technischen Seite unter Zuhilfenahme der Medizin durchgeführt werden müßten. Wir wissen um die Problemstellung. Wir wissen, wie wichtig die Fragen sind, die hier aufgeworfen werden. Die Probleme sind außerordentlich wichtig. Und wir wissen auch, daß Herr Sokol sehr begabt ist und interessante Beiträge geliefert hat, daß aber jetzt die Aufgabenstellung, die er angedeutet hat — noch etwas verschwommen, aber immerhin angedeutet hat —, so groß ist, daß sie eben unserer Ansicht nach von ihm allein nicht bewerkstelligt werden kann. Ich darf Ihnen ein Beispiel geben: Die Mediziner kennen die Kobaltbombe als neuestes Ereignis der Physik zur Bekämpfung des Krebses. Die Kobaltbombe wird gemeinsam bedient von einem Arzt und einem Diplomingenieur, zu beiden Teilen gleichwertig, weil der Arzt gar nicht mit der Technik dieser Kobaltbombe umgehen kann. Sie müssen hier in Teamarbeit vorangehen.

Diese Teamarbeit ist das, was ich hier voranstellen möchte. Wir von der FDP wollen nicht irgendwie forschungsfeindlich sein, im Gegenteil, wir würden alles für die Forschung tun. Nur, wir möchten dieses Institut in ein anderes Gewand gekleidet sehen beziehungsweise dieses Institut einem, wie Herr Schelter schon mit Recht sagte, anderen Institut angegliedert sehen, das ihm einmal die finanzielle Betreuung, sodann auch die klinische Möglichkeit der Erprobung des Geräts ermöglicht und somit die geforderten Gelder — die wir später, nach einem Jahr vielleicht, zu geben durchaus bereit wären — besser angewandt sind, als es jetzt zu sein scheint. Dieser Ein-Mann-Betrieb ist so, daß wir glauben, daß das Geniale, was drinsteckt, wohl im Ansatz vorhanden ist, aber der Ausweitung und der segensreichen Anwendung anderer Mittel bedarf, vor allen Dingen einer sogenannten Teamarbeit.

Daher muß ich leider bitten, diesem Antrag nicht zuzustimmen, bevor eine wesentliche Umkonstruierung dieses Forschungsintituts, des jetzigen Ein-Mann-Betriebes, erfolgt ist.

(Beifall bei FDP und SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin sehr traurig, muß ich ehrlich sagen, daß Herr Schelter und eben auch noch Herr Dr. Lienhoop gegen unseren Antrag — zwar in einer netten Formulierung, aber doch bestimmt — Stellung genommen haben. Es war interessant, zu hören, was beide gesagt haben. Ich muß hinzufügen, daß einiges darin enthalten war, was mir Anlaß gibt, darüber nachzudenken. Aber damit ist uns ja im Moment nicht geholfen. Herr Dr. Lienhoop hat eben gesagt, man sollte doch vielleicht noch ein Jahr warten und dem Institut eine andere Form geben. Ich habe Sie so verstanden, Herr Dr. Lienhoop, als ob Sie unbedingt dafür wären, daß Herr Dr. Sokol sich einer deutschen Universität anschließt. Im Prinzip ist nichts dagegen zu sagen. Aber jeder Mensch läßt sich nicht in eine bestimmte Form, in ein bestehendes Institut hineinpressen.

(Abg. Götze [SPD]: Dann müßte er freischaffender Künstler sein! — Abg. Ströh [SPD]: 60 000 DM aus öffentlichen Mitteln!)

Ich meine, es wäre schade, wenn man diese Eigeninitiative, die ja vorhanden ist und die nicht nur uns, sondern auch Herrn Dr. Sokol schon sehr viel gekostet hat — davon bin ich überzeugt —, irgendwie ersticken würde. Ich halte diese Arbeit — da waren wir uns ja auch einig — für sehr wichtig und für dringend erforderlich. Gerade auf diesem Sektor der Medizin sind wir in der Bundesrepublik eben nicht so weit, wie man es im Ausland ist. Wir sollten da zwar keinen falschen Ehrgeiz entwickeln und nun immer vorn sein wollen, aber ich meine, es stände uns ganz gut an, wenn auch wir hier ein solches Forschungsinstitut in unseren Mauern finanziell unterstützen würden.

Sie sagten ja auch, daß Sie davon überzeugt seien, daß der Leiter dieses Instituts, Herr Dr. Sokol, unbedingt über die technische und physikalische Begabung verfüge, die notwendig ist, um einer solchen Forschungsstelle vorzustehen. Ich fände es bedauerlich, wenn wir ihm seine Arbeitsmöglichkeit beschneiden würden. Er arbeitet jetzt unter wirklich schwierigen Bedingungen. Hier macht er ja wohl die ersten technischen Entwicklungen auf elektronischem Gebiet, um sie dann in der Universitätsklinik in Wien, wo man ihm die Möglichkeit gibt, Personal und Räume in Anspruch zu nehmen, klinisch zu erproben. Hier in Bremen in unseren Kliniken ist der Raum ja sehr knapp, und Personal würden wir ihm wahrscheinlich auch nicht zur Verfügung stellen. Ich glaube, er kann es einfach seiner Familie gegenüber nicht mehr verantworten, seine Praxis nur halbtags zu betreiben, um sich nachmittags weiter den Forschungen zu widmen. Ich meine, es wäre wirklich schade, wenn diese Arbeit zum Erliegen käme.

Es wird für Sie schwer sein, meine Herren, sich in die Lage einer Mutter zu versetzen, die ein ungesundes Kind zur Welt bringt. Das ist eine entsetzliche Enttäuschung, wenn man voller Freude und Erwartung und voller guter Wünsche so etwas erleben muß. Wenn aber einem Kind am Ende der Schwangerschaft oder gar während der Geburt etwas passiert, worunter es dann sein Leben lang zu leiden hat, ist das noch viel schlimmer. Aus diesem Grunde fühle ich mich einfach gezwungen, noch einmal an

Sie zu appellieren, sich zu fragen, ob es nicht doch möglich ist, daß wir diese Forschungsstelle etatisieren. Ich meine, daß Herr Dr. Sokol sich, wenn wir ihm unsere Wünsche hinsichtlich der Verwendung der Gelder mitteilen, unseren Wünschen fügen wird. Ich bitte Sie also nochmals herzlich, doch unserem Antrag zuzustimmen. Überwinden Sie sich bitte!

(Beifall bei CDU und NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stellen daher den Änderungsantrag Nr. 30 jetzt zur Abstimmung. Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich, sich zu erheben. — Das ist die Minderheit.

(Dafür CDU und NPD)

Wir kommen zum Einzelplan

06 Arbeit.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. — Ich schließe die allgemeine Aussprache.

Änderungsanträge liegen zu diesem Einzelplan nicht vor.

Wir gehen daher jetzt über zum Einzelplan

07 Wohlfahrt und Jugend.

Ich eröffne die

allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Gott sei Dank! — Abg. Schubert [FDP]: Jetzt haben wir wieder die alte Leier! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Jetzt bin ich aber dankbar! Ich muß sagen, das hätte mir gefehlt!)

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wenn man sich unter Politikern persönlich schätzt, kann man das auch im Plenum durch eine leichte Verbeugung zum Ausdruck bringen. Jedenfalls einer Dame gegenüber.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das war schon eine Einschränkung! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ja, Herr Böhrnsen ist jetzt verwöhnt!)

Ich habe für Sie leider nichts mitgebracht, Herr Böhrnsen.

In den Mittelpunkt meiner Betrachtungen zum Einzelplan 07 möchte ich diesmal gern — wie kann es anders sein in logischer Fortsetzung unserer Auseinandersetzungen in den letzten Jahren — das Karlsruher Urteil vom 18. Juli 1967 — übrigens an meinem Geburtstag — stellen. Sie wissen, daß es dabei um die Frage der Verfassungsmäßigkeit von Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes und des Bundessozialhilfegesetzes in ihrer Fassung aus dem Jahr 1961 ging. Aus beiden Gesetzen zusammen waren von den Klägern — von einigen Ländern der Bundesrepublik, darunter auch Bremen, von einigen Städten — Bestimmungen aus insgesamt 21 Paragraphen angefochten worden. Dabei stand die Frage nach dem Verhältnis von öffentlicher und freier Jugend- und Sozialhilfe im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Das wurde auch deutlich bei dem Verfahren in Karlsruhe und in der Begründung des Urteils. Mit einer gewissen Genugtuung — ohne daß wir uns damit aufs hohe Roß setzen — stellen meine politischen Freunde und ich fest, daß das Urteil aufs Ganze gesehen eine Bestätigung der in all den Jahren hier von uns vertretenen Auffassung bedeutet beziehungsweise beinhaltet.

Von den insgesamt 21 umstrittenen Paragraphen sind ganze vier vom Bundesverfassungsgericht als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärt worden, während in den 17 übrigen umstrittenen Paragraphen eine Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz festgestellt und die Beschwerde abgewiesen wurde. In der Urteilsbegründung wird sehr deutlich festgestellt, daß man aus den beiden Gesetzen keinen absoluten Vorrang der freien Träger herauslesen könne. So haben meine Freunde und ich diese Gesetze auch nie verstanden, so daß sich also auch in diesem Punkt das Urteil und die Meinung der CDU durchaus decken.

Bei der Frage nach den Konsequenzen, die sich aus diesem Urteil zwangsläufig ergeben, geht es nicht nur um die Frage, was macht künftig der Bund, was haben künftig die Länder zu tun. Sie wissen, daß die Umgestaltung des Bundesjugendplans im Gespräch ist. Uns sollte es heute in erster Linie darum gehen, wie im Lande Bremen und in den beiden Gemeinden Bremen/Bremerhaven künftig die Weichen gestellt werden sollen. Und daß wir hier vor einer entscheidenden Weichenstellung stehen, meine Damen und Herren, das kann ja wohl niemand in diesem Hohen Hause bezweifeln, denn bislang sind die beiden Gesetze in Bremen nicht beachtet worden.

Bei der Umgestaltung des Bundesjugendplans will man nach Informationen aus guter Quelle im fairen Einvernehmen mit den Ländern vorgehen und auch Übergangslösungen anstreben, um nicht von heute auf morgen bestimmte Förderungsprogramme wegfallen zu lassen. Es ist uns in Verhandlungen zugegeben worden, die wir mit Freunden aus Bonn geführt haben, daß das Bundesverfassungsgericht den Politikern durchaus noch einen gewissen Spielraum läßt, aber aufs Ganze gesehen wird der Bundesjugendplan sich künftig auf Förderungsmaßnahmen überregionaler Art konzentrieren müssen. Das ist nun einmal so. Das mögen wir alle bedauern, aber

am wenigsten Grund zur Klage haben diejenigen, die in Karlsruhe geklagt haben.

Die Konsequenzen, die sich für uns hier am Ort ergeben, sind nach Meinung meiner politischen Freunde folgende: Wir werden künftig bei jeder Sozialplanung die freien Träger, die dafür in Frage kommenden Verbände und Organisationen, beteiligen müssen. Die Mitbeteiligung dieser freien Träger beim Vollzug der Gesetze ist für uns bindend. Zweitens, wir werden zu einer gewissen Zurückhaltung der Gemeinden kommen müssen in den Fällen, in denen freie Träger bereit sind, die eine oder andere Aufgabe mit unserer Hilfe zu übernehmen. Drittens, wir werden künftig gleiche Grundsätze und einheitliche Maßstäbe bei der Finanzierung öffentlicher und freier Einrichtungen anwenden müssen. Die Förderungspflicht gegenüber den freien Trägern ist deshalb gerechtfertigt, weil diese Aufgaben übernehmen, die den Gemeinden als Pflichtaufgaben auferlegt sind, uns also auch Kosten ersparen. Ich darf Sie an die Beispiele erinnern, die ich bei der Beratung des Haushalts 1967 im Namen meiner Fraktion hier vorgetragen habe. Viertens und letztens werden wir in Bremen zu funktionsfähigen Jugendwohlfahrtsausschüssen kommen müssen. Meine Fraktion wird dazu Vorschläge ausarbeiten.

Nach den Ausführungen von Herrn Bürgermeister Koschnick anläßlich der Debatte über die Regierungserklärung rechnen wir, wenn auch vorsichtig, mit der Unterstützung des Senats. Er sprach von dem Respekt vor dem Urteil. Er sagte, wir müssen künftig nuancieren. Er drückte sich sehr vorsichtig aus, aber immerhin! Und er sagte, wir wollen das Urteil selbstverständlich voll beachten. Ob an dieser Stelle der Beifall meiner Fraktion verdient war, wird sich ja in der Zukunft zeigen.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat bewußt auf Änderungsanträge zu diesem Haushalt verzichtet, abgesehen von der Familienerholung, aber die hat ja nichts mit dem Karlsruher Urteil zu tun. Das hätten Schauanträge sein können, Sympathieanträge dem einen oder anderen freien Träger gegenüber. Darauf kommt es uns nicht an. Wie es ja überhaupt bei dieser Frage nicht um die Interessen der freien Träger selbst geht, sondern um die Interessen der Allgemeinheit, indem Staat und freie Träger zusammenarbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Wir meinen, daß alle Fragen, die sich aus dem Urteil ergeben, zunächst einmal in aller Ruhe in den zuständigen Deputationen und auch gemeinsam mit den freien Trägern erörtert werden sollten, um gemeinsam den Weg für die Zukunft festzulegen. Dazu scheint uns aber eins wichtig zu sein, und ohne diese Voraussetzung werden wir wohl kaum auf einen Nenner kommen: Es müssen gewisse Vorurteile, die bisher bei den Haushaltsberatungen an dieser Stelle angeklungen sind, abgebaut werden, wenn nicht verschwinden. Es geht nicht an, daß hier Vorwürfe erhoben werden an die Adresse der Gruppen in unserer Gesellschaft, der Verbände und Organisationen, die sich genau wie wir gegenüber dem Bürger sozialpolitisch verpflichtet fühlen. Vorwürfe wie „einseitige Erziehung" — hier verwechselt man offenbar einseitig mit geprägt, eine geprägte Erziehung muß noch lange keine einseitige Erziehung sein — oder „Unangenehme Dinge macht die Gemeinde", wie es einmal in einem Zwischenruf hieß —, diese oder ähnliche Behauptungen haben mit der Wahrheit nicht das geringste zu tun. Das weiß jeder, der sich in diesen Bereichen ein wenig auskennt. Und so kommen wir auch nicht zu der hoffentlich von uns allen angestrebten Partnerschaft zwischen den öffentlichen und den freien Trägern in der Jugend- und Sozialhilfe.

Das Ziel der beiden Gesetze ist die soziale Leistungsgemeinschaft. Diese soziale Leistungsgemeinschaft — Staat beziehungsweise Gemeinde und freie Träger zusammen — setzt eine freie Entfaltungsmöglichkeit und hinreichende Unterstützung der freien Träger voraus. Es geht schließlich um die vernünftige Aufgabenverteilung und um den wirtschaftlich sinnvollen Einsatz öffentlicher und privater Mittel. Nicht nebenher sollen die verschiedenen Träger arbeiten, sondern miteinander. Das Jugendwohlfahrtsgesetz und das Bundessozialhilfegesetz geben den Gruppen unserer Gesellschaft die Chance, ihre Spontaneität und Aktivität zugunsten der Allgemeinheit einzusetzen. Meine Damen und Herren, wer an dieser Stelle die Bremsen zieht, begeht in sozialpolitischer, gesellschaftspolitischer und auch wirtschaftspolitischer Hinsicht nie wieder gutzumachende Fehler.

Erlauben Sie mir abschließend einen kurzen Hinweis auf zwei besondere Probleme im Sozialbereich. Das eine Problem geht unsere älteren Mitbürger an, und das andere die geistig und körperlich behinderten Kinder. Sowohl in der Regierungserklärung des Herrn Präsidenten des Senats als auch in den Ausführungen der verehrten Kollegin Frau Müller-Wolff war in eindrucksvoller Weise die Rede von der Not und von dem Schicksal unserer älteren Mitbürger. Meine Damen und Herren, meinen Freunden und mir sind in den letzten Monaten haarsträubende Dinge aus gewerblich betriebenen Altersheimen in unserer Stadt bekannt geworden.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das kann man wohl sagen!)

Haarsträubende Dinge, wenn man einmal vergleicht, was auf der einen Seite an Miete vereinnahmt und auf der anderen Seite als Gegenleistung erbracht wird.

(Sehr richtig! bei CDU und SPD)

Es wird allerhöchste Zeit, daß wir uns hier etwas einfallen lassen, wie man diesen Dingen Einhalt gebieten kann. Vielleicht besteht doch die Möglichkeit einer gewissen Aufsicht dieser Einrichtungen. Das kann ich als Laie in bezug auf die Rechtslage nicht übersehen. Aber es gibt ja auch die Möglich-

keit, durch die Stärkung einer Konkurrenz auf diesem Gebiet, indem wir gemeinnützige Einrichtungen, Altenheime und Altenpflegeheime schaffen, schon etwas Positives zu tun.

Für die geistig und körperlich behinderten Kinder sollte nach Meinung meiner Freunde künftig auch mehr geschehen. Ich glaube jedenfalls, daß diese beiden Problemkreise, die Sorge um die alten Menschen, besonders was die Unterbringung in Altenheimen angeht, und Einrichtungen für die behinderten Kinder und Jugendlichen, für die nächsten Jahre Schwerpunkt in unserer Sozialarbeit sein sollten. In einer Zeit, in der die Mittel leider nicht für alles da sind — und es gibt eine Fülle von Problemen, die auch wir sehen und die wir gern noch bewältigt hätten in nächster Zeit —, in der die Mittel dafür nicht reichen, muß man sich beschränken und aus einer Rangfolge die dringendsten Probleme herausgreifen. Die eben genannten scheinen mir nun mal zunächst die Hilfsbedürftigsten unter den Hilfsbedürftigen zu sein.

Hier gilt das gleiche, wie oben gesagt: Wir werden diese Probleme nur dann lösen können, wenn wir bereit sind, ein volles Ja zu der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern zu sagen. Die vielfältigen Aufgaben, die vor uns liegen, kann die Stadtgemeinde Bremen, kann die Gemeinde Bremerhaven, kann das Land Bremen allein aus eigener Kraft nicht lösen.

Ich darf zum Schluß meiner Ausführungen noch einmal wiederholen, meine Damen und Herren: Es geht — und ich glaube, darüber hat es in den vergangenen Jahren häufig ein Mißverständnis gegeben — nie nur um freie Träger, oder andersherum gesagt: wenn wir freien Trägern Hilfen anbieten für die Durchführung bestimmter Aufgaben auf sozialpädagogischem und sozialpolitischem Gebiet, tun wir das nicht im Interesse und zum Wohle dieser Träger, sondern im Interesse und zum Wohle der Allgemeinheit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, meine Herren, meine Damen! Ich stehe zum ersten Mal heute vor Ihnen, und zwar habe ich verschiedene Probleme auf dem sozialpolitischen Gebiet, die mich schon häufiger bedrückt haben, die ich hier vor Ihrem Forum einmal ausbreiten möchte. Ich habe diese Feststellungen dadurch getroffen, daß ich mir den Haushalt auch angesehen und gedacht habe: Hier oder da ist doch vielleicht eine Möglichkeit, daß wir auch hier sparen können mit den gegebenen Mitteln, die auf uns zukommen. Wenn man sich auf der anderen Seite diesen Haushalt ansieht, der eingeordnet ist von der Sozialhilfe bis zur Sportförderung, dann hat man ja wirklich das Gefühl, es müßte ja eigentlich für alle Belange, die hier die Bremer Bürger betreffen, irgendeine Möglichkeit auf dem sozialpolitischen Gebiet sein, um sie einzuordnen.

Als erstes möchte ich den Sozialpunkt „Hilfe zum Lebensunterhalt" ansprechen. Wir wissen, daß eine ganze Reihe unserer Bürger in Bremen Hilfe zum Lebensunterhalt braucht. Es sind einmal die Menschen, die vorübergehend, weil sie durch irgendwelchen äußeren Notstand in eine schwere Lage gekommen sind, Hilfe zum Lebensunterhalt brauchen. Es gibt auch Menschen, die eine dauernde, gezielte Hilfe nötig haben, weil sie irgendwie in der Verhaltensweise gestört sind. Hier so zu helfen, daß wir auf der anderen Seite auch mal Kosten einsparen könnten, möchte ich Ihnen einen Vorschlag machen: Ich habe augenblicklich durch verschiedene Familien und so weiter ein Überangebot von guten, gebrauchten Möbeln — ich komme Ihnen jetzt mit der Praxis — und wiederum auf der anderen Seite eine ganze Reihe von Menschen, die noch gebrauchte Möbel haben möchten. Das hat sich sehr herumgesprochen — also bei mir geht das Telephon täglich —, daß wirklich sehr gute Sachen angeboten werden, die sonst normalerweise auf den Schuttplatz kämen. Die Familienfürsorgerinnen sind mit ihren Sorgen auch schon häufig zu mir gekommen, und wir können doch da maßgeblich Abhilfe schaffen. Ich möchte jetzt dem Senator für Jugend und Wohlfahrt vorschlagen, ob man nicht vielleicht wieder, wie früher, einen Raum bereitstellen kann, in dem diese Möbel verwaltet beziehungsweise aufbewahrt werden. Ich meine, das brauchte der Verwaltung normalerweise keine weiteren Kosten zu verursachen, weil auf der anderen Seite die Verbände sicher bereit sind, irgendwie da helfend einzugreifen.

Ich denke da an einen Ausspruch eines Frankfurter Oberamtsrates, der einmal sagte: Wir sollten den Hilfesuchenden über ihre Schultern auf den Weg sehen, den zu gehen sie aufgrund ihrer Verhältnisse gezwungen sind, nachher aber wieder allein zu gehen, in eigener Verantwortung, mit dem eigenen Recht, ihr Leben wieder zu gestalten. Das sollte auch das Ziel unserer Sozialarbeit sein, immer wieder dem Hilfesuchenden nur die Schützenhilfe zu geben, damit er nachher weiter allein laufen kann. — Das zum Thema Hilfe zum Lebensunterhalt.

Ich komme dann zu der Jugenderholung. Ich habe hier Tabellen vorliegen in bezug auf die Jugenderholung. Wir von der NPD sind nicht in den Deputationen, also muß ich diese meine Erwägungen hier vor Ihnen einmal ausbreiten. Die Jugenderholung wird hier in Bremen in ganz großzügiger Weise gefördert — das kann man nicht anders sagen —,

(Beifall bei der SPD)

und ich weiß auch, daß die Hobby-Lager, die durchgeführt werden, sich einer großen Beliebtheit erfreuen. Den Eltern ist es möglich, die Kinder in diese Lager hineinzuschicken, und zwar aus dem einfachen Grund, weil sie finanziell eine bessere

Ausgangsposition haben, als wenn sie gemeinsam zur Familienerholung fahren. Ich komme nachher noch auf die Familienerholung. Ich habe hier eine Tabelle: Bei einem bereinigten Einkommen, einschließlich des Kindergeldes, würden bei einer 6-Personen-Familie — ich gehe immer vom 4-Kinder-Haushalt aus — die Eltern für ein Kind täglich 1,00 DM dazuzahlen müssen. Bei einem Einkommen von 775 DM zahlt der Vater 2,75 DM für ein Kind und bei einem Einkommen von 1 000 DM täglich 5,00 DM. Dadurch sind die Eltern nicht so sehr hoch belastet, falls ihre Kinder teilnehmen.

(Glocke)

Bitte?

Vizepräsident Dr. Zander: Frau Abgeordnete, wäre es nicht möglich, daß Sie diese Ausführungen morgen bei der Erörterung des Änderungsantrags — es liegt ja einer vor — machen? Wir kämen dann heute doch mit der allgemeinen Aussprache noch zu Ende.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Ja, ja.

Vizepräsident Dr. Zander: Es ist ja ein Spezialproblem, was Sie hier ansprechen.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Gut! Das kann ich dann morgen machen. Auf die Familienerholung müßte ich aber trotzdem jetzt kommen, weil der Änderungsantrag von der CDU vorliegt.

Vizepräsident Dr. Zander: Das habe ich Ihnen ja gerade eben vorgeschlagen, es morgen zu behandeln.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Aber das gehört doch in den Landeshaushalt hinein.

Vizepräsident Dr. Zander: Oder vielmehr am Freitag, wenn wir zu der Behandlung des Änderungsantrags kommen.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Der kommt aber doch heute noch.

Vizepräsident Dr. Zander: Es ist zweifelhaft, ob wir heute noch dazu kommen werden. Ich möchte aber gern mit der allgemeinen Aussprache zu diesem Ressort über die Runden kommen, heute noch.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Gut, wenn der heute nicht kommt, dann kann ich darauf nächstesmal zu sprechen kommen. Gut!

Dann möchte ich aber noch zu etwas anderem kommen. Also ich klammere jetzt die Jugend- und die Familienerholung aus. Ich bin auf der einen Seite darüber ganz froh, denn ich habe noch andere Probleme, die ich hier auch noch anschneiden möchte. Vielleicht wäre ich sonst mit meiner Redezeit nicht ganz zurechtgekommen.

Ich habe vorhin mit Freude von Herrn Senator Thape vernommen, daß Bremen die kinderreichste Stadt sei. Das sollten wir auch einmal in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen stellen und nach dem Berliner Beispiel vielleicht in unserer senatorischen Dienststelle den Begriff „Familie" mehr installieren. Die Berliner haben uns ja ein sehr gutes Beispiel gegeben. Da heißt es jetzt „Senator für Familie" — Moment, ich habe es hier —: „Familie, Jugend und Sport". Dazu — vielleicht darf ich das verlesen mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident — hat der Herr Senator Korber folgendes gesagt, und das trifft sicher auch für Bremen zu:

„Die Familie ist das tragende Element jeder gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Darum ist es entscheidend wichtig, die Familie in den sozialen, kulturellen und pädagogischen Funktionen zu stützen und zu stärken. Es kommt darauf an, die Familie in den Stand zu setzen, ihre Aufgaben optimal zu erfüllen, Aufgaben, die ihr von keiner anderen Institution ohne Nachteil sowohl für die Familie als auch für die Gesellschaft abgenommen werden können. Familienpolitik darf nicht einseitig orientiert sein. Sie darf sich weder zum bevölkerungspolitischen Instrument noch zum Mittel der Strukturverbesserung des Arbeitsmarktes noch als Fürsorgemaßnahme allein interpretieren. Familienpolitik darf sich auch nicht nur als Förderung der Kinderreichen oder ihrer Verbände oder als erweiterter Kinder- oder Jugendschutz verstehen. Alle diese legitimen Aufgaben und Interessen der Gesellschaft müssen in einem familienpolitischen Konzept wohl berücksichtigt werden, aber gleichzeitig zu einer neuen qualitativen Einheit integriert."

Ich vermisse es hier immer etwas in Bremen: daß wir irgendwie von der familienpolitischen Seite aus in ein Gruppendenken hineinkommen. Es werden Förderungsmaßnahmen für die Jugend getroffen, es werden Förderungsmaßnahmen für die Alten getroffen, und im Mittelpunkt dieser beiden Gruppen stehen doch die Eltern, und das sind letzten Endes die Steuerzahler. Ohne diese Eltern würden alle diese Maßnahmen überhaupt nicht möglich sein. Insofern habe ich die herzliche Bitte an Sie, Frau Bürgermeister, daß wir hier in Bremen den Titel „Familie" auch in Ihrem Amt führen.

Ich komme dann zu dem Problem der Spielplätze. Niemand anders als die Frau Oberbürgermeisterin Vogel in Braunschweig hat vor einigen Jahren — ich habe ihren Vortrag gehört — gerade diese Not der Spielplätze für die Kleinstkinder gesehen. Sie sagte damals so sehr schön als Frau und Mutter, als sie vor uns stand, sie habe es sehr schwer gehabt, ihren Stadtvätern klarzumachen, daß die kleinen Kinder wirklich auch ihre Spielplätze so haben müßten, daß die Mütter von ihren Fenstern sie auch sehen könnten — mehr wollten die Mütter ja gar nicht —, damit sie beruhigt sein könnten. Ich meine, hier sollten wir diese Überlegungen auch bei den Neubaugebieten mit gelten lassen, ob wir dort nicht für die kleineren Kinder geeignetere Spielplätze in die Nähe der Elternschaft schaffen. Das wird übrigens erhärtet durch ein Blatt, das ich bekommen habe, was von Herrn Dr.

Heck, Bundesminister für Familie, auch vertreten wurde.

Ich komme auf noch ein Problem, das Sie hier im Haushalt unter der Nummer 07/072 — fortdauernde Ausgabe 353 — finden: Leistungen für Beschädigte der Bundeswehr und für Beschädigte des zivilen Ersatzdienstes und deren Hinterbliebene. In der Fußnote steht „Mehr 40 000 DM, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten zugenommen hat." Schlicht und einfach: Jetzige Bundeswehrsoldaten kommen dienstbeschädigt nach Hause. Die Versorgung erfolgt, wie Ihnen sicher bekannt ist, nach dem Bundesversorgungsgesetz. Diese jungen Menschen, die letzten Endes eingezogen waren, haben meistens noch keine lange berufliche Ausbildung gehabt, so daß sie nicht auf eine andere Rente zurückgreifen können. Sie werden nach dem Bundesversorgungsgesetz behandelt und bekommen danach auch ihre Bezüge. Das wissen wir alle, daß das auf der anderen Seite so minimal ist, daß sie ja eigentlich in eine trostlose Zukunft hineingehen. Ich meine, auch dieses Problem sollten wir bei unserer ganzen Sozialamtsarbeit mit betrachten, damit wir denen auch gerecht werden.

Wir haben einen Antrag auf Konzessionspflicht für private Altersheime gestellt. Die Dringlichkeit ziehen wir zurück und bitten, es auf die nächste Tagesordnung zu setzen. — Frau Müller-Wolff hat gestern erwähnt, als sie dieses Problem der alten Menschen ansprach, daß es leider nicht allen alten Mitbürgern möglich sei, innerhalb ihrer Familie Fürsorge und Pflege zu finden und deshalb oft in die Altersheime und in die Altenwohnungen ausweichen müßten. Das liegt doch aber auch sehr viel daran, daß unsere heutigen Wohnungen einfach nicht dazu geschaffen sind, um die älteren Menschen bei uns mit aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß die DP hier einmal einen Antrag gestellt hat, man möge beim Wohnungsbau doch auch einmal die Einliegerwohnungen mit beachten. Sehen Sie, diese Einliegerwohnungen würden doch auch einen ganz bestimmten Zweck erfüllen. Es müssen ja nicht immer die Eltern da oben drin wohnen, es könnten ja auch andere ältere Menschen drin wohnen. Aber die jüngere Familie, die unten wohnt, hätte dann wiederum den Vorteil, daß sie auch mal die ältere bitten könnte: Achtet auf meine Kinder, damit sie in Ruhe zum Zahnarzt gehen kann. Das sind doch die Probleme, vor denen wir stehen.

(Beifall bei der NPD)

Auf der anderen Seite würden aber auch die jüngeren Menschen mal die Hilfe und Pflege für die älteren übernehmen. Dieses muß doch sein, daß der eine auf den anderen Rücksicht nimmt. Wir würden vielleicht Kosten sparen in bezug auf den Bau von Altersheimen. Und, bitte, vergessen Sie nicht, daß das Problem der Pflegerinnen für die Altersheime gar nicht zu unterschätzen ist.

(Beifall bei der NPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man über den Bereich Wohlfahrt und Jugend spricht, so hat das sicherlich nicht nur mit nüchternen Zahlen zu tun und mit dem leidigen Geld, das uns ja immer wieder in unserer Aufgabenstellung einschränkt, sondern es geht in viel weitere Bereiche hinein, wie der Kollege Ehlers vorhin versucht hat, diesem Hohen Hause deutlich zu machen. Wir sind uns seit langem darüber im klaren, daß es keine soziale Sicherheit mehr gibt ohne die gesetzliche Sozialversicherung, aber darüber hinaus gibt es auch keine Sicherheit für den Menschen mehr ohne die Fürsorge der staatlichen Gemeinschaft. Und das ist ja das Problem, über das wir hier sprechen und mit dem wir uns beschäftigen.

Es ist keine Frage, daß wir für außergewöhnliche Risiken besondere Hilfen der Gemeinschaft brauchen, auf die sich der einzelne einfach nicht vorzubereiten in der Lage ist, und die er also auch nicht in der Lage ist, selbst zu tragen. Herr Kollege Ehlers ist — und das kann ich durchaus verstehen — auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1967 eingegangen. Dieses Bundesverfassungsgericht — und ich glaube, Herr Kollege Ehlers, insoweit sind wir miteinander einig — arbeitet mit einer Reihe von unbestimmten Rechtsbegriffen, die gerade dazu angetan sind, neue Prozesse vor den Verwaltungsgerichten auszulösen. Und ich glaube, das kann unser gemeinsames Anliegen nicht sein, Streitigkeiten weiter voranzutragen.

Ich bin mit Ihnen der Meinung, Herr Kollege Ehlers, daß wir alles versuchen müssen — und das hat das Bundesverfassungsgericht ja auch gesagt, und das ist in Bremen praktiziert worden —, die Arbeit der öffentlichen Träger, der Wohlfahrtspflege und Jugendwohlfahrtspflege und auch die Arbeit der freien Träger zu koordinieren und zu einer sinnvollen Zusammenarbeit zusammenzuführen. Ich meine, in Bremen ist in dieser Frage in der Vergangenheit gar nicht so schlecht gearbeitet worden, und im übrigen hat auch das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung aufgefordert, die bewährte Zusammenarbeit fortzusetzen. Wenn das Bundesverfassungsgericht den Ausdruck „bewährt" benutzt, wird es sich durchaus etwas dabei gedacht haben.

Klar ist die Entscheidung allerdings, Kollege Ehlers, was die Frage des Bundes betrifft, denn hier hat das Bundesverfassungsgericht völlig klargestellt, daß Aufgaben nur noch überregionaler Art oder internationaler Art vom Bund zu leisten sind, soweit sie von einem einzelnen Land nicht geleistet werden können. Ich meine, das ist die einzige Stelle

der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wo es absolut klar geblieben ist.

Sie sprachen die Jugendwohlfahrtsausschüsse an. Herr Kollege Ehlers, wir werden uns bereits nächste Woche in der Deputation mit dieser Frage beschäftigen. Ich glaube, Sie selbst haben diese Vorlage bereits vorliegen bei Ihren Unterlagen für die Sitzung in der nächsten Woche.

Sie sprachen weiter eine Frage an, Herr Kollege Ehlers, die mich auch persönlich beschäftigt. Das ist die Frage der gewerblich betriebenen Altersheime. In der Tat, Herr Kollege Ehlers, müssen wir uns dafür etwas einfallen lassen, wie wir diese privaten Träger kontrollieren können, daß sie nicht irgendwie — und wir haben ja Beispiele, wenn ich an Kassel erinnern darf — in die negative Seite abgleiten. Da bin ich mit Ihnen durchaus einer Meinung.

Ich darf vielleicht noch eine ganz andere Geschichte aufgreifen, die die Abgeordnete Frau Kruse hier angesprochen hat. Es ging hier um die Frage: Was geschieht mit den jungen Menschen, die von der Bundeswehr verletzt zurückkommen und dann nur von der Bundeswehr ganz geringe Entschädigungen erhalten. Ich meine, diese Frage ist gar nicht so prekär, wie sie hier dargestellt wird, und zwar aus folgendem Grund: Ein junger Mann, der von der Bundeswehr zurückkommt und aufgrund einer Verletzung, die er bei der Bundeswehr erlitten hat, berufs- oder erwerbsunfähig im Sinne der Rentenversicherung wird, braucht keine Vorversicherungszeiten im Sinne einer Mindesanforderung von 60 Beitragsmonaten zu erfüllen, sondern es genügt ein einziger Monat. Wir sprechen von der sogenannten fiktiven Anwartschaft. Aufgrund dieser Tatsache hat er bereits Rentenansprüche gegen den gesetzlichen Rentenversicherungsträger, meinetwegen gegen die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, erworben.

Meine Damen und Herren, es wäre hier eine ganze Reihe zu sagen zu den Fragen, die angeschnitten sind. Die Koordinierung der Arbeit, Herr Kollege Ehlers, sollten wir vielleicht in unserer nächsten Deputationssitzung ansprechen. Ich glaube, die Fragen eignen sich nicht, insoweit hier diskutiert zu werden, weil, wie gesagt, dieses Urteil uns ja derartige Ungewißheiten neu beschert hat, daß wir diese Fragen neu durchdenken müssen. Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß wir, Herr Kollege Ehlers, bei allem Streit und bei aller Differenz, die wir vielleicht in Einzelfragen miteinander haben, nicht das große Ziel aus dem Auge verlieren, nämlich das große Ziel, den Menschen zu dienen. Das ist die Aufgabe, die in unserer Deputation ganz besonders eine Rolle spielt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie auch in allen anderen Bereichen, die wir heute zu beraten hatten und in der Zukunft in diesem Hohen Hause beraten werden im Rahmen der Haushaltsberatungen, ist unsere Aufgabenstellung eingeengt von dem Gesamtvolumen unseres Haushalts. Dieser Bereich aus diesem Haushalt, der hier vorgelegt ist, ist der Versuch, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln ein optimales Ergebnis zu erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort gebührt nunmehr Frau Bürgermeister Mevissen.

Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Vergebung! Ich hätte jetzt im Augenblick noch nicht gesprochen, wenn ich nicht nach Bonn fahren müßte. Sonst hätte ich gern gewartet auf die Redner aus dem Parlament. Ich habe zunächst zu danken für jedes Wort, das hier gesagt worden ist, weil ich glaube, daß diese Aussprache dokumentiert, daß aus allen Fraktionen das Mitdenken bei den Überlegungen, menschliche Hilfe zu gewähren, so ernst genommen wird, daß es uns auch bei unterschiedlicher Auffassung in einzelnen Fragen Wege aufzeigt, die wir gemeinsam gehen können in der Bemühung, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Das ist unser Ziel. Aber das ist es seit Jahren!

Ich glaube, wir müssen in unseren Bemühungen um die Jugendhilfe und um die Sozialhilfe immer wieder auch bereit sein, das, was wir bisher geschaffen haben, zu überprüfen und neue Wege zu überdenken. Wenn sie besser sind als die bisherigen, werden wir sie übernehmen. Es geht nicht um das Prestige eines bestimmten Standpunktes, sondern es geht hier um viel mehr. Es geht letztlich um die Hilfe, die die Gesellschaft, meine Damen und Herren, und zwar eingeschlossen sowohl die staatlichen Institutionen als auch die freien Träger, den Menschen in dieser Gesellschaft zu geben imstande ist. Das ist unsere Grundaufgabe. Dafür haben Sie mir die Verantwortung gegeben, und zwar nicht nur für einen Teil, sondern für die gesamte Bevölkerung.

Der Präsident des Senats hat bei der Erwiderung auf die Debatte zur Regierungserklärung sehr deutlich zu erkennen gegeben: Der Senat respektiert das Karlsruher Urteil und wird entsprechend auch verfahren. — Meine Damen und Herren, das ist nicht nur ein Wort, sondern das hat der Senat immer bei Gesetzen getan und wird es auch in diesem Falle tun. Nur, so einfach, wie sich das anhört, ist die Durchführung dieses Urteils nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre es so einfach, dann wäre nicht im Bund, in den Ländern, den Gemeinden und bei den freien Trägern die Unsicherheit im Detail so groß, daß sie bis jetzt noch nicht zur Klärung dieser Detailfragen gekommen sind. Gerade deshalb hat der Deutsche Verein, der beide Gruppierungen zusammenfaßt — nämlich die freien Träger und die kommunalen Träger und die Länder — einen Ausschuß eingesetzt, um sich über die Schwierigkeiten, die das Karlsruher Urteil und seine Begründung für die Praxis bedeutet, zu beraten, um uns nicht weiter auseinanderzureden,

sondern um in einem solchen Ausschuß zu gemeinsamen Möglichkeiten des Handelns auch im Detail zu kommen. Der Sinn ist — und da hat Herr Bugla sicher recht — nicht eines Tages, statt die Fragen wieder politisch in die Hand zu nehmen, vor den Verwaltungsgerichten zu landen. Das wäre der schlechteste Weg, auf den uns das Urteil führen könnte.

In einem Punkt aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat das Karlsruher Urteil in seiner Begründung deutlich werden lassen, daß wir — und ich glaube, Herr Ehlers, da sind nicht einmal wir beide unterschiedlicher Meinung — die Grundlage, die Karlsruhe bei dieser Urteilsverkündung dargelegt hat, schon vor dem Streit um das Sozialhilfe- und Reichsjugendwohlfahrtsgesetz praktiziert haben. Mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, möchte ich diese Worte vorlesen. Sie heißen:

„Die gemeinsamen Bemühungen von Staat und freien Wohlfahrtsorganisationen, die hergebrachte und durch Jahrzehnte bewährte Zusammenarbeit gewährleisten mit dem koordinierten Einsatz öffentlicher und privater Mittel den größtmöglichen Erfolg."

Das war und das ist Praxis in diesem Hause und in unseren Deputationen gewesen.

Meine Damen und Herren, wo gibt es in der ganzen Bundesrepublik die Tatsache, daß in den entscheidenden Gremien zwischen Parlament und Senat, den Deputationen für Jugendwohlfahrt und für das Wohlfahrtswesen, die Vertreter sowohl der Jugendverbände als auch die Vertreter sämtlicher freien Wohlfahrtsorganisationen in allen Sachfragen unmittelbar beteiligt sind, ihren Rat und ihre Anregungen geben und unsere Hilfe erbitten können? Und wo gibt es — das sage ich nun als Dank an die Wohlfahrtsorganisationen — die Tatsache, daß am Ende der letzten Legislaturperiode der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, es ist nicht mein Parteifreund gewesen, aufstand und erklärte: „die freien Wohlfahrtsverbände anerkennen die Aufgeschlossenheit, die Bereitschaft zur Hilfe dieser Deputation" und damit den Dank für sämtliche Wohlfahrtsorganisationen effektiv dargelegt hätte?

Das soll nicht nur ein Wort sein. Ich möchte Ihnen einige Zahlen nennen, denn ich könnte Ihnen ja hier große Worte sagen, und Sie werden vielleicht freundlich, wie eben Herr Ehlers mir zugenickt hat, sagen, das hört sich alles ganz gut an. Vielleicht dokumentieren einige Zahlen immerhin den Umfang dieser Hilfe der freien Organisationen, die wir als echte Partner in dieser gemeinsamen Arbeit nicht nur respektieren, sondern unterstützen.

Bitte, meine Damen und Herren: In den Haushaltsjahren 1964 bis 1967 sind aus dem Haushalt für Sozialhilfe und Jugendhilfe insgesamt 5,1 Millionen DM an die freien Organisationen geflossen. In den gleichen Jahren sind aus Lottomitteln für „Wohlfahrt und Jugend" 6,35 Millionen DM geflossen. Allein im Jahr 1967 wurden von der Wohlfahrtsdeputation 1,6 Millionen DM und von der Jugendwohlfahrtsdeputation 1,14 Millionen DM, das heißt zusammen 2,74 Millionen DM für die freien Organisationen zur Verfügung gestellt. Weiter: Im Rahmen des Investitionsprogramms des Bundes stellte Bremen 160 000 DM zur Verfügung, um damit gleichzeitig die Bundesmittel auszulösen. Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang nicht mittelbare Unterstützungen durch Ausgleichsabgabemittel auch noch mit nennen, weil sie das ganze Bild zwar erweitern können, aber im Grunde doch auch verwirren. Nur eins, meine Damen und Herren: Nicht nur diese Zahlen sind meiner Meinung nach imponierend für dieses Hohe Haus, sondern es kommt ein weiterer Punkt hinzu:

Wir zahlen in den Einrichtungen der freien Träger der Wohlfahrtsverbände und der Jugendverbände kostendeckende Pflegesätze. Diese kostendeckenden Pflegesätze umfassen in dem Zeitraum 1964 bis 1967 im Rahmen der Sozialhilfe 66 Millionen DM und im Rahmen der Jugendhilfe 12 Millionen DM. Das bedeutet, zusammen 78 Millionen DM, die an die freien Träger fließen, soweit sie ihre Einrichtungen zur Verfügung stellen für hilfsbedürftige Kinder, Jugendliche, Männer und Frauen, die durch Gesetz oder um der Hilfe willen untergebracht werden. Ich glaube, das dürfte ein überzeugender Beweis sein, daß wir hier nicht die kommunalen Fragen als entscheidende Fragen im Vordergrund sehen, sondern daß wir die Gemeinsamkeit der Bemühungen sehen um des Menschen willen, der auf unsere Hilfe, und zwar auf unsere gemeinsame Hilfe angewiesen ist.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem, was weiter ausgeführt worden ist, bitte ich, daß ich zu der Frage insbesondere der gewerblichen Altersheime später, wenn dieser Antrag kommt, Stellung nehmen darf, weil es in diesem Augenblick die Grundsatzdebatte belasten würde. Frau Kruse, Sie sind erst kurze Zeit im Parlament, aber ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung, auch zu einzelnen Fragen, die Ihnen am Herzen liegen. Möbellager: Für uns sind es also wirklich abgetragene Schuhe; wir können damit im Augenblick nach den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen nicht weiterkommen. Aber, wie gesagt, jede Information steht Ihnen gern zur Verfügung, und ich bin bereit, Ihnen auch unsere Erfahrungen auf den verschiedenen Gebieten bei diesen Fragen mitzuteilen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall — Abg. Marta Kruse [NPD]: Danke schön!)

Vizepräsident Dr. Zander: Meine Damen und Herren! Wir haben 18 Uhr. Es war an sich ja die Absicht, um 18 Uhr Schluß zu machen. Es sind noch zwei Abgeordnete auf der Rednerliste. Ist das Hohe Haus bereit, damit wir diese Aussprache dann abschließen, diese beiden Herren noch zu hören?

(Zurufe)

Ich möchte annehmen, daß die Bereitschaft vorhanden ist, und darf demgemäß den Abgeordneten Ostendorff bitten, das Wort zu nehmen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Der macht es kurz!)

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist ja wohl Schicksal, außerhalb der Zeit sprechen zu müssen, und es ist Schicksal, dann von Ihnen noch zu erbitten, daß Sie trotzdem nicht alle weglaufen und mir folgen, auch wenn ich Ihnen nichts weltbewegend Neues sagen kann.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Nein, wir hören zu!)

Der Einzelplan 07 — Wohlfahrt und Jugend —, ein Plan, der das beinhaltet, was die Gemeinschaft für diejenigen, die selbst nicht mehr ganz alleine auskommen können, tun will und tut. Erlauben Sie mir, an den Anfang die eine Frage zu stellen: Sind wir als Parlament, sind wir als gewählte Vertreter des Volkes nicht verpflichtet, bei diesem Punkt nicht nur uns selbst Rechenschaft zu geben, sondern auch laut zu rufen, daß die da draußen verstehen, warum und um was wir uns hier Gedanken machen?

Dieser Punkt wird nicht gesehen. Es wird gesehen, was wir an Wünschenswertem in dem einen oder anderen unterlassen. Es wird nicht gesehen, was wir im Einzelplan 07 an sozialen Leistungen Tag für Tag tun müssen. Wenn eine Gemeinschaft sich überhaupt in einem Haushaltsplan widerspiegeln kann, meine ich, ist der Einzelplan 07 einer der deutlichsten, weil er letzten Endes jeden auch von uns mal betreffen kann. Ich bedauere — ich darf es wiederholen —, daß ich dieses so spät am Abend hier aussprechen muß, weil ich weiß, daß das, was um oder nach 18 Uhr gesagt wird, häufig verloren geht.

Aber erlauben Sie mir, bei der Generaldebatte zum Einzelplan 07 doch das eine zu sagen: Die Gemeinschaft von Bürgern wählt sich ihre Vertreter, um eine Gemeindeordnung, eine Gemeindehilfe, wenn es nötig ist, eine Sozialhilfe, eine Jugendhilfe, eine Jugendförderung zu beschließen und durchzuführen. Nun werden wir sicherlich in den beiden Deputationen für Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt in nächster Zeit uns sehr gründlich darüber unterhalten müssen: Was ist sozial? Die Begriffe „sozial" haben sich in den letzten Jahren gewandelt. Sozial kann niemals eine Subvention nach dem Gießkannensystem sein. Sozial kann auch nicht gemessen werden nach Ereignissen, die 1945/1946/1947 uns bewegten, sondern sozial wird immer im Wechsel sein, sozial wird immer neu überprüft werden müssen. Im sozialen Wohnungsbau zum Beispiel — der Herr Präsident wird mich jetzt gleich darauf hinweisen, daß ich nicht zur Sache spreche; aber ich komme sofort zurück, Herr Präsident —

(Heiterkeit)

erhebt sich die Frage, ob es heute noch sozial ist, daß einer in einer Wohnung, die vor zehn Jahren gebaut worden ist, zu einem Mietsatz wohnt, der in etwa ein Drittel dessen beträgt, den sein Arbeitskollege, der den gleichen Lohn hat, für eine Wohnung bezahlt, die jetzt gebaut worden ist.

(Beifall)

Dieses nur zur Verdeutlichung, daß wir mit alt eingefahrenen Begriffen nicht mehr weiterkommen.

Es wurde nun gesagt: Wir sind belehrt worden durch die Ereignisse vor vierzehn Tagen! Erlauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren — die Masse von uns Älteren sind ja nicht nur älter, sondern sie sind auch Eltern; die Masse von uns hat sich ja in der Familie mit diesen Dingen nicht nur auseinanderzusetzen, sondern sie auch laufend zu überholen —, einen Hinweis: Wir selber waren ja auch bis 1933 keine braven Kinder. Dann wurden wir vorübergehend etwas braver, ich mit Fanfarenblasen.

(Heiterkeit)

Aber das war nicht so ganz unsere Absicht, in dieser Art einfach Jugend zu sein. Unsere Eltern haben es überstanden; wir werden es auch überstehen.

Wir müssen uns aber etwas darauf einstellen, und wir müssen eines immer wieder sagen: Das Recht des einzelnen hört auf, wo er an das Recht des anderen stößt!

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig! — Beifall)

Die soziale Verpflichtung, der wir uns doch, glaube ich, alle hier im Hohen Hause verschrieben haben, muß den Schwächsten besonders berücksichtigen. Es darf aber aus althergebrachten Begriffen nun nicht einer, weil er mal irgend was bekommen hat, was Besonderes unternehmen, um was Besonderes zu erhalten.

Erlauben Sie mir, bei diesem Einzelplan eine ganz heikle Frage anzuschneiden: Ich bin Ostpreuße. Ich gehöre also zu dem Teil Deutschlands, von dem man heute kaum noch spricht,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Doch, wir gestern!)

von dem dritten Teil Deutschlands. Trotzdem frage ich mich: Ist 22 Jahre nach dem Krieg die Einteilung, die wir doch immer noch haben, die richtige? Bin ich überhaupt Flüchtling oder Vertriebener? Ich meine, auch das müssen wir überprüfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich ganz klar ausdrücken: Ich will keinem, der Hilfe braucht, ein Stück Hilfe vorenthalten, sondern im Gegenteil, ich habe mich in meiner Arbeit in der Deputation und in meiner Arbeit im Parlament immer dafür eingesetzt. Ich vermag aber bald nicht mehr einzusehen, was nun Hilfe aus

Kriegsfolgen ist, was Hilfe aus Kriegsschäden ist, was Vertriebenenhilfe ist und so weiter.

Es wurde von Frau Müller-Wolff gesagt, ob das, was wir hier sprächen, überhaupt noch verstanden werde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte das aufgreifen. Geben Sie selbst einem politisch Interessierten unseren Haushaltsplan — der wird trübsinnig dabei! Wenn Sie sich den Einzelplan 07 ansehen, kommen Sie doch schon nicht mehr durch: Sozialhilfe Zugewanderte, Sozialhilfe mit Tuberkulose, ohne Tuberkulose. Wenn wir da nicht den Mut haben, auch ein überschaubares System einzuführen,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Richtig!)

wird es uns eines Tages so gehen, daß wir die Reden vor uns selber halten,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Ja!)

daß wir Experten fragen: Sag mal, welche Haushaltsstelle ist das nun, wenn ich Tuberkulose habe, habe ich eine Bundestuberkulose oder habe ich eine Landestuberkulose?

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe mich etwas entfernt. Die Lampe leuchtet noch nicht; ich kann das also noch zu Ende führen. — Verzeihen Sie, daß ich diese Fächer hier nur ausbreiten kann. Um nicht mißverstanden zu werden, betone ich noch einmal: Wenn ich dieses anschneide, so nur deshalb, weil ich der Meinung bin, unsere parlamentarische Demokratie muß verständlich sein.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben!)

Es darf kein Buch mit sieben Siegeln sein, diese Kovolute, die wir hier wälzen, daß Leute — und ich rechne mich zu denen, die nicht ganz dumm sind und sich seit acht Jahren damit beschäftigen — immer noch Mühe haben, festzustellen, wo nun was hingehört. — Scherz am Rande: Was die öffentlichen Anstalten beim Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr zu tun haben, habe ich bis heute noch nicht begriffen! Das war aber nicht zur Sache!

(Abg. Krämer [NPD]: Bedürfnisanstalten! — Stürmische Heiterkeit)

So gibt es eine Menge Dinge, und ich möchte Sie hier nur darauf ansprechen. Ich persönlich werde mich bemühen, in der Deputation für Jugendwohlfahrt, trotz aller Hinweise auf zwangsläufige Haushaltsrichtlinien, eine Klarheit in den Haushaltsposten wenigstens zu versuchen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, in den acht Jahren, in denen ich hier zu dem Ressort Jugendwohlfahrt spreche, haben Sie das Wort Subsidiarität versehentlich, Herr Ehlers, nicht erwähnt. Heute war es das zweitemal, daß dieses Wort nicht fiel.

(Heiterkeit)

Wir nähern uns also doch einem ähnlichen Standpunkt, obwohl ich sagen zu können glaube, im Grunde haben wir beide dasselbe gewollt. Wir haben es nur immer etwas anders formuliert.

In einem allerdings muß ich Ihnen widersprechen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 1967 ändert bedauerlicherweise an dem etwas unklaren Zustand meiner Meinung nach sehr wenig. Es wird deutlich gesagt, daß Staat und Verbände auf Zusammenarbeit angewiesen sind. Und es wird deutlich gesagt — ich darf das Zitat mit Genehmigung des Herrn Präsidenten hier einer Zeitung entnehmen —,

„daß die hergebrachte und seit Jahrzehnten bewährte Zusammenarbeit von Staat und freien Verbänden gefördert und gefestigt werden soll."

Ich habe diesen Satz, den Frau Senator Mevissen an einer anderen Stelle und in einer etwas anderen Formulierung schon sagte, absichtlich noch einmal gesagt. Denn das hat Bremen immer getan. Es fragt sich — von Ihrer Sicht aus sicherlich —, ob in genügendem Umfang. Aber eines hat auch das Bundesverfassungsgerichtsurteil wieder klargestellt, und das ist das, meine Damen und Herren, was ich immer hier klarzumachen versucht habe: Verpflichtet ist die Gemeinde, etwas zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Der Zwang, etwas zu tun, liegt leider nach wie vor bei der Gemeinde; und wenn sich nicht ein freier Verband findet, dann muß sie es tun. Im Bundesverfassungsgerichtsurteil steht ganz klar — mit Genehmigung des Herrn Präsidenten darf ich auch das zitieren —: Es sind zwei Beispiele angeführt, wann nach Befragung und Anregung freier Vereinigungen die Behörde selbst tätig werden muß — ich darf wiederholen, tätig werden muß —:

„a) wenn der freie Träger keine angemessenen Eigenleistungen aufbringen kann,

b) wenn eine Einrichtung von einer örtlichen konfessionellen Minderheit getragen wird."

Es ist also auch hier wieder für die Gemeinde der Zwang.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen mitteilen, daß das Licht hier leuchtet

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Dann haben Sie noch drei Minuten!)

und Sie damit an den Schluß — zwangsläufig an den Schluß — meiner Ausführungen gekommen sind.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Ehlers, als letzter.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es kurz. Aber Sie nehmen es mir sicher nicht übel, wenn ich nach diesen rosigen Darstellungen von Frau Bürgermeister Mevissen, die nun leider den Raum verlassen hat, doch noch einen kleinen Widerspruch anmelde. Ich glaube, so einfach sind die Dinge nicht, daß man sich hier hinstellen als Vertreter des Senats oder Mitglied der Regierungskoalition und sagen kann: Was wollt ihr eigentlich, wir haben die Gesetze ja immer beachtet, das Urteil spricht von bewährter Zusammenarbeit.

Meine Damen und Herren, erstens, warum haben Sie eigentlich geklagt,

(Abg. Sagner [CDU]: Sehr richtig!)

und zweitens, sind Sie im Ernst der Meinung, daß das Bundesverfassungsgericht, wenn es von bewährter Zusammenarbeit spricht, Bremen im Auge hatte? Nach unserer Meinung bestimmt nicht!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Abg. Jantzen [SPD]: Es irrt der Mensch, so lang er lebt!)

Bremen ist kein Beispiel für die bewährte Zusammenarbeit. Schauen Sie in die Haushaltspläne! Wir haben nie und an keiner Stelle bestritten, daß Bremen die freie Arbeit mit Zuschüssen und gelegentlich ideell fördert. Haben wir nie bestritten! Aber der absolute Vorrang des Staatlichen, der absolute Vorrang der öffentlichen Jugend- und Sozialhilfe läßt sich aus den Haushaltsplänen der vergangenen Jahre für jeden deutlich ablesen. Gegen diesen absoluten Vorrang der öffentlichen Jugend- und Sozialhilfe haben wir uns immer ausgesprochen und Partnerschaft angestrebt, so wie es das Gesetz meint, so wie es der Urteilsspruch und die Begründung zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Zander: Meine Damen und Herren, ich schließe hiermit die heutige Sitzung. — Die Bürgerschaft (Landtag) tritt wieder zusammen am Freitagvormittag 10 Uhr.

(Schluß der Sitzung: 18.17 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen